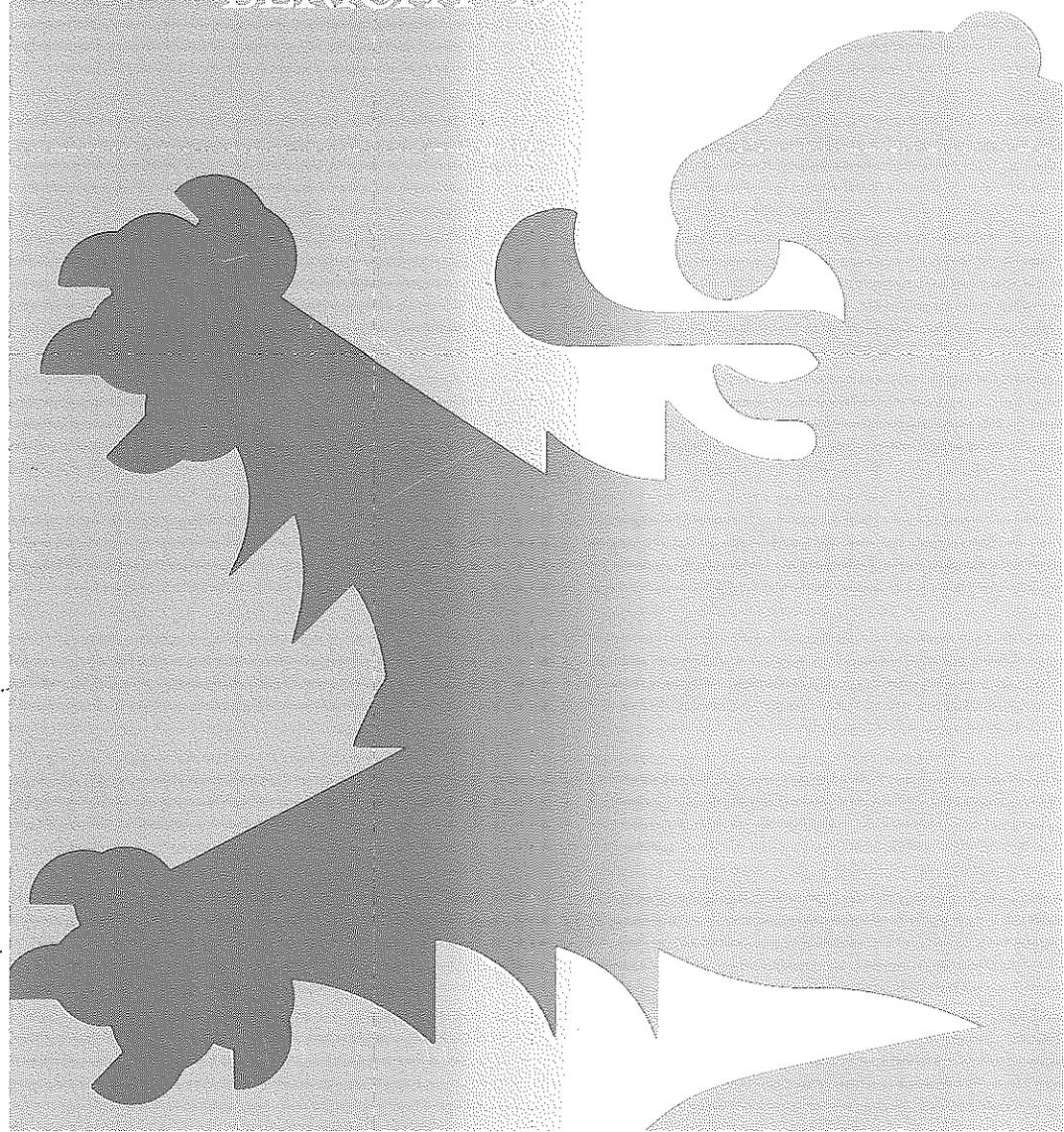


VEREINIGTE
SCHUTZ
IN HESSEN
BERICHT 198



Vorwort

«Verfassungsschutz» ist nach Art. 73 Nr. 10 b des Grundgesetzes Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes. Diese Aufgabe ist insbesondere den Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern anvertraut und ohne gewisse Einschränkungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts nicht durchführbar. Das gilt vor allem für das Recht auf «informationelle Selbstbestimmung». Zwar hat das Bundesverfassungsgericht im «Volkszählungsurteil» vom 15. Dezember 1983 die Befugnis des einzelnen hervorgehoben, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen. Es hat dabei aber auch deutlich gemacht, daß im überwiegenden Allgemeininteresse Einschränkungen dieses Rechts zulässig sind, die jedoch einer verfassungsgemäßen gesetzlichen Grundlage bedürfen. Die Meinungen, wie eine solche gesetzliche Grundlage beschaffen sein soll, gehen auseinander. Einig ist man sich aber weitgehend darüber, daß die Verfassungsschutzgesetze von Bund und Ländern klare Regelungen über die Aufgaben und Befugnisse der Verfassungsschutzbehörden erhalten müssen.

Die Polemik in der öffentlichen Diskussion über die Vor-Entwürfe der «Sicherheitsgesetze», zu denen u. a. ein Bundesverfassungsschutzgesetz und ein Verfassungsschutz-

schutzmitteilungsgesetz gehören, verdeckt m. E. die wichtige Erkenntnis, daß Datenschutz und öffentliche Sicherheit kein Gegensatz sind. Der Staat wird nur dann die persönlichen Daten seiner Bürger schützen können, wenn und solange seine Sicherheitsbehörden intakt sind und zum Schutz der freiheitlichen Ordnung gut zusammenarbeiten. Verfassungsschutz in dem eingangs beschriebenen Sinn ist eben kein Selbstzweck, sondern dient insbesondere der Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in einem Staat, der die Grundrechte seiner Bürger respektiert und gewährleistet und sie nur zum Schutze dieser Ordnung in dem unbedingt notwendigen Umfang einschränkt.

Die nicht selten erhobenen Forderungen nach strikter Trennung auch der Informationsstränge von Verfassungsschutz und Polizei, die sich auf das seit den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland bestehende Trennungsgebot beider Sicherheitsbehörden stützen, übersehen, daß dieses Gebot materiell nur gegen die Einheit von nachrichtendienstlichen und exekutiven Befugnissen gerichtet ist. Es soll verhindert werden, daß nochmals eine «Geheime Staatspolizei» (Gestapo) wie im NS-Gewaltregime entsteht. Es darf auch keine gegenseitigen Ersuchen geben, die die andere Sicherheitsbehörde bindend zu Maßnahmen veranlaßt, die der ersuchenden Behörde rechtlich nicht

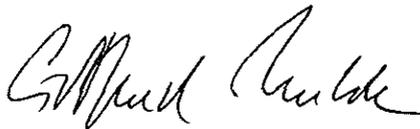
möglich sind. Wohl aber muß es zulässig sein, zum Zwecke der gemeinsamen Aufgabe des Staatsschutzes der jeweils anderen Behörde die Erkenntnisse zukommen zu lassen, die diese zur Erfüllung ihrer gesetzlich übertragenen Aufgaben benötigt. Anderenfalls wären beispielsweise die Verfassungsschutzbehörden gezwungen, sich flächendeckend ein eigenes Informationsnetz aufzubauen. Daß dies nicht im Interesse des Steuerzahlers liegen kann und zu «mehr Staat» führen müßte, liegt auf der Hand. Bei der Reformdiskussion sollte daher unser oberster Grundsatz in dem Bemühen bestehen, das Grundrecht des einzelnen Bürgers auf den Schutz seiner persönlichen Daten in Einklang mit anderen Grundrechten zu bringen, vor allem mit dem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, darunter auch das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen, wollen in Ausführung des grundgesetzlichen Auftrages und im Interesse der Bürger unseres Staates verhindern, daß je wieder im Schein der Legalität Freiheit zur Abschaffung der Freiheit, des Parlamentarismus und der Demokratie mißbraucht werden kann. Sie sind im Vorfeld strafrechtlicher und verwaltungsmäßiger Sanktionen bemüht, gegen den Kernbereich unserer freiheitlichen demokratischen Ordnung gerichtete Bestrebungen rechtzeitig zu erkennen und der Regierung darüber zu berichten. Der vorgelegte Bericht — es ist der nunmehr elfte — infor-

miert über diese Tätigkeit. Er enthält die wichtigsten Beobachtungsergebnisse auf den Gebieten des politischen Extremismus, der sicherheitsgefährdenden Bestrebungen von Ausländern und der Spionageabwehr. Dem interessierten Bürger wird ein Lagebild vermittelt, das zwar keine Vollständigkeit beansprucht, aber Tendenzen aufzeigt und verfassungsfeindliche Bestrebungen erkennen läßt.

Die Aufnahme von bestimmten Organisationen und Einzelpersonen in den Bericht hat keine rechtlichen Auswirkungen. Sie erfolgt im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts als politische Wertung im Rahmen des gesetzlichen Auftrags der Verfassungsschutzbehörden. Für ergänzende und vertiefende Informationen steht das im Innenministerium eingerichtete Referat für informativen Verfassungsschutz zur Verfügung. Es ist der Beitrag Hessens zu der bundesweiten Konzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung». Das Referat soll auch die politische Bildungsarbeit im schulischen und außerschulischen Bereich unterstützen.

Die Landesregierung sieht die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden als eine wichtige und unverzichtbare Aufgabe an. Sie spricht allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen für ihre aufopferungsvolle und sich überwiegend unter Ausschluß der Öffentlichkeit vollziehende Tätigkeit Dank und Anerkennung aus.



Gottfried Milde
Hessischer Minister des Innern

| Inhalt | Seite |
|--|--------|
| Gesetzliche Grundlagen | 5 |
| Grundgesetz | 5 |
| Verfassungsschutzgesetz | 5 |
| Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz | 7 |
| Parlamentarische Kontrolle | 7 |
| Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen | 8 |
| Informativer Verfassungsschutz | 9 |
| Rechtsextreme Bestrebungen | 11 |
| Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) | 11 |
| Hessenliste für Ausländerstopp (HLA) | 13 |
| Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund (ANV/VB) | 13 |
| Junge Nationaldemokraten (JN) | 13 |
| Sonstige traditionelle Gruppen und Jugendorganisationen | 14 |
| Deutsche Volksunion (DVU) | 14 |
| Deutsche Volksunion – Liste D | 15 |
| Wiking-Jugend (WJ) | 16 |
| Neonazistische Bestrebungen | 17 |
| «Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front» | 17 |
| Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) | 19 |
| Reaktionen von Rechtsextremisten auf den Tod von Rudolf Heß | 21 |
| Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG) | 22 |
| Deutsche Bürgerinitiative (DBI) | 22 |
| Rechtsextremer Terrorismus | 23 |
| Neonazistische Ausschreitungen | 23 |
| Strafrechtliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten | 24 |
| Beurteilung | 25 |
| Linksextreme Bestrebungen | 26 |
| Orthodoxer Kommunismus | 26 |
| Deutsche Kommunistische Partei (DKP) | 26 |

| | |
|--|----|
| Nebenorganisationen der DKP | 30 |
| Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus | 30 |
| Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (<i>SDAJ</i>) | 31 |
| Junge Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation (<i>JP</i>) | 32 |
| Institut für Marxistische Studien und Forschung e. V. (<i>IMSF</i>) | 33 |
| Marxistische Arbeiterbildung (<i>MAB</i>) | 33 |
| DKP-beeinflußte Organisationen | 34 |
| Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (<i>VVN-BdA</i>) | 34 |
| Deutsche Friedens-Union (<i>DFU</i>) | 35 |
| Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (<i>KFAZ</i>) | 36 |
| Die Friedensliste | 36 |
| Demokratische Fraueninitiative (<i>DFI</i>) | 36 |
| Extreme Neue Linke | 37 |
| Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (<i>MLPD</i>) | 37 |
| Vereinigte Sozialistische Partei (<i>VSP</i>) | 38 |
| Sonstige kommunistische Organisationen und trotzkistische Gruppen | 38 |
| Autonome und anarchistische Gruppen | 39 |
| Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen | 43 |
| Linksextremer Terrorismus | 43 |
| Rote Armee Fraktion (<i>RAF</i>) | 43 |
| Revolutionäre Zellen (<i>RZ</i>) | 45 |
| Sonstige terroristische Aktionen | 46 |
| Beurteilung | 46 |
| Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern .. | 48 |
| Araber | 48 |
| Türken | 49 |
| Türkische Kurden | 51 |
| Iraner | 53 |
| Beurteilung | 53 |
| Spionageabwehr | 55 |
| Nachrichtendienste und illegaler Technologietransfer | 55 |
| Nachrichtendienstliche Stützpunkte | 57 |
| Werbungen | 58 |
| Führungsmethodik | 61 |
| Beurteilung | 61 |

Gesetzliche Grundlagen

Grundgesetz

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland sieht für die Aufgaben des Verfassungsschutzes vor:

Art. 73 Nr. 10

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über... die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder...

- b) zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) und
- c) zum Schutze gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, ...

Art. 87 Abs. 1 Satz 2

Durch Bundesgesetz können... Zentralstellen... zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, eingerichtet werden.

Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682), geändert durch Gesetz vom 7. August 1972 (BGBl. I S. 1382)

§ 1

- (1) Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten.
- (2) Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

§ 2

- (1) Für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern errichtet der Bund ein Bundesamt für Verfassungsschutz als Bundesoberbehörde. Es untersteht dem Bundesminister des Innern.
- (2) Für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund bestimmt jedes Land eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

§ 3

- (1) Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über
 - 1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,
 3. Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.
- (2) Ferner wirken das Bundesamt für Verfassungsschutz und die nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden mit
1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
 2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
 3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.
- (3) Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach Absatz 1 und Absatz 2 ist es befugt, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Das Amt darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.
- (4) Die Gerichte und Behörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

§ 4

- (1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die in jedem Lande gemäß § 2 Abs. 2 bestimmte Behörde über alle Unterlagen, deren Kenntnis für das Land zum Zwecke des Verfassungsschutzes erforderlich ist.
- (2) Die in den Ländern bestimmten Behörden unterrichten das Bundesamt über alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, von denen sie Kenntnis erhalten und die für den Bund, die Länder oder eines von ihnen von Wichtigkeit sind.
- (3) Ist gemäß § 2 Abs. 2 eine andere als die Oberste Landesbehörde bestimmt, so ist die Oberste Landesbehörde gleichzeitig zu benachrichtigen.

§ 5

- (1) Die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes erfolgt, den Obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen.
- (2) Der Bundesminister des Innern kann im Rahmen des § 3 den nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden Weisungen für die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erteilen. § 4 Abs. 3 gilt sinngemäß.

§ 6

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz

vom 19. Juli 1951 (GVBl. S. 43), geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 21. März 1962 (GVBl. S. 213).

§ 1

(1) Gemäß § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682) wird für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht dem Minister des Innern.

(2) Der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz ist Beamter im Sinne des § 57 des Hessischen Beamtengesetzes.

§ 2

Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu.

§ 3

(1) Die hessischen Behörden sind dem Landesamt für Verfassungsschutz zur Auskunft verpflichtet. Auf dessen Ersuchen haben sie ihm Unterlagen über Bestrebungen, die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung im Bund oder in einem Lande oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Mitglieder verfassungsmäßiger Organe der Bundesrepublik oder eines Landes zum Ziele haben, zu übersenden.

(2) Die hessischen Behörden sind verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn ihnen Bestrebungen der in Absatz 1 bezeichneten Art bekannt werden.

§ 4

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften erläßt der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem beteiligten Fachminister.

§ 5

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Parlamentarische Kontrolle

Die parlamentarische Kontrolle über das LfV Hessen übt innerhalb des Hessischen Landtags der ständige Ausschuß (Hauptausschuß) aus. Dies beruht auf § 25 Abs. 6 Satz 1 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, der lautet: Im übrigen ist der Hauptausschuß insbesondere zuständig für die Beratung von Gegenständen, die verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bedeutung haben, sowie von Gegenständen, die aus Sicherheitsgründen vertraulicher Behandlung bedürfen.

Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen (LfV)

Das LfV Hessen ist eine obere Landesbehörde und gehört zum Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums des Innern. Es nahm seine Tätigkeit am 28. November 1950 auf. Die Dienststelle befindet sich in Wiesbaden und ist unter Postfach 3905 bzw. der Telefonnummer (061 21) 77821 zu erreichen.

Das LfV gliedert sich in 6 Abteilungen mit folgender Zuständigkeit:

- Abteilung Z — Verwaltung
- Abteilung I — Zentrale Fachfragen,
Nachrichtendienstliches
Informationssystem (NADIS),
Auswertung Rechtsextremismus,
Auswertung Sicherheitsgefährdende
Bestrebungen von Ausländern
- Abteilung II — Beschaffung
- Abteilung III — Auswertung Linksextremismus und Terrorismus
- Abteilung IV — Spionageabwehr
- Abteilung V — Geheimschutz

Informativer Verfassungsschutz

Unabhängig vom Landesamt für Verfassungsschutz besteht im Hessischen Ministerium des Innern ein Referat für «informativen Verfassungsschutz». Die Aufgaben dieses schon 1968 eingerichteten Referats sind 1974 durch Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Innenminister/-senatoren der Länder (IMK) konkretisiert worden. In dem Programm für die «Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland» formulierte die IMK im Februar 1974 als Forderung:

«Verfassungsschutz durch Aufklärung: Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann auf die Dauer nur durch die politische Auseinandersetzung mit den verfassungswidrigen Bestrebungen gesichert werden.» In Ausführung dieses Programmsatzes beschloß die IMK am 9. Dezember 1974 die Rahmenkonzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung». In ihrer Sitzung am 2. Februar 1979 hat sie ihre wiederholt geäußerte Auffassung bekräftigt, daß in der Öffentlichkeit Aufgaben, Notwendigkeit, Tätigkeit und Stellung der Verfassungsschutzbehörden besser zu verdeutlichen sind.

Es handelt sich um zwei Aufgabenbereiche, die wechselseitig in einem engen Zusammenhang stehen:

- *Umfassende verfassungsrechtliche und politische Aufklärung über Wesen, Einrichtung und Praxis des Verfassungsschutzes als eines komplexen Sicherungs- und Abwehrsystems gegenüber verfassungswidrigen Bestrebungen einschließlich Darstellung seiner Probleme und rechtlichen Kontrollen.*
- *Information über Art und Umfang der verfassungswidrigen Bestrebungen mit dem Ziel, die geistige Auseinandersetzung im Rahmen der politischen Bildungsarbeit zu unterstützen.*

Der informative Verfassungsschutz befaßt sich auch mit Informationen aus der Ursachenforschung über den politischen Extremismus.

Das Referat beteiligt sich an der Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes, insbesondere im Bereich der Polizei und der allgemeinen inneren Verwaltung, unterstützt Lehrer in der politischen Bildungsarbeit, sucht aber auch das unmittelbare Gespräch mit Schülern. Einen wesentlichen Teil der Arbeit macht die Diskussion mit Hochschullehrern und Studenten aus. Politische Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und Kirchen haben seit Jahren mit dem informativen Verfassungsschutz Veranstaltungen durchgeführt.

Vorträge, die vom Referat für informativen Verfassungsschutz gehalten werden und Themen, an deren Diskussion sich das Referat beteiligen kann:

- Verfassungsschutz in der rechtsstaatlichen Demokratie
- Rechtsgrundlagen, Aufgaben und Praxis der Ämter für Verfassungsschutz einschließlich ihrer Kontrolle
- Besondere Probleme des Verfassungsschutzes (Amtshilfe- und Datenschutzrecht)
- Extremisten im öffentlichen Dienst
Historische Entwicklung, Gefahren des politischen Extremismus und rechtliche Probleme
- Zur Problematik des Parteiverbots nach Art. 21 Abs. 2 GG
- Spionageaufklärung in der Bundesrepublik Deutschland
Darstellung von besonderen Fällen
- Der informative Verfassungsschutz als spezieller Weg in Hessen der Bund/Länder-Konzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung»
- Verfassungsschutz und politische Bildung, gemeinsame Lernziele
- Zu den Ursachen der politischen Gewaltkriminalität
Deutungsversuche an praktischen Beispielen

- Linksextreme Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland
Organisationen, Taktik und politische Zielsetzungen
- Strategie und Taktik der prosovjetschen Kommunisten im Rahmen der Bündnispolitik
Einwirkungsversuche auf Gewerkschaften, Umweltschutz- und Friedensbewegungen
Agitation am Arbeitsplatz
- Die Auseinandersetzung zwischen orthodoxen Kommunisten und der extremen Neuen Linken
- Zu den Ursachen linksextremer Bestrebungen
Militanter Antikapitalismus, Proteste gegen die moderne Industriegesellschaft
- Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland
Zur Diskussion über die Ursachen
- Rechtsextreme Denkvorstellungen in Staat und Gesellschaft
Autoritäre Einstellungen, Antisemitismus, emotionaler Antikommunismus
- Der organisierte Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland
Daten und Fakten über Organisationsstrukturen rechtsextremer Gruppen
- Neonazistische, insbesondere terroristische Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland
Beteiligung von Jugendlichen und internationale Verbindungen
- Taktik und Propagandamethoden des Rechtsextremismus
Techniken rechtsextremer Agitation
- Der Nährboden des Rechtsextremismus
Deutung der Wahlergebnisse und Darstellung der Trägergruppen sowie der sie begünstigenden Faktoren zur Diskussion der Ergebnisse von Meinungsumfragen
- Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Bestrebungen
Erfahrungen aus der Praxis und Anregungen am Beispiel der Ausländerfeindlichkeit
Zusammenhänge zwischen antisemitischen Vorfällen, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus

Rechtsextreme Bestrebungen

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

An der Spitze der im Jahre 1964 in Hannover gegründeten *NPD* stand weiterhin Martin Mußnug, der die Partei bereits seit 1971 führt. Der Mitgliederstand hat sich bundesweit bei etwa 6000 Personen eingependelt. Die monatlich erscheinende Parteizeitung *Deutsche Stimme* hat nach eigenen Angaben die Auflage auf 238500 Exemplare erhöht. In Wirklichkeit dürfte sie jedoch bei etwa 170000 liegen.

Die Partei verfolgt Ziele, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren sind. Diese lassen sich allerdings nicht unmittelbar aus dem Parteiprogramm oder der Satzung erkennen, wohl aber aus zahlreichen Verlautbarungen von Funktionären und Mitgliedern der *NPD*, aus Aufsätzen in ihrer offiziellen Parteizeitung *Deutsche Stimme*, aus Programmschriften und Reden. Die freiheitliche demokratische Grundordnung wird abgelehnt, sie soll durch eine «Nationaldemokratie» ersetzt werden. Letztere sieht die Volksgemeinschaft, den völkischen Kollektivismus, als Grundlage und Zweck des von ihr erstrebten starken Staates an. Der im Grundgesetz verankerte Wert des einzelnen wird als liberalistisch abgetan; er soll nicht mehr um seiner selbst willen geachtet und geschützt werden, sondern die Daseinsberechtigung nur als Glied der Gemeinschaft besitzen (vgl. *Bundesverwaltungsgericht*, Urteil vom 20. 5. 1983 in *NJW* 1984, 813).

Das *Bundesverfassungsgericht* hat 1975 festgestellt, daß die *NPD* als «eine Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung und Betätigung, als rechtsextrem, als Feindin der Freiheit und als Gefahr für die

freiheitliche Grundordnung» bezeichnet werden darf (Beschuß vom 29. 10. 1975, Az.: 2 BvE 1/75). An dieser Grundeinstellung der *NPD* änderte auch das im November verabschiedete neue Parteiprogramm nichts. Der Verzicht auf einige eindeutig rechtsextreme Formulierungen, wie sie im Programm von 1973 enthalten waren, soll lediglich die noch immer verfassungsfeindlichen Bestrebungen verschleiern.

Die *NPD* errang bei der *Bundestagswahl* am 25. Januar mit 226298 Zweitstimmen (= 0,6 %) ihr höchstes Wahlergebnis seit der *Bundestagswahl* 1969. Damit konnten die *Nationaldemokraten* im Vergleich zur letzten *Bundestagswahl* ihre Wählerzahl mehr als verdoppeln. Der prozentuale Stimmenanteil wurde auf Grund der geringen Wahlbeteiligung sogar verdreifacht.

In *Hessen* entfielen auf die *NPD* 26994 Zweitstimmen (= 0,8 %) und 21930 Erststimmen (= 0,6 %). Besonders erwähnenswert war das Wahlergebnis im *Wetteraukreis*. Dort erlangte die *NPD* 1,7 % der Erst- und 1,6 % der Zweitstimmen. In *Wölfersheim*, wo der bekannte *NPD*-Funktionär Volker Sachs als Direktkandidat antrat, entfielen 10,5 % der Erst- und 6,9 % der Zweitstimmen auf die *NPD*. In den übrigen hessischen Wahlkreisen zeigten sich Steigerungen zwischen 0,4 % und 0,7 % (Wahlkreis *Hanau* bzw. *Lahn-Dill-Kreis*).

Die neue taktische Linie der Partei sieht seit 1986 ihre Annäherung an die *Deutsche Volkunion (DVU)* des Münchner Verlegers Dr. Frey vor. Sie wurde im vergangenen Jahr intensiviert. Trotz gegensätzlicher Auffassungen im Bereich der äußeren Sicherheit und Verteidigungspolitik — bei der *NPD* nationaler Neutralismus, bei der *DVU* NATO-Treue — wurde im März gemeinsam die *DVU-Liste D* (*D* steht für Deutschland) gegründet. Diese hatte dann bei der *Wahl* zur *Bremischen Bürgerschaft* einen ersten Erfolg. Sie

konnte einen Abgeordneten in das Parlament entsenden.

Am 13. November fand in Uehlefeld/Mittelfranken und am 14./15. November in Höchststadt an der Aisch der *Bundesparteitag* der *NPD* statt.

Der sogenannte *Programmparteitag* in Uehlefeld (mit etwa 200 Delegierten) verabschiedete das neue Parteiprogramm «*Nationaldemokratische Gedanken für eine lebenswerte Zukunft*». Damit will die *NPD* ihr angeblich uneingeschränktes Bekenntnis zum Grundgesetz beweisen. Außerdem nimmt sie darin Abschied von dem Bekenntnis zum Antibolschewismus und propagiert statt dessen den nationalen Neutralismus.

Am eigentlichen *Parteitag* in Höchststadt nahmen bis zu 1000 Personen, darunter etwa 300 Delegierte, teil. Mittelpunkt war die Wiederwahl des Parteivorsitzenden Mußgnug und seiner Stellvertreter. Mußgnug erklärte in seiner Rede, daß die *NPD* seit 1983 eine stetige Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen habe und das nationale Lager weit mehr Bürger umfasse, als in der *NPD* organisiert seien. Um diese Leute zu erreichen, müsse zunächst die «Einheit der Nationalen» geschaffen werden. Bereits die Unterstützung der *Deutschen Volksunion* — *Liste D* durch die *NPD* bei der *Bremer Bürgerschaftswahl* habe den Nachweis erbracht, daß man so in der Lage sei, die *Fünf-Prozent-Hürde* «im Sturm zu nehmen». Ähnliches erhoffe er sich von der *Landtagswahl* in *Baden-Württemberg* im März 1988, wo im Gegenzug die *NPD* von der *DVU-Liste D* unterstützt würde. Deren Vorsitzender, Dr. Gerhard Frey, betonte in einem Redebeitrag ebenfalls die Gemeinsamkeit beider Parteien.

Gegen den *NPD-Parteitag* demonstrierten am 14. November etwa 3000 Personen. Zwei Tagungsteilnehmer wurden leicht

verletzt, mehrere Fahrzeuge beschädigt. Die Polizei nahm 19 Personen vorläufig fest.

Bei der Wahl des Oberbürgermeisters der Stadt Tuttlingen am 29. November erhielt der dort ansässige *NPD*-Bundesvorsitzende Mußgnug 2122 Stimmen = 15,05 %.

Am 15. Dezember durchsuchten Polizeikräfte aufgrund eines Beschlusses des Amtsgerichts Koblenz die Räume der *NPD*-Bundesgeschäftsstelle. Anlaß waren Ermittlungen gegen Unterschriftensammler der *NPD* u. a. wegen des Verdachts der Urkundenfälschung anläßlich der *Landtagswahl* in *Rheinland-Pfalz* im Mai. Unterlagen wurden auch beim Bundesschatzmeister der *NPD* in Kornwestheim sichergestellt.

Das traditionelle *Deutschlandtreffen* der *NPD* fand aus Anlaß der *Landtagswahl* in *Rheinland-Pfalz* am 1. Mai in Duttweiler an der Weinstraße statt. Etwa 600 Personen aus dem Bundesgebiet nahmen teil. Die zunächst in Worms als Wahlkundgebung unter dem Motto «Raus aus der EG — Ja zu Deutschland» geplante Veranstaltung war verboten worden. Obwohl das Verwaltungsgericht auf Antrag der *NPD* die Verbotsvorgabe aufgehoben hatte, hielt die Partei an dem Tagungsort Worms nicht fest, sondern wich nach Duttweiler aus. Die Teilnehmer des Treffens unterstützten den *NPD*-Landesverband *Rheinland-Pfalz* im Wahlkampf durch die Verteilung von Flugblättern und etwa 100000 Exemplaren der Wahlkampfzeitung *Deutsche Stimme*.

In *Hessen* stagnierte die Parteiarbeit. Der Landesverband besteht weiterhin aus 21 Kreisverbänden mit etwas über 600 Mitgliedern. Aktivitäten gingen nur von etwa der Hälfte der Kreisorganisationen aus. Das *NPD*-Organ *Stimmen der hessischen Nationaldemokraten* hat eine Auflage von 700 Exemplaren.

Der Parteivorstand der *NPD* beschloß am 7./8. Februar in Wölfersheim, an der vorgezogenen *hessischen Landtagswahl* nicht teilzunehmen. Versuche des *NPD*-Landesverbandes *Hessen*, den Wahltermin am 5. April durch Gerichtsbeschluß verschieben zu lassen, scheiterten. Die *NPD* hatte sowohl beim *Hessischen Staatsgerichtshof* als auch beim *Bundesverfassungsgericht* Klage mit der Begründung erhoben, es sei ihr unmöglich, die für die Wahlzulassung erforderlichen Bedingungen nach dem hessischen Landtagswahlgesetz innerhalb des zur Verfügung stehenden kurzen Zeitraums zu erfüllen. Noch bevor die Gerichte entschieden hatten, forderte der *NPD*-Landesverband *Hessen* in einem Flugblatt die Wählerschaft auf, zur Wahl zu gehen, aber ungütig zu wählen, um so den Protest gegen die Gruppierungen *CDU/FDP* oder *SPD/Grüne* deutlich werden zu lassen.

Am 22. März fand in Haiger der 17. ordentliche *Landesparteitag* statt, an dem etwa 120 Personen teilnahmen. Zum neuen Landesvorsitzenden wurde Hans Schmidt gewählt, nachdem der bisherige Vorsitzende Gutjahr in der zurückliegenden Zeit immer häufiger und heftiger wegen seines Führungsstils kritisiert worden war. Gegen den *Landesparteitag* demonstrierten etwa 500 Personen.

Hessenliste für Ausländerstopp (*HLA*)

Die im Jahre 1982 von *NPD*-Mitgliedern gegründete *Hessenliste für Ausländerstopp* trat wiederum mit dem monatlich erscheinenden Mitteilungsblatt *Die Parole* an die Öffentlichkeit. Darin forderte sie auf, bei der *Bundestagswahl*, der *Wahl in Bremen* und der *Landtagswahl in Baden-Württemberg* im März 1988 die *NPD* bzw. die *DVU — Liste D* zu wählen. Daneben polemisierte das Blatt wie bisher gegen

Ausländer und «Asylanten» und verlangte die generelle Untersuchung dieser Bevölkerungsgruppen auf AIDS. Die Ausländerfeindlichkeit der *HLA* trat auch in einem im Mai verbreiteten Flugblatt

«Information und Mitwirkungsaufgabe
Assoziierungsvertrag und Türkeneinmarsch»

zutage, in dem das in der Politik der *Europäischen Gemeinschaft (EG)* verankerte Postulat der Freizügigkeit angegriffen und zu Protesten dagegen aufgerufen wurde.

Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund (*ANV/VB*)

Die den zuständigen Stellen seit 1985 bekanntgewordene *ANV/VB*, deren Weihnachts- und Sonnenwendfeiern für «*Volks-treue*» stets unter konspirativen Umständen im weiteren Rhein-Main-Gebiet stattfanden, wurde im Herbst durch die Verhaftung der Führungspersonen zerschlagen. Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen sie wegen des Verdachts, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben (vgl. auch den Abschnitt *Rechtsextremer Terrorismus*).

Junge Nationaldemokraten (*JN*)

Die *JN* konnten wie im Vorjahr ihre Mitgliederzahl bundesweit nochmals um etwa 100 auf 750 erhöhen. Die unregelmäßig erscheinende *JN*-Publikation *Junge Stimme* hat die bisherige Auflagenhöhe von 1000 Exemplaren gehalten. Der 16. ordentliche *JN-Bundeskongreß* fand am 12. und 13. September in Dillingen/Saar statt. Etwa 150 Personen nahmen teil. Gäste waren unter anderem der *NPD*-Parteivorsitzende Martin Mußnug und sein Stellvertreter. Als neuer Bundesvorsitzender wurde Karl-Heinz Sendbühler aus München gewählt.

Der Tod des ehemaligen *Hitler-Stellvertreters* Rudolf Heß war für etwa 70 Angehörige der *JN* Anlaß, am 22. August in Bonn mit Fahnen und Transparenten *Mahnwachen* vor der amerikanischen und der britischen Botschaft zu halten. Wegen geringer Teilnehmerzahl fielen die vorgesehenen *Mahnwachen* vor der französischen und der sowjetischen Botschaft aus.

Entgegen der bundesweiten Entwicklung sank die Mitgliederzahl der *JN* in *Hessen* von rund 85 auf etwa 60. Nachdem im August in Frankfurt am Main zwei *JN*-Mitglieder wegen des Verdachts der Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens festgenommen worden waren, kam es zu organisationsinternen Auseinandersetzungen. Die Gruppe verlor etwa 25 Mitglieder, und der *JN*-Landesvorsitzende trat zurück. Für ihn wurde im Dezember ein neuer Vorsitzender gewählt.

In Frankfurt am Main organisierten *NPD* und *JN* vom 7. bis 9. August ein Aktionswochenende mit einem Informationsstand und der Verteilung von Werbematerial. Etwa 100 Angehörige *autonom*er Gruppen versuchten, den vom *Hessischen Verwaltungsgerichtshof* genehmigten Informationsstand zu beschädigen und den Ablauf der Werbeaktion zu stören. Einschreitende Polizeibeamte wurden angegriffen, neun von ihnen verletzt.

Erstmals im Mai erschien in Frankfurt am Main eine Jugend-Schülerzeitung unter der Bezeichnung *Der Adler*. Herausgeber ist der *JN*-Kreisverband *Frankfurt am Main*. Die September-Ausgabe hatte die Auflagenhöhe von 3000 Exemplaren (*JN*-Angabe) und war auch als Beilage dem *NPD*-Organ *Stimmen der hessischen Nationaldemokraten* beigefügt.

Sonstige traditionelle Gruppen und Jugendorganisationen

Deutsche Volksunion (DVU)

Zur *National-Freiheitlichen-Rechten* zählen vor allem diejenigen rechtsextremen Gruppen, die vom Verleger der *Deutschen National-Zeitung (DNZ)*, Dr. Gerhard Frey aus München, politisch geführt werden. Die Gruppierungen sind in der von ihm bereits 1971 gegründeten *Deutschen Volksunion e. V. (DVU)* zusammengefaßt. Im einzelnen sind das als «Aktionsgemeinschaften»

- die 1979 gegründete *Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)*,
- die 1980 gegründete *Initiative für Ausländerbegrenzung (I. f. A.)*,
- die 1981 gegründete *Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF)*,
- die 1982 gegründete *Aktion Oder-Neiße (AKON)*, später in *Aktion Deutsche Einheit* umbenannt,
- der 1983 gegründete *Ehrenbund Rudolf (ER)* und
- der 1984 gegründete *Schutzbund für Leben und Umwelt*, 1986 in *Schutzbund für Volk und Kultur* umbenannt.

Die *DVU* ist seit Jahren die mitgliederstärkste rechtsextreme Vereinigung im Bundesgebiet. Ihr und den «Aktionsgemeinschaften» gehören im Bundesgebiet über 12000 Personen an. Die Mitgliederzahlen für *Hessen* entsprechen dem Anteil des Landes an der Bundesbevölkerung. Die Mitglieder werden im wesentlichen durch die drei von Dr. Frey herausgegebenen Zeitungen *Deutsche National-Zeitung*, *Deutscher Anzeiger* und *Deutsche Wochenzeitung* informiert, deren Berichterstattung betont ausländerfeindlich ist und mit Vorliebe Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland diffamiert. Die Auflagenhöhe dieser Wochenblätter beträgt nach eigenen Angaben insgesamt etwa 120000 Exemplare.

Die DVU setzte ihre Vortragsreihen mit dem britischen Publizisten David Irving fort. Höhepunkt ihrer Veranstaltungen war die alljährliche Großkundgebung in Passau. Hierzu hatten sich am 15. August etwa 2000 Personen, darunter auch etwa 400 aus Österreich und Südtirol, eingefunden. Dr. Frey wurde bei dieser Gelegenheit wiederum zum Vorsitzenden gewählt. Die NPD erschien erstmals mit einer Reihe von Spitzenfunktionären. Mittelpunkt der Redebeiträge war der bevorstehende gemeinsame Wahlkampf in Bremen und Bremerhaven. Der von Dr. Frey gestiftete «Andreas-Hofer-Preis» in Höhe von 20000 DM wurde dem Spitzenfunktionär des Südtiroler Heimatbundes, Paul Pichler, verliehen. David Irving plädierte in einer mit viel Beifall bedachten Rede dafür, den Friedensnobelpreis an Rudolf Heß zu vergeben.

Etwa 80 Demonstranten versuchten die Veranstaltung zu stören. Es kam zu kleineren Auseinandersetzungen mit Polizei und Teilnehmern an der Großkundgebung.

Deutsche Volksunion — Liste D

Auf Initiative von Dr. Frey war im November 1986 ein neuer Zusammenschluß mit dem Namen *Deutsche Liste* gegründet worden. Bereits im Dezember in *Deutsche Volksliste* umbenannt, sollte er keine Partei im herkömmlichen Sinne, sondern die «Sammlung aller nationalbewußten Deutschen» sein. Bei einer Versammlung am 5. März in München wurde die *Deutsche Volksliste* in *Deutsche Volksunion — Liste D* unter Vorsitz von Dr. Frey umbenannt.

Der DVU — Liste D mit jetzt angeblich mehr als 6000 Mitgliedern gehören neben DVU-Mitgliedern auch Spitzenfunktionäre der NPD an. Das Parteiprogramm zeigt zwar keine deutlich rechtsextremen Zielsetzungen. Sie lassen sich jedoch den

Publikationen des Dr. Frey und den zahlreichen Bürgern unverlangt zugestellten Postsendungen entnehmen. Dort agitiert auch die DVU — Liste D in übler Form gegen die Integration von Ausländern und die Politik der Bundesregierung. So hieß es in Anzeigen:

«Deutschland den Deutschen. Stopp der weiteren Zuwanderung von Heerscharen fremder Menschen. Begrenzung des Ausländeranteils. Ausweisung von kriminellen Ausländern und Asylbetrügnern. Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer. Da die beschworene Wende ausgeblieben ist und die gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes gerichtete Politik fortgesetzt, ja verstärkt wird, muß jetzt gehandelt werden. Das Maß des Erträglichen ist übervoll.»

Die Zusammenarbeit zwischen DVU — Liste D und NPD stieß innerhalb der NPD auf Kritik, die sich gegen Dr. Frey richtete, dem auf Profit ausgerichtete Geschäftemacherei vorgeworfen wurde.

Die wesentliche Differenz zwischen der NPD und Dr. Frey besteht jedoch aufgrund der unterschiedlichen Standpunkte zur Frage der äußeren Sicherheit. Während die NPD den nationalen Neutralismus propagiert, befürwortet Dr. Frey die Bündnistreue zur NATO. Ungeachtet dieser Unterschiede beschlossen die Präsidien der NPD und der DVU — Liste D, sich unter Wahrung ihrer organisatorischen und politischen Eigenständigkeit gegenseitig zu unterstützen. Sie sind der Auffassung, dadurch könne dem gemeinsamen Vorhaben eine größere Durchschlagskraft verliehen werden. In diesem Sinne unterstützte die DVU — Liste D die NPD im Wahlkampf bei der Wahl zum Landtag von Rheinland-Pfalz am 17. Mai, wo diese 0,8 % der abgegebenen Stimmen erreichte.

Für die *Bremer Bürgerschaftswahl* am 13. September begann Dr. Frey schon im März einen spektakulären, über zwei Millionen DM kostenden Wahlkampf. Am 16. Mai gründete er den Landesverband *Bremen der DVU — Liste D*. In den Vorstand wurden auch führende *NPD*-Funktionäre gewählt. Man verzichtete auf öffentliche Wahlveranstaltungen, um Konfrontationen mit politischen Gegnern auszuschließen. Dafür wurden in großem Maße Postwurfsendungen, Großflächenwerbung und Stellafeln eingesetzt, ebenso Flugzeuge, die Transparente der *DVU — Liste D* über Bremen und Bremerhaven schleppten.

Bei der Wahl erhielt die *DVU — Liste D* landesweit 13296 Stimmen (3,41 %). Davon entfielen 9593 Stimmen (2,99 %) auf Bremen und 3703 Stimmen (5,4 %) auf Bremerhaven. Aufgrund des Stimmenanteils in *Bremerhaven* erzielte die *DVU — Liste D* ein Mandat in der Bremer Bürgerschaft, in der die *NPD* letztmals von 1967 bis 1971 vertreten war. In Bremerhaven selbst errang die *DVU — Liste D* zwei der 48 Stadtverordnetensitze.

In *Hessen* ist die *DVU — Liste D* öffentlich noch nicht in Erscheinung getreten.

Wiking-Jugend (*WJ*)

Zu den ältesten rechtsextremen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland zählt die im Jahre 1952 gegründete *Wiking-Jugend*. Sie versteht sich als *nationalbündische Jugendbewegung* in der Tradition der *Hitler-Jugend*. Sie wird nach dem Führerprinzip geleitet, hängt einer germanisierenden Nordlandideologie an und empfindet sich als «heranzubildende Elite».

Die seit Jahren beobachtete Hinwendung der *WJ* zum militanten *Neonazismus* hat sich weiter verstärkt. Sie führte zur Abspaltung der den *Neonazismus* ablehnen-

den Kräfte und als deren Folge im Herbst zur Gründung einer neuen Organisation mit dem Namen *Arbeitskreis Junge Familie e. V.* Innerhalb dieser Vereinigung wurde der Jugendbund *Sturmvogel* gegründet. Er will «volkstreu eingestellte Deutsche, die erkannt haben, daß wir in der heutigen Zeit nur GEMEINSAM mit unserer Geisteshaltung bestehen können», ansprechen und ist auf die «Brauchtumspflege» im Sinne der ursprünglichen *WJ* ausgerichtet. Zu dem Programm «Unser Wollen» erklärte der Leiter des *Sturmvogels*, daß die Gruppe sich wieder den Idealen der *bündischen Jugend* nähern werde. «*Horste*» des Jugendbundes bestehen nach Angaben der Organisation in *Hessen* in Bad Soden und Wölfersheim.

Der durch die Spaltung eingetretene Mitgliederschwund der *WJ* wurde durch Neuaufnahmen, vorwiegend aus dem Bereich der *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)*, weitgehend ausgeglichen. Die Organisation hat derzeit bundesweit über 400 Mitglieder, in *Hessen* etwa 50. Am jährlich stattfindenden Pfingstlager der *WJ* vom 5. bis 8. Juni bei Celle nahmen etwa 120 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teil. Anlässlich des Todes von Rudolf Heß beteiligten sich Mitglieder der *WJ* an einem Demonstrationmarsch der *FAP* am 26. August in Bonn zur britischen Botschaft. Das Thema der Abschlußkundgebung vor etwa 200 Zuhörern lautete: «Gerechtigkeit für Rudolf Heß». Das Herbstlager der *WJ* vom 3. bis 10. Oktober, geplant in Hetendorf bei Celle, mußte erstmals wegen der Drohungen politischer Gegner abgesagt werden. Sich selbst «Antifaschistische Aktionsbündnisse» nennende Gruppen aus Niedersachsen, Hamburg und Bremen hatten zu Protestaktionen aufgerufen. Obwohl die Anhänger der *WJ* nicht gekommen waren, versammelten sich etwa 500 «Antifaschisten», die überwiegend dem militanten linksextremen Bereich zuzurechnen waren. Ungefähr 200 von ihnen waren ver-

mummt und mit Eisenstangen, Knüppeln und Steinen bewaffnet. Sie griffen aggressiv die eingesetzten Polizeikräfte an. Einen Kriminalbeamten schlugen sie mit einer Eisenstange nieder und verletzten ihn lebensgefährlich.

Das zur Tradition gewordene Silvestertreffen der *WJ* in der *hessischen Rhön*, das regelmäßig mit dem Abbrennen sogenannter Mahnfeuer bei Hilders verbunden war, fand in diesem Jahr nicht statt. Der Landrat des Landkreises Fulda hatte mit Verfügung vom 30. Dezember vier von der *WJ* angemeldete Mahnfeuer und einen gleichfalls angemeldeten Aufzug für den Silvestertag wegen unmittelbarer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit (§ 15 Abs. 1 Versammlungsgesetz) verboten. Die etwa 200 Anhänger der *WJ*, der *FAP* und Gleichgesinnte aus den Niederlanden, der Schweiz und Österreich, die sich an den Mahnfeuern zusammenfinden wollten, wichen wegen des Verbotes in das nahe gelegene Leubach in Unterfranken aus, wo sie in der Bürgerhalle Silvester feierten.

Am Nachmittag des 31. Dezember versuchten etwa 50 Personen, bei denen es sich um Angehörige der *WJ* und *neonazistische* Gruppierungen handelte, im Innenstadtbereich von Fulda einen unangemeldeten Aufzug zu bilden. Dabei zeigten sie u. a. den «*Hitlergruß*». Bei Erscheinen der Polizei zerstreuten sich die Teilnehmer. Das polizeiliche Eingreifen verhinderte Zusammenstöße zwischen den Rechtsextremisten und Teilnehmern einer von einem Aktionskomitee «*Nie wieder Faschismus*» veranstalteten Demonstration. Bei Kontrollmaßnahmen im Vorfeld der rechtsextremen Aktivitäten stellte die Polizei Holz- und Gummiknüppel sicher. Dieser Vorfall zeigt erneut die enge Zusammenarbeit zwischen der *WJ* und *Neonazis*.

Neonazistische Bestrebungen

Als *neonazistisch* werden in der Tradition des *Nationalsozialismus* stehende rechts-extreme Bestrebungen bezeichnet, deren Träger sich als «revolutionäre Kampfgemeinschaft» verstehen. Sie wollen die parlamentarische Demokratie beseitigen und statt ihrer einen Führerstaat auf rassistischer Grundlage nach dem Vorbild *Adolf Hitlers* errichten.

«Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front»

Nach dem unanfechtbar gewordenen Verbot der *Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale AktivistInnen (ANS/NA)* und ihrer Untergliederungen *Aktion Ausländerrückführung (AAR)* und *Freundeskreis deutsche Politik (FK)* schlossen sich ehemalige *ANS/NA*-Mitglieder und andere *Neonazis* zu der nach ihrer Auffassung organisatorisch nicht faßbaren «*Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front*» zusammen. Sie traten bei verschiedenen Anlässen auch unter den Bezeichnungen «*Bewegung*» oder «*Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers*» (*KAH*) auf. Als Propagandainstrument benutzten sie die von ihnen unterwanderte «*Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei*» (*FAP*).

Im Sommer 1986 begann innerhalb der «*Bewegung*» eine «*Anti-Homo-Kampagne*», die sich gegen den früheren Organisationsleiter der *ANS/NA*, Michael Kühnen, richtete. Dieser verbüßte seit Januar 1985 eine Freiheitsstrafe wegen Verbreitens von *NS*-Propagandamitteln, die im März 1988 endete. Die Kampagne spaltete die «*Bewegung*» in eine von Jürgen Mosler aus Duisburg angeführte Gruppe, die eine Säuberung der eigenen Reihen von Homosexuellen forderte, und eine von Kühnen aus der Haft gesteuerte Anhängerschaft. Einigungsversuche scheiterten,

weil keine Seite den Führungsanspruch zurücknahm. Der Streit verschärfte sich, als die Gruppe um Mosler behauptete, Kühnen sei nicht nur homosexuell, sondern auch HIV-infiziert.

In Hessen stand der einzige intakte *neonazistische* Zusammenschluß, der *Frankfurter Freundeskreis Germania (FFG)*, mit seinen etwa 20 Aktivisten, gleichzeitig Kreisverband der *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)* in Frankfurt am Main, loyal zu Kühnen. Dieser hielt die Verbindung zu seinen Anhängern mit Beiträgen in der Monatsschrift *Die Neue Front* aufrecht. Daneben wurde seit August auf seine Initiative ein ebenfalls monatlich erscheinender *Schulungsbrief der Neuen Front* herausgegeben.

Außerdem verfaßte Kühnen Band I und II seiner Broschüre «Die Zweite Revolution», deren Herausgabe die aus den USA agierende *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei — Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP — AO)* besorgte. Während sich Kühnen im Band I in erster Linie mit der «Weltanschauung» von «*Nationalsozialisten* der jungen Generation» beschäftigt, behandelt er im zweiten Teil «Form und Gestaltung des neuen Reiches aller Deutschen». Er fordert die «Aufhebung des NS-Verbotese» und die «Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Großdeutschen Reiches». Mit einer «Revolution von rechts» sollen die «Träume von Recht und Freiheit, von Lebensraum und Weltmacht, von Rasse und Nation, vom Abendland und der Endlösung der Judenfrage, vom dritten Weg jenseits von Kapitalismus und Kommunismus, von der Volksgemeinschaft der Deutschen» erreicht werden. Um dem «deutschen Volk einen ausreichenden Lebensraum zu sichern», soll im «gesamten Mittelmeerraum» ein «europäisches Reich» errichtet werden. Die Nationen Europas sollen in einer «arischen Völkergemein-

schaft» unter Führung eines *nationalsozialistischen* Deutschlands auf dem Fundament von Antizionismus, Antikommunismus und Antikapitalismus vereint werden.

Kühnen appellierte aus der Haft auch an seine Anhängerschaft, «die dritte Etappe des Wiederaufbaus (der) Gemeinschaft in Angriff» zu nehmen. Entsprechend seiner «neuen Konzeption» wurden «verschiedene Vorfelddorganisationen» gegründet: Ende 1986 war es die *Nationale Initiative «Freiheit für Michael Kühnen» (NI)*. Sie diente der Sammlung von Unterschriften für eine Petition, mit der seine Freilassung herbeigeführt werden sollte. An einem von der NI in Bamberg durchgeführten Informationsstand, an dem auch Unterschriftenlisten auslagen, beteiligten sich etwa zehn *hessische Neonazis*. Als weitere «Vorfelddorganisationen» folgten die *Aktion Lebensschutz (AL)* und die von Thomas Brehl aus Fulda geführte *Volksbewegung gegen Überfremdung (VBÜ)*, die Kühnen zu den wichtigsten Gründungen erklärte. Die Wahlbeteiligung der *VBÜ* an den als «Testwahlen» gedachten *hessischen Landtagswahlen* im Wahlkreis 44 Offenbach — Land I scheiterte an fehlenden Unterstützungsunterschriften. Ein von einem *hessischen Neonazi* geleitetes *Antikommunistisches Aktionsbündnis (ANTI-KO)* sollte nach dem Vorbild «Antifaschistischer Aktionsbündnisse» die «breite Öffentlichkeit über die Machenschaften von Kommunisten und ihren Handlangern» informieren. Mit einer *Antizionistischen Aktion (AA)* wollten die Initiatoren «die Machenschaften des Zionismus» anklagen; sie erhofften sich dadurch Verbündete, insbesondere finanzielle Unterstützer. Durch die Aussage, «daß sich die Aktivitäten der AA nicht gegen das Judentum oder Juden allgemein richten, sondern ausschließlich gegen den Zionismus», soll der Antisemitismus kaschiert werden. Einzige Aktivität der AA war jedoch bisher ein «Offener Brief» an die Redaktion einer Ta-

geszeitung anlässlich des Besuchs des israelischen Staatspräsidenten Herzog in der Bundesrepublik Deutschland Anfang April. Im Zusammenhang mit dem Tod von Rudolf Heß entstand als weitere «Vorfeldorganisation» der *Volksbund Rudolf Heß (VRH)*.

Die fortwährenden Appelle Kühnens zeigten bei seinen Gesinnungsfreunden nur geringe Wirkung. Die Zahl der Anhänger blieb ungefähr gleich, die «Aktionen» fanden keine Resonanz.

Zum «10. Geburtstag» der *Gesinnungsgemeinschaft* wurde eine Zusammenkunft der Anhängerschaft Kühnens vom 8. bis 10. Mai in Steinau an der Straße (Main-Kinzig-Kreis) vorbereitet. Nach dem Verbot der Veranstaltung wichen die Organisatoren am 8. Mai nach Jossgrund-Lettgenbrunn (Main-Kinzig-Kreis) aus. Dort sangen die etwa 30 Teilnehmer *nationalsozialistische* Kampflieder und forderten im Sprechchor die Freilassung Kühnens. Die Polizei nahm 23 Personen fest. Die Durchsuchung förderte *Hakenkreuzarmbinden*, Gaspistolen, Messer und zwei Kurzspeere zutage. Die *Neonazis* begaben sich noch am gleichen Tag nach Frankfurt am Main und versammelten sich dort. Ungefähr 70 Parteigänger Kühnens fuhren anschließend nach Butzbach. Dort verlangten sie lautstark vor der Justizvollzugsanstalt, in der Kühnen einsaß, dessen Freilassung.

Für den 25. Juli organisierte die *Nationale Initiative «Freiheit für Michael Kühnen»* gleichzeitige Treffen in Bonn und Wiesbaden. In Wiesbaden wollten 22 Kühnen-Anhänger zum *Hessischen Landtag* marschieren, um die für die Freilassung gesammelten Unterschriften abzugeben. Der Aufzug wurde aufgelöst. Bei der Durchsuchung der Teilnehmer stellte die Polizei zwei Schußgeräte mit Munition, ein Gassprühgerät, *NS-Propagandamaterial* und ein *Hitlerbild* sicher. Zwei Kühnen-An-

hänger hinterlegten die fotokopierten Unterschriften beim Pförtner des *Hessischen Landtags*. In Bonn kamen nur 19 Gesinnungsgenossen zusammen. Die als Petition vorgesehene Unterschriftenliste mit angeblich 600 Namen wurde mit der Post dem Petitionsausschuß des *Deutschen Bundestages* und dem *Bundespräsidialamt* übersandt.

Eine deutsche Illustrierte veröffentlichte im September ein Interview, das ihr Kühnen in der Justizvollzugsanstalt Butzbach gegeben hatte und in dem auch die Frage enthalten war, ob er HIV-infiziert sei. Daraufhin boten Kühnen und sein «Stellvertreter», Thomas Brehl, den Rückzug aus der *Bewegung* an, blieben aber letztendlich darin, um die Entwicklung nach der Haftentlassung Kühnens im März 1988 abzuwarten.

Das durch die Homosexualitätsdiskussion in der «*Bewegung*» entstandene Führungsproblem hatte zur Folge, daß die Anhängerschaft Kühnens bis zum Jahresende auf schätzungsweise 80 Personen absank, während sein Konkurrent Mosler ungefähr 250 Parteigänger für sich gewinnen konnte, vor allem in Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Die Spaltung der «*Bewegung*» übertrug sich auch auf die *Deutsche Frauenfront (DFF)* und führte dort zu einem mehrheitlichen Einfluß von Mosler treuen.

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

Der Eintritt zahlreicher Anhänger der 1983 verbotenen *ANS/NA* machte aus der 1979 von dem Kaufmann Martin Pape in Stuttgart gegründeten unbekannteren *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei* die mitgliederstärkste *neonazistische* Organisation. In sechs Landesverbänden (Baden-

Württemberg, Bremen, Hamburg, *Hessen*, *Niedersachsen* und *Nordrhein-Westfalen*) und in mehreren Kreisverbänden (Bayern, Schleswig-Holstein) sind derzeit annähernd 500 Mitglieder und Sympathisanten zusammengefaßt. Das sind etwa 100 Personen mehr als 1986. Unter den Mitgliedern besteht jedoch eine hohe Fluktuation. Im Oktober gründeten bisherige FAP-Anhänger in Bayern eine *Freiheitspartei*.

Der weit überwiegende Mitgliederanteil der FAP besteht aus *Neonazis*, die der «*Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front*» beziehungsweise der «*Bewegung*» zuzurechnen sind. Daher unterliegt die FAP den gleichen Spannungen und Führungsstreitigkeiten, die das organisatorische Leben der *neonazistischen* Verbindungen prägen. Die ehemaligen *ANS/NA*-Anhänger lehnen den FAP-Bundesvorsitzenden Pape weiterhin ab. Seine Position blieb schwach. Von den FAP-Gliederungen wird die repräsentative Funktion Papes hingenommen. Sie betrachten ihn als Aushängeschild zum Schutz gegen Verbotmaßnahmen. Die Gruppen um Mosler und Kühnen fühlen sich an das Parteiprogramm nicht gebunden. Es wird abgelehnt, weil es kein offenes Bekenntnis zum *Nationalsozialismus* enthält.

Die FAP, die sich im Januar an den *Wahlen zum Deutschen Bundestag* in fünf Bundesländern beteiligen wollte, konnte nur in *Bremen* und in den Wahlkreisen *Stuttgart I* und *Celle-Uelzen* die für eine Kandidatur notwendigen Unterstützungsschriften beibringen. Die Wahlergebnisse waren für die Partei enttäuschend. Sie erhielt in *Bremen* 403 Zweitstimmen, in *Celle-Uelzen* 184 Erststimmen und in *Stuttgart I* 157 Erststimmen. Das schlechte Abschneiden war Grund für die Zusammenkunft von etwa 15 führenden FAP-Funktionären mit dem Bundesvorsitzenden am 5. Juli in Wiesbaden. Daran beteiligten sich sowohl Anhänger Kühnens als auch Moslers. Pape verlangte von seinen

Gesinnungsgenossen das Festhalten am *FAP-Aktionsprogramm*, um so Verbotsergründe zu vermeiden.

Auch für die *Landtagswahlen* in *Hessen* und in *Schleswig-Holstein* konnte die FAP die erforderlichen Unterstützungsschriften nicht beibringen, in *Rheinland-Pfalz* gab sie vorzeitig auf.

In ihrer Broschüre «*Volkszählungsboykott*» riet die FAP, die Kenn-Nummern und die persönlichen Daten von den Erhebungsbögen abzuschneiden und diese zu einer «*Sammelstelle der Bürgerinitiativen* gegen die Volkszählung» zu bringen. Die Volkszählung wurde als Entwicklung zum «*Überwachungsstaat*» gewertet.

Der Tod des ehemaligen *Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß* am 17. August war für Angehörige der FAP Anlaß, sich an Demonstrationen, u. a. vor dem amerikanischen und dem britischen Konsulat in Hamburg, vor der britischen Botschaft in Bonn und am Familiengrab der Familie Heß in *Wunsiedel*, zu beteiligen.

Zunehmend zeigte die FAP-Anhängerschaft bei der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern Bereitschaft zur Gewaltanwendung. In einem der Mosler-Gruppe zuzuschreibenden Artikel über «*Die Grenzen der legalen Arbeit*» wurde der Standpunkt vertreten, daß legale Propaganda und illegale Aktionen streng zu trennen seien. Ein Beitrag zu der Ermordung der beiden Polizeibeamten an der Startbahn West des Rhein-Main-Flughafens verurteilte nicht die Schüsse selbst, sondern die «*falschen taktischen Überlegungen*»: «*Niemals darf ein legaler Organisationsrahmen als Basis für <terroristische> Aktionen benutzt werden*».

Im Gegensatz zum bundesweiten Trend ging in *Hessen* die Mitgliederzahl der FAP von etwa 30 Personen (1986) auf etwa 20 Personen zurück. Die Aktivitäten bestan-

den meist aus internen Zusammenkünften sowie aus Flugblatt-, Schmier- und Klebekaktionen. Die Aussagen hatten fast immer ausländerfeindliche Inhalte. Der einzige aktive Kreisverband der *FAP* besteht in Frankfurt am Main. Er ist Kühnen-treu und mit dem *Frankfurter Freundeskreis Germania (FFG)* identisch, der sich nach dem Verbot der *ANS/NA* gebildet hatte (vgl. auch den Abschnitt «*Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front*»). Vor seiner als «geschlossene Veranstaltung» der *FAP* am 31. Januar in Frankfurt am Main durchgeführten Saalversammlung überprüfte die Polizei die Teilnehmer und stellte Plakate mit der Aufschrift «Deutsche wehrt Euch, Ausländer raus!» und «4 Jahre *ANS*» sowie eine *Hakenkreuzfahne* sicher. Es wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der Plan des Kreisverbandes, zur *Bundestagswahl* mit einem Kandidaten anzutreten, scheiterte, weil die für die Zulassung zur Wahl erforderlichen Unterstützungsunterschriften nicht beigebracht werden konnten.

Am 1. August überfielen zwei *FAP*-Anhänger aus *Hessen* den Geldboten eines Warenhauses in Dreieich-Sprendlingen und erbeuteten 4730 DM Bargeld sowie Eurochecks im Wert von 4100 DM. Die Täter wurden festgenommen.

Reaktionen von Rechtsextremisten auf den Tod von Rudolf Heß

Am 17. August starb der ehemalige *Stellvertreter Hitlers*, Rudolf Heß, in dem von den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs bewachten Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau. Sein Tod hatte, wie erwartet, zahlreiche spontane Demonstrationen, umfangreiche Farbschmiereien und Flugblattaktionen zur Folge.

In *Hessen* wurden in vielen Städten an öffentliche und private Gebäude, Stromverteilerkästen, Bushaltestellen und ähnliche

Örtlichkeiten Parolen wie «Rache für Rudolf Heß» geschmiert. In Drohanrufen kündigten Unbekannte Bombenanschläge an. Eine Organisation «*Aus Rache für Rudolf Heß*» und ein «*Kommando Rache für Rudolf Heß in den Werwölfen Deutschlands*» bezichtigten sich der Täterschaft für Brandanschläge auf Fahrzeuge der US-Streitkräfte und ein französisches Pressekurierfahrzeug am 18. und 19. August.

Zahlreiche Rechtsextremisten, unter ihnen *hessische Neonazis*, versammelten sich schon einige Tage vor der geplanten Beisetzung von Heß in Wunsiedel. Nach einer ersten Demonstration verbot das Landratsamt alle Aufzüge. Dennoch versuchten die Rechtsextremisten am Wochenende 22./23. August gewaltsam auf den Friedhof vorzudringen. 63 Personen wurden festgenommen. Am 26. August, dem vorgesehenen Tag der Beisetzung, standen 500 bis 600 Personen, darunter auch ausländische Rechtsextremisten, vor dem verschlossenen Friedhof in Wunsiedel. Von den von der Polizei bei der Räumung vorläufig festgenommenen 84 Personen stammten neun aus *Hessen*.

Vor der britischen Botschaft in Bonn demonstrierten am gleichen Abend auf Veranlassung der *FAP* etwa 200 Personen, darunter Mitglieder der *Nationalistischen Front (NF)*, der *Wiking-Jugend (WJ)*, der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)*, der *Jungen Nationaldemokraten (JN)* sowie der *Deutschen Volksunion (DVU)*. Die Teilnehmer führten Fackeln, Fahnen und Transparente mit sich. Sie riefen in Sprechchören «Rudolf Heß — Märtyrer für Deutschland».

In rechtsextremen Publikationen, wie in der *Neuen Front*, im *Deutschen Standpunkt*, in der *Deutschen National-Zeitung*, im *Deutschen Anzeiger* und in der *Deutschen Wochen-Zeitung* wurde Heß in zahlreichen Artikeln gepriesen.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)

Die HNG mit schätzungsweise 230 Mitgliedern und etwa 100 Unterstützern ist eine Art Kristallisationspunkt *neonazistischer* Gruppen. Sie wird maßgeblich von Anhängern der verbotenen ANS/NA und der FAP beeinflusst und weiterhin von Christa Goerth, einem früheren Mitglied der ANS/NA, geleitet.

Die Organisation unterstützte im Berichtszeitraum 15 bis 20 inhaftierte Rechtsextremisten im In- und Ausland, unter ihnen auch einige verurteilte Terroristen. Ihr Publikationsorgan *Nachrichten der HNG* erscheint monatlich. Wesentlicher Bestandteil des Blattes sind Leserbriefe, die der moralischen Unterstützung inhaftierter *Neonazis* dienen sollen. Außerdem wird versucht, Verständnis für die politisch motivierten Straftaten zu vermitteln und die verurteilten Rechtsextremisten als Willkür-opfer der deutschen Justiz darzustellen. Größeren Raum nahmen die Berichte und Nachrufe zum Tode von Rudolf Heß ein. In der Ausgabe Nr. 87 vom August hieß es: «Wir sind es Rudolf Heß schuldig, daß wir den Kampf um unser Vaterland niemals aufgeben, daß wir gegen diese Unterdrücker unseres Volkes kämpfen, um die Ehre dieses Mannes und unseres Volkes zu verteidigen.» Im Heft Nr. 91 vom Dezember wurde die Behauptung nachgedruckt, Heß sei auf Veranlassung der britischen Regierung getötet worden.

Die Spaltung der «*Bewegung*» in Kühnentreue und Mosler-treue Anhänger nach der «Homosexuellenkampagne» bedrohte auch den Zusammenhalt der HNG, die Kühnen nachdrücklich unterstützte. Die Folge waren Querelen in der Mitgliedschaft und Streichungen von der «Gefangenenliste» der Organisation.

Die HNG führte zwei Mitgliederversammlungen durch. An der Veranstaltung am 28. März in Niederdünzabach im Werra-Meißner-Kreis nahmen etwa 80 Personen und am 24. Oktober in Staufenberg/Niedersachsen etwa 60 Personen teil. Die behandelten Themen zeigten erneut die *neonazistische* Ausrichtung der Gruppierung und machten deutlich, daß diese sich nicht auf die Betreuung der Häftlinge beschränkt.

Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI)

Die Aktivitäten der DBI beschränkten sich weiterhin auf die unter Leitung von Gertraud Roeder stehenden «*Freundestreffen*» und Sonnenwendfeiern auf dem «*Reichshof*» in Schwarzenborn/Knüll. Zu vier Veranstaltungen erschienen jeweils etwa 60 Personen. Der ehemalige Vorsitzende der DBI, Manfred Roeder, 1982 wegen Rädelsführerschaft in der terroristischen Vereinigung «*Deutsche Aktionsgruppen*» zu dreizehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, verfaßte wie in der Vergangenheit in der Haft die rechtsextremen Publikationen *Deutscher Jahrweiser* und die monatlichen *Briefe der Deutschen Bürgerinitiative e. V. — weltweit —*, um auf die ihm noch verbliebenen Anhänger einzuwirken.

Beiträge in der Vierteljahresschrift *Deutscher Jahrweiser* leugneten und verharmlosten NS-Verbrechen, die zudem durch Aufrechnung und Vergleich mit Greuel-taten anderer damals kriegsführender Nationen relativiert wurden. So hieß es: «Vor lauter Gerede über die «NS-Gewaltherrschaft» und angebliche deutsche Verbrechen wird heute verdrängt, daß Gewalt, Terror und Mord von der anderen Seite ausgingen», und «Die Zerstörung Dresdens durch drei Terrorangriffe in 15 Stunden ist mit Abstand das größte Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkrieges. Davor verblassen alle anderen Untaten, auch

das, was in den KZ geschehen ist.» Das aktuelle rechtsextreme Gedankengut Roeders war an seiner Aussage erkennbar: «Die heutigen Zustände der Volkszerstörung, Rassenvermischung, Herrschaft der Minderwertigen, durch das Geld und die Zerstörung der Natur empfinden wir als unerträglich.» Zum Tode von Rudolf Heß schrieb Roeder, daß der «normale» Deutsche nichts zu bereuen habe, die Geschichte werde ihn freisprechen. Ab März wurde Roeder mehrfach der gesetzlich vorgesehene Hafturlaub gewährt.

Rechtsextremer Terrorismus

Im Herbst leitete die Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Kreisvorsitzenden der *NPD* in Wiesbaden, Peter Naumann, und andere wegen Verdachts der Gründung einer terroristischen Vereinigung ein. Der in Untersuchungshaft befindliche Naumann ist dringend verdächtig, teils allein, teils mit Gesinnungsgenossen 1977 und 1978 Sprengstoffanschläge auf Krieger- und andere Denkmäler in Frankreich und Italien sowie 1979 auf zwei Sendemasten bei Nottuln im Münsterland und Waldesch bei Koblenz wegen der damaligen Fernsehsendung «Holocaust» verübt und im gleichen Jahr mit Sprengstoff DDR-Grenzbefestigungen bei Fulda beschädigt zu haben. Ein für 1982 vorgesehener Anschlag auf das Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau, bei dem die Tötung von Wachsoldaten in Kauf genommen werden sollte, blieb in der Planung stecken. Die Ermittlungen förderten Sprengstoff und -zünder, für Sprengstoffzündungen vorbereitete Weckeruhren und Munition zutage.

Naumann war von 1985 bis zu seiner Festnahme Anführer einer zuletzt etwa 25 Personen umfassenden rechtsextremen Gruppe mit der Bezeichnung *Arbeitsge-*

meinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund (ANVIVB), die sich je nach Anlaß auch *Völkischer Bund (VB) Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände (ANV)* oder *Völkischer Bund für die volkstreue Jugend* nannte. Sie machte mit konspirativ vorbereiteten «Großen Zentralen Weihnachts- und Sonnenwendfeiern» auf sich aufmerksam, an denen bis zu 80 Personen teilnahmen. Von Naumann im letzten Jahr veranstaltete «Seminare» unter dem Titel «Kampf den Dunkelmännern!» sollten die «Bespitzelung und Kriminalisierung der volkstreuem Opposition» durch die Sicherheitsbehörden deutlich machen. Sie dienten mit großer Wahrscheinlichkeit der Rekrutierung neuer und vor allem jugendlicher Anhänger.

Neonazistische Ausschreitungen

Die Zahl der erfaßten Ausschreitungen mit rechtsextremer Motivation hat sich in *Hessen* mit 125 Stör- und Schmieraktionen sowie antisemitischen oder *neonazistischen* Drohungen gegenüber dem Vorjahr (130) geringfügig verringert. Die Aktionen galten zum größten Teil «Asylanten», Ausländern, jüdischen Mitbürgern, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Presseorganen und Wirtschaftsunternehmen. Regionale Schwerpunkte bildeten Frankfurt am Main und Umgebung (46), Wiesbaden (24) und Kassel (13).

Geschmiert wurden u. a. folgende Parolen:

«Kampf der jüdischen Rasse», «Asylanten raus, Asylanten ins KZ», «Nieder mit den Juden, kauft nicht bei Juden», «Kein Wahlrecht für Juden und Kanaken».

In der Nacht zum 6. März besudelten Unbekannte in Hanau-Steinheim den *Neuen Judentfriedhof* und den christlichen Friedhof mit Parolen wie: «Juden haben hier

keinen Platz», «Juden raus», «Sieg Heil», «Ausländer raus», «Judensau». Schon im Januar/Februar waren auf demselben jüdischen Friedhof zehn Grabsteine umgeworfen worden.

Am 8. April wurden auf dem jüdischen Friedhof in Schmitten neun Grabsteine umgeworfen und zum Teil stark beschädigt.

In Wiesbaden schmierten am 29. Mai unbekannte Täter in einer Grünanlage an verschiedene Steinpfosten die Parolen: «Morgenrot ist Türkentod, Heil Hitler» und «Es lebe der Führer, Heil Hitler».

Am 19. Juli schrieben Unbekannte an das Rathaus und an Privathäuser in Niedernhausen Sprüche wie: «Kein Wahlrecht für Juden und Kanaken», «Juden ins KZ».

In Dautphetal fand sich am 27. August an einer Bushaltestelle neben *Hakenkreuzen* die Parole: «Juden sind wie Ratten und Ratten müssen vernichtet werden».

In der Nacht vom 25. auf den 26. Dezember besprühten unbekannte Täter ein Geschäft, die katholische Pfarrkirche und fünf Personenkraftwagen in Hofheim am Taunus mit Texten wie: «Juden ins KZ», «Rotfront verrecke».

Strafrechtliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten

Am 12. Januar verurteilte das Landgericht Frankfurt am Main einen *Neonazi* wegen Verunglimpfung des Staates zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und drei Monaten. Er hatte im März 1985 vor dem Gerichtsgebäude in Frankfurt am Main an Passanten eine Druckschrift verteilt, in der die Bundesrepublik Deutschland beschimpft und böswillig verächtlich gemacht wurde. Das Urteil ist rechtskräftig. Derselbe Mann wurde am 18. Februar

durch das Landgericht Frankfurt am Main zu 18 Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt, weil er sich 1983 der Hehlerlei in Tateinheit mit Begünstigung und versuchter Strafvereitelung schuldig gemacht hatte. Damals wollte er Geld, das aus einem Bankraub stammte, einer rechtsextremen Organisation zukommen lassen. Auch dieses Urteil ist rechtskräftig.

Das Landgericht Fulda verurteilte am 6. Februar eine Funktionärin der *Deutschen Frauenfront (DFF)* wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz zu einer Geldstrafe von 2250 DM (15 Tagessätze zu je 150 DM). Sie hatte verbotene Gegenstände auf dem Weg zu einer öffentlichen Versammlung mitgeführt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Am 21. April verurteilte das Landgericht in Darmstadt einen *Neonazi* wegen Verstoßes gegen das Waffenverbot des Versammlungsgesetzes und wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu je 10 DM. Gegen fünf weitere Mitangeklagte wurden geringere Geldstrafen bzw. Verwarnungen ausgesprochen. Die Verurteilten hatten bei einer Veranstaltung des «Antifaschistischen Aktionsbündnisses Langen» am 10. November 1986 das Lied «Einst kommt der Tag der Rache» gesungen und den Arm zum «*Hitler-Gruß*» erhoben. Die Urteile sind rechtskräftig.

Der am 27. Januar von Frankreich an die Bundesrepublik Deutschland ausgelieferte frühere rechtsextreme Terrorist Odfried Hepp wurde am 27. Oktober vom Oberlandesgericht Frankfurt am Main wegen versuchten Mordes und Sprengstoffverbrechens zum Nachteil eines US-Soldaten, Bankraubes und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu zehn Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Als strafmildernd wertete das Gericht die offensichtliche Reue und die

Abkehr vom Rechtsextremismus. Das Urteil ist rechtskräftig (vgl. «Verfassungsschutz in Hessen» — Berichte 1984, Seite 18, und 1986, Seite 22).

Beurteilung

Im rechtsextremen Bereich hat sich nur wenig verändert. Die dort angesiedelten Parteien, Gruppen und Einzelpersonen hielten an ihren Zielsetzungen fest. Die Mitgliederzahlen haben sich nur geringfügig geändert, die Anzahl der von Rechtsextremisten begangenen Stör- und Schmieraktionen nahm erneut leicht ab. Alle Gruppierungen agitierten gegen Ausländer, Juden und sonstige Minderheiten.

Wie vorausgesagt, war für die *NPD* das wichtigste Ergebnis das Zusammenwirken mit der *DVU* in der Partei *DVU — Liste D*, die nach großem finanziellen Aufwand im Wahlkampf in der *Bremer Bürgerschaft* ein Mandat gewinnen konnte. Weitere *Landtagswahlen* werden Aufschluß geben, ob es sich in *Bremen* um einen Einzelerfolg gehandelt hat.

Das neue Programm der *NPD* rückte vom Feindbild «Bolschewismus» ab. An seine Stelle trat das Bekenntnis zum «nationalen Neutralismus». Innerhalb der Partei stieß das Zusammengehen mit der *DVU — Liste D* auf Kritik, vor allem wegen der von der *DVU* propagierten Bündnistreue zur NATO, die sich mit dem Neutralismus der *NPD* nicht vereinbaren läßt.

Bei den *neonazistischen* Gruppen bestehen die internen Schwierigkeiten weiter. Sie beruhen auf personellen und organisatorischen Unverträglichkeiten. Die Spaltung der «*Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front*» in Mosler- und Kühnenanhänger, die sich auch auf die *FAP* und *HNG* auswirkt und mit der «Homosexuellenkampagne» und der Diskussion um die Person Michael Kühnens eingeleitet wor-

den war, ist weit fortgeschritten. In *Hessen* sind die *Neonazis* fast vollständig auf Kühnens ausgerichtet. Sie waren inaktiv und warteten auf die Entlassung ihres Anführers aus der Straftaft. Das Verhalten und die Anziehungskraft Kühnens werden für die Zukunft des *Neonazismus* maßgeblich sein. Es ist zu erwarten, daß er versuchen wird, die ehemaligen Gesinnungsgenossen mit dem Ziel um sich zu sammeln, wiederum die freiheitliche demokratische Grundordnung anzugreifen.

Die *FAP* wird vom Wähler nicht akzeptiert. Die das öffentliche Auftreten der Partei bestimmenden *Neonazis* versuchen deshalb, die Erfolglosigkeit auf politischer Ebene durch zunehmendes militantes Verhalten gegenüber dem politischen Gegner auszugleichen, um so in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu geraten. Gewalttätige Auseinandersetzungen werden insoweit nicht mehr nur in Kauf genommen, sondern als Reaktion auf angebliche oder tatsächliche Übergriffe politischer Gegner sogar gesucht. Das meist spektakuläre Auftreten von *Neonazis* schädigt in hohem Maße das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland.

Rechtsextremer Terrorismus, der eine ähnliche Gefährdung der inneren Sicherheit darstellt wie der Terrorismus der links-extremen *Roten Armee Fraktion (RAF)* oder der *Revolutionären Zellen (RZ)*, war nicht erkennbar. Die jetzige Entdeckung einer von 1978 bis etwa 1982 von Wiesbaden aus tätig gewordenen rechtsterroristischen Vereinigung, deren Mitgliedern Sprengstoffanschläge auf Ziele im In- und Ausland angelastet werden, zeigt jedoch, daß die Sicherheitsbehörden auch insoweit in ihrer Aufmerksamkeit nicht nachlassen dürfen, damit derartige Ansätze rechtzeitig erkannt werden. Die Zerschlagung dieser Gruppierung ist nicht zuletzt deshalb bedeutsam, weil ihr Anführer bis zuletzt versuchte, insbesondere Jugendliche an sich zu binden.

Linksextreme Bestrebungen

Orthodoxer Kommunismus

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die 1968 gegründete *DKP* steht nach eigenen Erklärungen in der Tradition und Kontinuität der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen *Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)*. Sie repräsentiert den an der Sowjetunion orientierten Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ihr Vorsitzender ist seit 1973 Herbert Mies. Die Zahl der *DKP*-Mitglieder ist gegenüber dem Vorjahr von etwa 42000 auf 38000 zurückgegangen (nach eigenen Angaben von 57802 auf «mehr als 56000»). Das Zentralorgan der *DKP*, *Unsere Zeit (UZ)*, erscheint als einzige von einer politischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland herausgegebene Tageszeitung in einer Auflage von rund 23000 Exemplaren (nach eigenen Angaben 30000) und freitags mit einer Wochenendbeilage in einer Auflage von rund 44000 Exemplaren (nach eigenen Angaben bis zu 55000). Zu besonderen Anlässen erscheinen *Extrablätter* in weit höherer Auflage. Der *DKP*-Parteivorstand gibt weiterhin zweimonatlich die Funktionszeitschrift *praxis — Erfahrungen aus dem Leben und der Arbeit der Partei* sowie in unregelmäßiger Folge den *DKP-Pressediens*t, eine Schrift *DKP-Informationen* und einen *info-dienst* mit Material für *DKP*-Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen heraus. Theoretisches Organ der *DKP* ist die Monatschrift *Marxistische Blätter* (Auflage über 7000 Exemplare). Die *DKP*-nahe *Progress-Presse-Agentur GmbH (PPA)* veröffentlicht einen *PPA-Tagesdienst* mit Berichten über Aktivitäten der *DKP* und ihrer nahestehender Organisationen.

Der *DKP*-Bezirksorganisation *Hessen* unter dem Vorsitz von Rudi Maurer, Frankfurt am Main, gehören nach einem leichten Rückgang noch 5000 Mitglieder an. Sie sind in 20 Kreisorganisationen, 120 Orts- oder Wohngebietsgruppen, 50 Betriebsgruppen und 15 Hochschulgruppen zusammengefaßt. Die Gruppen geben zahlreiche Kleinzeitungen in meist unregelmäßiger Folge heraus. Ferner veröffentlicht der *DKP*-Bezirksvorstand unter dem Titel *Denkzettel* vierteljährlich ein Mitteilungsblatt für die «Probleme fortschrittlicher Kultur und Kulturschaffender in Hessen» sowie in unregelmäßiger Folge die Schriften *DKP-kommunal*, *Bildungspolitische Mitteilungen* und ein *Bildungsinfo* für die Bildungsverantwortlichen der *DKP*-Gruppen.

Die *DKP* bekennt sich unverändert zum Marxismus-Leninismus, zum proletarischen Internationalismus und zu den Organisationsprinzipien kommunistischer Parteien. Ihre Programmatik ist im Parteiprogramm von 1978 und in den 1986 verabschiedeten *Thesen des 8. Parteitages* enthalten. Als «revolutionäre Partei der Arbeiterklasse» erstrebt sie die «grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse» mit dem Ziel einer «sozialistischen Bundesrepublik», in der «die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen die Macht ausüben» (*Parteiprogramm* Seite 59 und *These* 38). Mit dieser Formulierung umschreibt sie die *Diktatur des Proletariats*, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar ist. Gemäß der revolutionären Theorie und Taktik Lenins soll das sozialistische Ziel über mehrere Etappen erreicht werden. Als erstes will die *DKP* das «Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse» und der bündnisbereiten «demokratischen Kräfte» verändern und eine «Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt» herbeiführen. Diese soll dann in eine «antimonopolistische Demokratie» (Periode grundlegender Umgestaltungen)

münden und den Weg zum Sozialismus öffnen (*DKP-Programm*, Seite 33 und 66). Zu diesem Zweck propagiert die Partei ein breites Bündnis und als dessen Kern die «Aktionseinheit der Arbeiterklasse» (Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern).

Die *DKP* hält weiterhin an ihren verfassungsfeindlichen Zielen fest. Nach ihren Erklärungen ist sie als «Partei neuen Typus» in der Lage, «den Klassenkampf des Proletariats zu organisieren und diesen Kampf zu leiten, dessen Endziel die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Organisation der sozialistischen Gesellschaft ist» (*Lenins Werke* Bd. 4 Seite 205). Lenin habe «diese Aufgabenstellung nicht nur für revolutionäre Situationen, sondern als prinzipielle Aufgabenstellung in allen Etappen des Kampfes» verstanden. Die *DKP* unterscheide sich somit grundlegend von «parlamentarischen, auf Reformismus orientierten Parteien» (*UZ* vom 15. Januar 1988).

Die *DKP* betonte, sie sei «untrennbarer Bestandteil der internationalen kommunistischen Bewegung» und fühle sich «eng verbunden mit der Sowjetunion, der DDR und den anderen sozialistischen Ländern» (*UZ* vom 20. Mai 1987). Aus der neuen Politik der Sowjetunion mit den Schlagworten «Glasnost» (Offenheit), «Perestrojka» (Umgestaltung) und «Demokratisierung» zog die *DKP*-Führung jedoch keine Konsequenzen. Sie erklärte:

«Wenn heute manchmal gefragt wird, ob denn nach den kritischen und selbstkritischen Gedanken der *KPdSU* der Satz noch stimme, von der Sowjetunion lernen heiße siegen lernen, so ist die Antwort aus der Sicht unserer gesellschaftlichen Verhältnisse diese: Da wir noch unter den Bedingungen kapitalistischer Verhältnisse leben, sind alle Länder, die die sozialistische Revo-

lution erfolgreich vollzogen und verteidigt haben, Quelle mächtiger Erfahrungen. Von ihnen lernen, heißt ihre Erfahrungen kennenlernen und studieren und sie den heutigen Verhältnissen entsprechend anzuwenden.

Wieder gilt, die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Staaten sind uns eine ganze geschichtliche Etappe voraus. Vor uns liegt, was sie hinter sich haben, die grundlegende Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft.»

(*UZ*-Beilage vom 15. April 1987, Seite 13/14).

Die *DKP* geriet bei der Erklärung ihrer eigenen Position in eine schwierige Lage, weil sie einerseits versuchte, den positiven Eindruck von Generalsekretär Gorbatschow in der westlichen Welt propagandistisch zu nutzen, andererseits aber bemüht war, «Glasnost» im eigenen Parteiapparat abzuwehren. Langjährig aktive Funktionäre verkrafteten die sich in der Sowjetunion ausbreitende Kritik an den von der *DKP* bisher bedingungslos idealisierten Verhältnissen nur schwer. Neue Mitglieder mißdeuteten Gorbatschows Aufforderung zur «Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie». Sie verstanden sie im Sinne der westlich-pluralistischen Demokratie und verlangten daher, die Entscheidungsfindungen der Partei müßten durchschaubar und real einflußbar gemacht, Widersprüche offen ausgetragen und eine überzeugende kommunistische Reformpolitik erarbeitet werden. Die Führung der *DKP* wies die Forderungen mit dem Argument zurück, die Dokumente der *KPdSU* würden unmißverständlich zeigen, daß sich diese Partei «keineswegs in eine liberale oder basisdemokratische Organisation verwandelt» habe, sondern den «demokratischen Zentralismus» (Befehlsgewalt der Parteizentrale) stärken wolle (*DKP*-Informationen Nr. 2/87 und *UZ* vom 20. Mai 1987). Auch

Präsidium und Sekretariat des *DKP*-Partei Vorstandes erklärten:

«Inkonsequenzen der zentralen Führung werden künftig nicht mehr geduldet. Das Kollektiv des Präsidiums und Sekretariats des Parteivorstandes hat sich zur Einheit und Geschlossenheit verpflichtet. Ein Ausscheren aus dieser Einheit werden wir nicht mehr hinnehmen. Jeder von uns ist sich im klaren: Die Entwicklung der Partei setzt die Einheit der kollektiven Führung zentral und auf allen anderen Ebenen voraus.»

(*DKP*-Informationen Nr. 7/87, Seite 4)

Im Wahlkampf zur *Bundestagswahl* am 25. Januar unterstützte die *DKP* das von ihr initiierte Personenbündnis *Die Friedensliste*. Sie empfahl ihren Anhängern, mit der Erststimme die Direktkandidaten dieses Personenbündnisses zu wählen und die Zweitstimme den Landeslisten von *SPD* oder *GRÜNEN* zu geben. Durch den Verzicht auf eine Eigenkandidatur wollte sie die Zersplitterung der Kräfte links von der *CDU/CSU* und *FDP* verhindern. Die Wahlempfehlungen der *DKP* führten allerdings zu erheblichen Irritationen und heftigen Diskussionen in der Partei. Aus diesem Grund beschloß der *DKP*-Bezirksvorstand *Hessen* bereits Mitte Dezember 1986, eigenständige Kandidaturen zu den nächsten Landtagswahlen vorzubereiten. Die Selbstauflösung des *Hessischen Landtags* und die vorzeitige Ausschreibung von Neuwahlen zum 5. April traf die *DKP* infolgedessen nicht unvorbereitet. Sie nominierte Direkt- und Ersatzkandidaten in allen 55 Wahlkreisen und eine Landesliste mit 54 Wahlbewerbern. Nach einem kurzen, aber intensiven Wahlkampf konnte sie erstmals den seit 1970 kontinuierlichen Stimmenrückgang bei *Landtagswahlen in Hessen* stoppen:

| | | |
|-------|-------|---------|
| 1970: | 36712 | (1,2 %) |
| 1974: | 28699 | (0,9 %) |

| | | |
|-------|-------|---------|
| 1978: | 14531 | (0,4 %) |
| 1982: | 12625 | (0,4 %) |
| 1983: | 8697 | (0,3 %) |
| 1987: | 9168 | (0,3 %) |

Am erfolgreichsten war die Partei im Wahlkreis 13 Marburg-Biedenkopf II. Dort erhielt sie 484 Stimmen (0,7 %).

Von herausragender Bedeutung war für die *DKP* der Besuch des Generalsekretärs der *SED*, Erich Honecker, in der Bundesrepublik Deutschland vom 7. bis 11. September. Sie würdigte ihn als Erfolg ihres jahrelangen Kampfes um Anerkennung der DDR. Während des Besuchs trat die *DKP* nur mit wenigen Aktionen in Erscheinung.

Die «Woche des realen Sozialismus» vom 22. bis 31. Oktober stand unter der Losung «70. Jahrestag der *Oktoberrevolution* — Das Projekt der Zukunft». Hochrangige Gastredner aus der Sowjetunion versicherten den *DKP*-Mitgliedern, die Umgestaltungen in ihrem Staat seien nichts anderes als die Weiterführung und Weiterentwicklung der Ideen des Marxismus-Leninismus. Bei rund 150 kleineren Veranstaltungen, davon mehr als 20 in *Hessen*, die von sowjetischen Referenten und Künstlergruppen bestritten wurden, informierte die *DKP* über «die Idee des Roten Oktober». Flankiert wurde die Aktionswoche von zahlreichen Veranstaltungen anderer der *DKP* nahestehender Organisationen mit sowjetischen Referenten. Die *Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)* organisierte vom 30. September bis 10. Oktober eine Veranstaltungsreihe, an der Funktionäre des sowjetischen *Komsomol* mitwirkten. Die *Deutsche Friedens-Union (DFU)* hatte sowjetische Funktionäre zu einer Vortragsreihe vom 14. bis 31. Oktober eingeladen. Im Rahmen einer bundesweiten «Friedensdekade» vom 30. Oktober bis 10. November sprachen die von der *DFU* einge-

ladenen sowjetischen Funktionäre bei kirchlichen Diskussionsveranstaltungen.

Im Mittelpunkt der *Bündnispolitik* der DKP standen weiterhin ihre Bemühungen um «größtmögliche Verbreiterung der *Friedensbewegung* sowie die Orientierung der Aktionen auf die Forderung nach Abbau aller Mittelstreckenraketen». Die DKP erklärte dazu: «Die Bewahrung des Friedens ist eine Aufgabe von höchster Priorität, und dies auch mit Blick auf die Frage revolutionärer Veränderungen.» Zu den «prägenden Zügen der *Oktoberrevolution*» 1917 habe schon das dialektische «Wechselverhältnis von Friedenskampf und revolutionärem Kampf» gehört. Bei allem Interesse an einer breiten Koalition des Friedens und der Vernunft dürfe nicht «auf den Kampf um revolutionäre Umgestaltungen» verzichtet werden. Allerdings sei «dieser Kampf im Nuklearzeitalter» so zu führen, «daß die Gefahr eines bewaffneten Zusammenstoßes von Staaten» vermieden werde. Die Revolution in Nicaragua sei ein «anschauliches Beispiel für die Beachtung der Erfordernisse des Nuklearzeitalters im bewaffneten revolutionären Kampf» (*Marxistische Blätter*, Oktoberausgabe 1987).

Im Rahmen der *Bündnispolitik* beteiligten sich Mitglieder der DKP und der von ihr beeinflussten Organisationen wiederum an der Vorbereitung und Durchführung der zentralen *Ostermärsche*. In *Hessen* fanden Abschlußkundgebungen in Frankfurt am Main und Kassel mit insgesamt etwa 20000 Teilnehmern statt. Die große Mehrzahl der Ostermarschteilnehmer identifizierte sich jedoch nicht mit den verfassungsfeindlichen Bestrebungen der DKP, sondern gab dem Wunsch nach Frieden und Abrüstung Ausdruck. Das *hessische Ostermarschbüro* und die *zentrale Informationsstelle Ostermarsch '87* mit bundesweiten Koordinierungsaufgaben waren wie in den letzten Jahren in der *Landesgeschäftsstelle Hessen der DKP*-be-

einflußen *Deutschen Friedens-Union (DFU)* in Frankfurt am Main untergebracht. Sprecher des *Ostermarschbüros* war der Landesgeschäftsführer der *DFU Hessen*.

Die DKP und ihr nahestehende Gruppierungen warben mit einer Vielzahl von Aufrufen für die Beteiligung an der *zentralen Demonstration der Friedensbewegung* am 13. Juni in Bonn, zu der sich dann etwa 100000 Teilnehmer einfanden. Zu den Rednern der Kundgebung gehörten auch DKP-Funktionäre. In der *UZ* behauptete die Partei, der Aufmarsch in Bonn habe den Einklang von Forderungen und Zielen der *Friedensbewegung* mit der Friedenspolitik der sozialistischen Staaten deutlich gemacht. An einer bundesweiten «Aktions- und Strategiekonferenz» des *Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung* am 28./29. November in Bonn nahmen zahlreiche Anhänger der DKP, darunter die stellvertretende Bundesvorsitzende Ellen Weber, teil. Trotz bestehender Meinungsverschiedenheiten einigten sich die Teilnehmer auf eine Fortsetzung der Arbeit.

Einen besonderen Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit bildeten die anhaltenden Anstrengungen der DKP, Einfluß in den Gewerkschaften und auf die Arbeitnehmer der Großindustrie zu gewinnen. Trotz intensiver Bemühungen stagnierte die Mitgliederwerbung der Betriebsgruppen, das Interesse an der DKP blieb gering. Mitte November befaßte sich deshalb der Parteivorstand mit den Veränderungen in der «Struktur der *Arbeiterklasse*». Mies erklärte, die Partei bleibe bei ihrer Orientierung auf die «Belegschaften der Großbetriebe der materiellen Produktion». Sie richte den Blick auf jene Arbeiter und Angestellten, die «an den entscheidenden Hebeln sitzen, wenn es darum geht, daß alle Räder stillstehen müssen». Die DKP brauche jedoch zugleich eine «stärkere Hinwendung der Parteipolitik und Partei-

praxis und auch der Mitgliederwerbung auf solche Schwerpunkte wie Hochtechnologiebereiche im Industrie- und Dienstleistungssektor, auf qualifizierte Facharbeiter, auf Angestellte und diejenigen aus der lohnabhängigen Intelligenz, die an den Schaltstellen und Nervenzentren der Großbetriebe tätig sind sowie in den ideologiebildenden Bereichen des Überbaus, den Universitäten und Massenmedien» (UZ-Beilage vom 19. November). Der Parteivorsitzende behauptete, der Einfluß der DKP auf solche Arbeitnehmer habe sich vergrößert. Seit Ende 1982 sei die Zahl der Betriebsgruppen um 40 % auf über 400 gestiegen, davon seien zwei Drittel dem Bereich der «materiellen Produktion» und ein Drittel dem Dienstleistungsbereich zugeordnet. Bei den letzten Betriebsratswahlen (1. März bis 31. Mai) habe die Zahl der DKP-Mitglieder mit Betriebsratsmandaten vor allem in den Großbetrieben beträchtlich zugenommen. Der Antikommunismus in den Betrieben sei zurückgegangen.

In Hessen verfügt die DKP über 50 Betriebsgruppen (1982 = 29). Ihre Arbeit zeigte kaum Außenwirkung. Besondere Aufmerksamkeit widmete die Partei ihren Betriebszeitungen, in denen sie ein wirksames Instrument der politisch-ideologischen und ökonomischen Agitation sieht. Anlässlich der bundesweiten Solidaritätsaktionen zur Unterstützung des Kampfes der Stahlarbeiter in Rheinhausen verbreiteten DKP-Mitglieder im Dezember auch in Hessen ein *Extrablatt* der UZ.

Zur Unterstützung der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit gibt die *Nachrichten-Verlags GmbH* in Frankfurt am Main die Monatsschrift *Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik* in einer Auflage von mehr als 7 000 Exemplaren heraus. Die Zeitschrift wendet sich insbesondere an Gewerkschaftsfunktionäre. Das Redaktionskollegium und der Herausgeberkreis bestehen überwiegend aus Mitgliedern und Funktionären der DKP.

Mit einem umfangreichen Schulungsprogramm setzte die DKP ihre Bemühungen fort, Funktionäre und Mitglieder ideologisch zu festigen und sie für eine wirksame politische Arbeit zu qualifizieren. Im Mittelpunkt der Schulungsarbeit in den Grundorganisationen der Partei standen die politische Entwicklung in der Sowjetunion, die Leninschen Organisationsprinzipien und der 70. Jahrestag der *Oktoberrevolution*. Der DKP-Parteivorstand gab hierfür zweimonatlich Schulungshefte heraus. Das Fernstudium der *DKP Hessen* für Frauen über weltanschauliche und politische Grundfragen des Marxismus wurde fortgesetzt. Zahlreiche *hessische* Mitglieder und Funktionäre nahmen an Lehrgängen an der parteieigenen Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen teil. Funktionäre der DKP wurden auch weiterhin auf längeren Lehrgängen an Schulen in Moskau und Ostberlin für Führungsaufgaben ausgebildet.

Zum Jahreswechsel tauschte die DKP die alten Mitgliedsbücher gegen neue aus. Mit Hilfe der Aktion will sie sich einen Überblick über die Mitgliederverluste verschaffen.

Wie in den zurückliegenden Jahren war die DKP zur Finanzierung ihres kostspieligen Partelapparates auch 1987 auf hohe Zuschüsse aus der DDR angewiesen.

Nebenorganisationen der DKP

Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus

Der 1971 in Bonn gegründete *MSB Spartakus* hat im Oktober seinen Namen in *Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus* geändert. Mit gleichbleibend etwa 6 000 Mitgliedern ist er weiterhin die mitgliederstärkste und einfluß-

reichste linksextreme Studentenorganisation. Der Bundesvorsitzende und seine beiden Stellvertreter sind Mitglieder der *DKP*. Das *MSB*-Organ *rote blätter* erscheint monatlich in einer Auflage von rund 11500 Exemplaren. In *Hessen* bestehen Gruppen des *MSB* in Darmstadt, Frankfurt am Main, Gießen, Kassel, Marburg und Wiesbaden mit unverändert 1300 Mitgliedern.

Grundlage für die Zusammenarbeit aller Linkskräfte an den Hochschulen ist für den *MSB* die erprobte Aktionseinheit mit dem *Sozialistischen Hochschulbund (SHB)*, dem er sich wegen der beiderseitigen «Strategie der gewerkschaftlich orientierten Interessenvertretung» besonders verbunden fühlt.

Der neugewählte Bundesvorsitzende hob beim 10. Bundeskongreß am 3. und 4. Oktober in Hannover erneut die enge Zusammenarbeit seiner Organisation mit ihrem «engen Kampfgefährten», der *DKP*, hervor. Mit ihr habe sie «das sozialistische Ziel und die revolutionäre Strategie» gemeinsam. *KPdSU*-Generalsekretär Gorbatschow verkörpert nach Meinung des *MSB* die «historische Rolle des Sozialismus im Kampfe für den Fortschritt». «Neues Denken» in der Bundesrepublik Deutschland soll nach der Strategie des *MSB* durch die «Verstärkung des außerparlamentarischen Kampfes» und die «Herausbildung eines Reformbündnisses links der *CDU*» herbeigeführt werden.

Die *MSB*-Gruppen in *Hessen* unterstützen die kommunistische Friedens- und Bündnispolitik und protestierten gegen die «reaktionäre Hochschulpolitik» der Bundesregierung. Sie beteiligten sich an der Vorbereitung und Durchführung der von den *Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS)* und der *Bundesschülervertretung (BSV)* veranstalteten bundesweiten Demonstration «Aufbruch statt Abbruch — Für Chancengleichheit und

Bildung für alle» am 28. November in Bonn. Die Thematik der Demonstration war auch ein Schwerpunkt der *MSB*-Agitation an den *hessischen* Hochschulen im Wintersemester.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (*SDAJ*)

Die *SDAJ* wurde 1968 in Essen gegründet. Sie bezeichnet sich als «revolutionären Arbeiterjugendverband», der für die «freie Verbreitung des Marxismus-Leninismus, der Weltanschauung der Revolutionäre» und die Errichtung einer «sozialistischen Bundesrepublik» kämpft (*Aktionsprogramm der SDAJ*, Seite 52). Die Organisation hat unverändert etwa 15000 aktive Mitglieder, die in rund 1000 Gruppen organisiert sind. Die Bundesvorsitzende ist Mitglied des *DKP*-Parteivorstandes. Die *SDAJ* publiziert die Monatszeitschriften *elan — Das Jugendmagazin* (Auflage rund 19000 Exemplare) sowie die *Jugendpolitischen Blätter* (Auflage rund 2500 Exemplare). Die drei Herausgeber des Magazins *elan* gehören dem *DKP*-Parteivorstand an.

Der *SDAJ*-Landesverband *Hessen* besteht weiterhin aus 1600 Mitgliedern, organisiert in Kreisverbänden, Orts-, Stadtteil-, Betriebs-, Schüler-, Frauen-, Ausländer-, Sport- und Kulturgruppen. Die Gruppen geben zahlreiche Kleinzeitungen in meist unregelmäßiger Folge heraus. Landesvorsitzender ist seit 1987 das *DKP*-Mitglied Ravi Ahuja.

Die *DKP* nimmt sich ihrer Jugendorganisation mit großem Engagement an. Der Vorsitzende Mies nannte sie in seinem Grußwort an den 9. Bundeskongreß der *SDAJ* am 2. und 3. Mai in Frankfurt am Main den «einzigen revolutionären Jugendverband» in der Bundesrepublik Deutschland und lobte die «Kampfgemeinschaft von *DKP* und *SDAJ*». Der

Kongreß selbst forderte die sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland, hielt aber die Energieerzeugung durch Kernspaltung in sozialistischen Ländern «für eine historisch begrenzte Zeitspanne» verantwortlich. Unter der Losung «Knallhart und Kollektiv» beschlossen die Delegierten einen Aufruf zum Boykott der Volkszählung.

Die Entwicklung «Perestrojka» in der Sowjetunion wurde von der *SDAJ* als neuer Beweis für die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus bewertet. Sie versprach sich davon einen Mitgliederzuwachs und damit die Möglichkeit, Mitstreiter «im Kampf für eine andere Gesellschaftsordnung» in der Bundesrepublik zu gewinnen.

Die *SDAJ Hessen* beschloß auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz am 14. und 15. März in Kassel, mehr Betriebsarbeit zu leisten und neue Betriebsgruppen zu gründen. *Hessische SDAJ*-Mitglieder beteiligten sich am *Ostermarsch '87*, unterstützten die Schülerproteste gegen die *Reform der Oberstufe* und veranstalteten gemeinsam mit den *Jungen Pionieren* auf dem Rebstockgelände in Frankfurt am Main ihr traditionelles Pfingstcamp mit Sport, Spiel, Musik und Diskussionen.

Junge Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation (*JP*)

Die Kinderorganisation der *DKP* «*Junge Pioniere*» wurde 1974 in Bottrop nach dem Vorbild der kommunistischen Staaten für Kinder zwischen sechs und vierzehn Jahren gegründet. Sie hat in zwölf Landesverbänden unverändert etwa 4000 Mitglieder. Der Bundesvorsitzende gehört dem *DKP*-Parteivorstand und dem *SDAJ*-Bundesvorstand an. Die Bundesleitung gibt monatlich die zentrale Kinderzeitung *pionier* und ein *Pionierleiter-Info* heraus.

Der Landesband *Hessen* besteht seit 1976. In rund 50 aktiven *JP*-Gruppen sind etwa 500 Mitglieder organisiert. Landesvorsitzende ist das *DKP*-Mitglied Doris Schmidt.

Bei der 6. Bundeskonferenz der *JP* am 5. und 6. Dezember in Dortmund stellte die Bundesvorsitzende der *SDAJ* die aus den gemeinsamen Zielen gewachsene enge und aktive Freundschaft zwischen ihrer Organisation und den *JP* heraus. Die 44 Pfingstcamps der *Jungen Pioniere* mit etwa 4000 Teilnehmern standen unter dem Motto «Abenteuer und Spaß — komm mach mit». Erstmals erschienen Gäste aus Frankreich, Dänemark, Belgien, der Tschechoslowakei und der DDR. In *Hessen* fanden Camps in Darmstadt, Frankfurt am Main, Kassel, Marburg, Offenbach am Main, Wiesbaden und im Hochtaunuskreis statt. Ungefähr 1 200 Kinder nahmen daran teil.

In der politischen Arbeit der *Jungen Pioniere* haben die alljährlichen Ferienreisen in die DDR besonderes Gewicht. Sie sollen den Kindern helfen, «die Welt besser zu verstehen, den Sozialismus zu entdecken und die Solidarität als internationales Prinzip zu erfassen» (*UZ* vom 8. Dezember). Daher organisierten die *JP* mit Hilfe der *DKP* vom 5. Juli bis 25. August erneut preisgünstige Kinderferienfahrten in die DDR. In den Ferienlagern wurde den 10 bis 14jährigen Teilnehmern kommunistische Ideologie «kindgerecht» nahegebracht und «antiimperialistische Solidarität» durch freiwillige Ernteeinsätze zugunsten eines Waisenhauses in Nicaragua geübt. In einem Pressebereich über die Kinderferienaktion hieß es: «Viele Kinder haben sich im Kinderferienlager entschlossen, Mitglied der *Jungen Pioniere* zu werden. Und zu Hause, nach Rückkehr aus den Ferien, ... wollen sie in Pioniergruppen mitmachen» (*UZ* vom 8. August 1987).

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (*IMSF*)

Das 1968 in Frankfurt am Main von *DKP*-Funktionären gegründete *IMSF* hat den Auftrag, als «wissenschaftliches Institut» der *DKP* die gesellschafts- und sozialpolitischen Erscheinungen in der Bundesrepublik Deutschland zu untersuchen und der «Arbeiterklasse» das theoretische Rüstzeug für den praktischen «Klassenkampf» zu vermitteln. Es arbeitet eng mit den *Instituten für Marxismus-Leninismus* und den *Akademien für Gesellschaftswissenschaften* bei den *Zentralkomitees der KPdSU* in Moskau und der *SED* in Berlin (Ost) sowie mit zahlreichen weiteren Instituten ähnlicher Aufgabenstellung zusammen. Leiter des Instituts ist Dr. Heinz Jung (Mitglied des *DKP*-Parteivorstandes). Die Mehrzahl der Mitarbeiter und der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats gehört ebenfalls der *DKP* an. Im März wurde beim Institut ein *Zentrum für Marxistische Friedensforschung (ZMF)* eingerichtet.

Unter Leitung des *IMSF* konferierten am 2./3. Juni Vertreter marxistischer gesellschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute aus der UdSSR, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland über das Thema: «Wissenschaftlich-technische Revolution und Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus». Gemeinsam mit dem *Institut für Internationale Arbeiterbewegung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (IMRD)* und der marxistischen Zeitschrift *Sozialismus* veranstaltete das *IMSF* am 5. September eine Konferenz zum Thema «Umbruch in der Sowjetunion?» mit über 400 Teilnehmern. Diskussionsthemen waren Formen, Perspektiven und Auswirkungen des in der Sowjetunion eingeleiteten Prozesses. Größte Veranstaltung des *IMSF* war eine Diskussionstagung am 21./22. November zum Thema «Zukunft von Technik und Arbeit — Alternativen und Strategien der Arbeiterbewegung» mit etwa 700 Teilneh-

mern, die insbesondere aus dem betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich kamen. Die genannten Veranstaltungen fanden sämtlich in Frankfurt am Main statt.

In seinem Eigenverlag veröffentlichte das *IMSF* u. a. Monographien, Broschüren und Informationsberichte. Arbeitsergebnisse, Analysen und Dokumentationen des *IMSF* wurden in einem Jahrbuch und anderen Schriftenreihen verbreitet. Das Institut steht in enger Verbindung mit dem Verlag *Marxistische Blätter*, dem *Nachrichten-Verlag* und dem *Pahl-Rugenstein Verlag* sowie mit der *Marxistischen Arbeiterbildung (MAB)*.

Marxistische Arbeiterbildung (*MAB*)

Die *Marxistische Arbeiterbildung — Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus (MAB)* ist seit 1969 Dachorganisation der orthodox-kommunistischen *Bildungsgemeinschaften*. Die rund 60 örtlichen Gruppen der *MAB* sollen vor allem politisch Interessierten, die nicht der *DKP* angehören, marxistisches Grundwissen vermitteln, Antikommunismus abbauen und dadurch Wege zur marxistischen Bewegung öffnen. Als Teil der «Arbeiterbewegung» und Instrument der Sozialismuspropaganda will die *MAB* «sowohl Industriearbeiterschaft, Angestellte und Beamte sowie zusätzlich wissenschaftlich-technische Intelligenz und andere lohnabhängige Schichten für den Kampf der Arbeiterklasse» gewinnen. Erster und zweiter Vorsitzender der *MAB* sind Funktionäre der *DKP*. Dem Vorstand gehören Vertreter von *DKP*, *SDAJ*, *MSB Spartakus* und *IMSF* an. Der zweite *MAB*-Vorsitzende ist gleichzeitig Geschäftsführer der 1979 von *DKP*-Funktionären gegründeten *Marx-Engels-Stiftung e. V. (MES)*.

In *Hessen* bestehen acht lokale *Bildungsgemeinschaften*, die zum Teil als *Marxisti-*

sche Abendschulen (MASCH) arbeiten. Sie werden von den örtlichen Vorständen der DKP unterstützt.

DKP-beeinflußte Organisationen

Die DKP setzte ihre Bemühungen fort, durch Bündnisse mit nichtkommunistischen Parteien und Kräften zu einer Massenbasis und damit zu größerem politischen Einfluß zu gelangen. Nach bewährter marxistisch-leninistischer Strategie und Taktik griff sie erneut Anliegen und Forderungen auf, für die auch Nichtkommunisten eintreten. Zentrales Thema blieb der Kampf gegen die Militär- und Rüstungspolitik der NATO-Staaten, verbunden mit der Forderung nach einer anderen Bundesregierung. Die Partei stützte sich dabei auf etwa 50 zum Teil überregional tätige Organisationen und Initiativen, die nach außen meist unabhängig erscheinen, tatsächlich aber erheblich von ihr beeinflusst werden. Oft sind nur wenige Schlüsselfunktionen in den Leitungsgremien, vor allem im organisatorischen Bereich, mit Mitgliedern der DKP besetzt, deren Wirken im Sinne der *DKP-Bündnispolitik* von der demokratischen Mehrheit nicht erkannt oder aber toleriert wird. Die DKP will weder, daß die von ihr beeinflussten Organisationen offen verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, noch daß die in diesen Organisationen tätigen Kommunisten als DKP-Mitglieder bekannt werden. Absicht der DKP ist es, über solche Organisationen Forderungen zu erheben, die für sich betrachtet nicht gegen die Verfassung verstoßen, aber mit kommunistischen Teilzielen übereinstimmen oder kommunistischen Interessen dienen. Am wirksamsten ist die Arbeit der von der DKP beeinflussten Organisationen, wenn die indirekte kommunistische Steuerung von den Zielgruppen nicht erkannt wird. Wichtigstes Organ der kommunistischen *Bündnispolitik* ist die wöchentlich in einer

Auflage von 40000 Exemplaren (1986: 27000) herausgegebene *Volkszeitung*. Sie wird von 23000 Abonnenten bezogen und im Buch- und Zeitschriftenhandel vertrieben. Bis August hieß sie *Deutsche Volkszeitung/die tat*. Der Chefredakteur und seine Stellvertreterin gehören der DKP an; die meisten Redaktionsmitglieder und ständigen Mitarbeiter sind Kommunisten.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten (VVN—BdA)

Die VVN wurde 1947 gegründet. 1971 fügte sie ihrem Namen den Zusatz *Bund der Antifaschisten* hinzu, um auch jüngere Menschen als Mitglieder zu gewinnen. In den zehn Landesverbänden und ihren Untergliederungen sind etwa 13500 Mitglieder organisiert. Sechs selbständige Vereinigungen haben sich korporativ angeschlossen. Der *hessische Landesverband* hat in 15 Kreisvereinigungen mehr als 1500 Mitglieder.

Präsident der VVN—BdA ist Dr. Rossaint, der anlässlich seines 85. Geburtstages im August mit dem DDR-Orden «Großer Stern der Völkerfreundschaft» ausgezeichnet wurde. Der Bundesvorstand gibt monatlich die Mitgliederzeitschrift *antifaschistische rundschau* in einer Auflage von 12000 Exemplaren und seit Frühjahr einen *antifaschistischen informations- und pressedienst* heraus, in dem über «Erfolge und Möglichkeiten antifaschistisch-demokratischer Gegenwehr» berichtet wird.

In den Führungsgremien der VVN—BdA ist der kommunistische Einfluß nach wie vor groß. Etwa zwei Drittel der 95 Mitglieder des Bundesvorstandes sind Kommunisten. Bei den Präsidiumsmitgliedern ist dieser Anteil noch höher; von den zehn Mitgliedern des Sekretariats sind neun or-

thodoxe Kommunisten, der Generalsekretär gehört dem *DKP*-Parteivorstand an. Die *VVN-BdA* ist Mitglied in der kommunistisch beeinflussten *Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)*.

Schwerpunkte der *VVN-BdA*-Agitation blieben der «Kampf gegen den Neofaschismus» und die Unterstützung der *Friedensbewegung*. Diesen Zielen dient das neue «Orientierungs- und Aktionsprogramm», das die Vereinigung bei ihrem Bundeskongreß Ende Mai in Frankfurt am Main verabschiedete. Hiernach will sie sich mit Nachdruck für die Einheit der *Friedensbewegung* und breite Bündnisse mit Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und anderen Gruppen einsetzen und gegen «die Verleumdung und politische Ausgrenzung der Kommunisten und ihrer Ideologie» kämpfen. Außerdem werde sie versuchen, «durch Aktionen gegen neofaschistische Provokationen» ein antifaschistisches Klima zu schaffen und Menschen zum «Kampf für Frieden und Demokratie» zu gewinnen.

In *Hessen* beteiligte sich die *VVN-BdA* an den Aktionen und Kundgebungen der *Friedensbewegung* und warb für ihre «antifaschistische Bündnispolitik». So war sie maßgeblich an den Demonstrationen und Kundgebungen gegen den Landesparteitag der *NPD* am 22. März in Haiger, gegen das Kameradschaftstreffen der *Traditionsgemeinschaft Panzerkorps Großdeutschland und Brandenburg* am 16. Mai in Arolsen und gegen das Treffen der *Wiking-Jugend* am 31. Dezember in Fulda beteiligt.

Deutsche Friedens-Union (DFU)

Die 1960 in Stuttgart auf kommunistisches Betreiben gegründete *DFU* ist weiterhin ein wichtiges Element in der «*Volkfrontpolitik*» der *DKP*. Ihr gehören seit Jahren etwa 1 000 Mitglieder in zehn Landesverbänden an. An der Spitze der Organisa-

tion steht ein *Direktorium*. Der Bundesvorstand gibt regelmäßig ein *Abrüstungs-Info* und ein *info demokratie* heraus. Die *DFU Hessen* hat drei aktive Bezirksverbände mit etwa 150 Mitgliedern.

Trotz ihrer geringen Mitgliederzahl trug die *DFU* in enger Abstimmung mit der *DKP* erheblich zur Organisierung des «kommunistischen Friedenskampfes» bei, steuerte die Arbeit der *Krefelder Initiative* und koordinierte die Kampagne gegen angebliche Berufsverbote. Die *DFU* ist im *Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)* und im sowjetisch gelenkten *Weltfriedensrat* vertreten. Sie organisierte erneut zahlreiche Delegationsreisen in die DDR. Eine ihrer Hauptaufgaben ist die Werbung für kommunistische Nahziele in «bürgerlichen Kreisen», vor allem unter Christen. Der Arbeitskreis *Christen in der DFU* bezeichnete in einer Selbstdarstellung das Eintreten gegen Antikommunismus als wichtige Grundlinie der *DFU*-Politik; damit werde die sachliche Auseinandersetzung mit dem anderen Gesellschaftssystem gefördert.

Die *DFU Hessen* erklärte bei ihrer Landeskongferenz Ende Oktober in Frankfurt am Main, sie habe durch ihre organisatorische und politische Unterstützung der *Friedensbewegung*, durch ihre Mitarbeit im *Ostermarschkreis* und in vielen regionalen *Friedensbündnissen in Hessen* dazu beigetragen, «den politischen Druck auf die Kräfte der Hochrüstung und Konfrontation» zu erhöhen. Ihre Landesgeschäftsstelle in Frankfurt am Main war wieder Sitz der *zentralen Informationsstelle* der bundesweiten *Ostermärsche*. Der *DFU*-Landesgeschäftsführer zeichnete verantwortlich für das Spendenkonto. Die vorbereitenden Gespräche zur Durchführung der *Ostermärsche* wurden im wesentlichen über ihn koordiniert.

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)

Das 1974 in Bad Godesberg unter maßgeblicher Beteiligung der *DKP* und ihrer Nebenorganisationen gegründete *KFAZ* ist neben der *DFU* das wichtigste bündnispolitische Instrument des «kommunistischen Friedenskampfes». Das *Komitee* hat weder eine Satzung noch eine feste Organisationsstruktur. Zentrales Leitungsgremium ist das *Büro*. Von den 16 *Büro*-mitgliedern gehören mehr als die Hälfte persönlich oder über ihre Organisation dem sowjetisch gesteuerten *Weltfriedensrat (WFR)* an.

Am 14. März veranstaltete das *KFAZ* in Köln eine Arbeitstagung zum Thema «Perspektiven der *Friedensbewegung* nach der *Bundestagswahl*». Die Teilnehmer diskutierten über eine langfristige Strategie der *Friedensbewegung* sowie über die Rahmenbedingungen für den «Friedenskampf» nach Abschluß eines Abrüstungsabkommens über die atomaren Mittelstreckenraketen. Die Tagung diente zugleich der Vorbereitung auf die «Friedenskonferenz» des *Koordinierungsausschusses (KA)* der *Friedensbewegung* am 16./17. Mai in Köln. Im August bat das *KFAZ* in einem Rundschreiben um Geldspenden für den *Koordinierungsausschuß*, dessen Mittel nach der Friedensdemonstration am 13. Juni in Bonn aufgebraucht seien.

Die Friedensliste

Die *Friedensliste* wurde unter maßgeblicher kommunistischer Beteiligung am 18. März 1984 in Bad Godesberg als Personenbündnis zur *Europa-Wahl 1984* gegründet. Sie hat etwa 1500 Mitglieder. Mehr als die Hälfte der im November neu gewählten 45 Mitglieder des Bundesvorstandes gehört der *DKP* oder von ihr beeinflussten Organisationen an.

Der Sprecherkreis der *Friedensliste Hessen* konstituierte sich am 26. April 1986 in Frankfurt am Main. Ihm gehören ebenfalls überwiegend Mitglieder der *DKP* und von ihr beeinflusster Organisationen an. Nach der *Bundestagswahl* traf sich der Sprecherkreis nur noch sporadisch, Aktivitäten der lokalen Unterstützergreife der *Friedensliste* in *Hessen* wurden nicht mehr bekannt. Schon die Wahlkampfarbeit war überwiegend von Mitgliedern der *DKP* und ihrer Nebenorganisationen geleistet worden.

Zur *Bundestagswahl* am 25. Januar verzichtete die *DKP* zugunsten der *Friedensliste* auf eine Kandidatur. Diese stellte daraufhin in 245 von insgesamt 248 Wahlkreisen Direktkandidaten auf. In den übrigen drei Wahlkreisen, darunter ein *hessischer*, waren Mitglieder der *Friedensliste* Direktkandidaten der *GRÜNEN*. Der zwangsläufige Verzicht der *Friedensliste* auf Landeslisten — sie ist nicht Partei — nahm Rücksicht auf den Parteistatus der *DKP* und ermöglichte dieser außerdem die Empfehlung, die Zweitstimme «für eine Ablösung der gegenwärtigen Rechtsregierung in Bonn» abzugeben. In ihrem Wahlprogramm unterstrich die *Friedensliste* die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller «fortschrittlichen» Kräfte in einem Bündnis. Ihre Kandidaten erhielten am 25. Januar in den 245 Wahlkreisen 188602 Stimmen, davon in 21 *hessischen* Wahlkreisen 22216 Erststimmen. Die Entscheidung über eine Beteiligung der *Friedensliste* an der *Europawahl 1989* soll 1988 getroffen werden. Der *DKP*-Parteivorstand hatte einer solchen unter Beteiligung der *DKP* bereits im April aus bündnispolitischen Erwägungen zugestimmt.

Demokratische Fraueninitiative (DFI)

Die 1975 in Bonn mit Unterstützung der *DKP* als *Initiative Internationales Jahr der Frau '75* gegründete und 1976 in *Demo-*

kratische Fraueninitiative umbenannte Frauenvereinigung verfügt über etwa 100 Ortsgruppen, davon zehn in *Hessen*. An der Spitze der Organisation steht ein *Zentraler Arbeitskreis* mit 32 Mitgliedern. Ein Kollektiv aus sechs Frauen erledigt die aktuellen Aufgaben. Alle Mitglieder dieses Gremiums gehören der *DKP* oder von ihr beeinflussten Organisationen an. Die Arbeit in der Bundesgeschäftsstelle der *DFI* in Köln wird von zwei *DKP*-Mitgliedern verrichtet. Die Vereinigung gibt die Zeitschrift *Wir Frauen* in einer Auflage von 3500 Exemplaren und einen gleichnamigen Jahreskalender heraus. Sie sieht sich als Teil der *Internationalen Demokratischen Frauenbewegung*. Mitglieder der *DFI* nahmen vom 23. bis 27. Juni in Moskau am *Weltkongreß der Frauen* teil.

Extreme Neue Linke

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (*MLPD*)

Die *MLPD*, weiterhin mitgliederstärkste Partei der *extremen Neuen Linken*, wurde 1982 gegründet und ging aus dem *Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands (KABD)* hervor. Die Partei bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung, ist aber weitgehend an Mao und Stalin orientiert. Daher steht sie der derzeitigen politischen Entwicklung Chinas kritisch und den «modernen Revisionisten» der *KPdsU* in der UdSSR sowie deren «westdeutscher Agentur», der *DKP*-Führung, ablehnend gegenüber. Als «politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin» will die *MLPD* die «Diktatur der Monopolkapitalisten» durch eine Revolution beseitigen, um danach die *Diktatur des Proletariats* zu errichten. Sie sieht sich selbst als einzige marxistisch-leninistische Partei in der

Bundesrepublik Deutschland und als Teil der kommunistischen Weltbewegung.

Die Parteizentrale der *MLPD* befindet sich in Essen. Ihre Parteschule eröffnete sie am 16. Mai in Gelsenkirchen-Horst. Die Zahl der Mitglieder hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht und beträgt jetzt bundesweit über 1300. Sie sind in 16 Parteibezirken mit über 100 Ortsgruppen und Stützpunkten organisiert. Das wöchentlich in einer Auflage von 10000 Exemplaren erscheinende Zentralorgan der *MLPD* «*Rote Fahne*» wird in *Neuer Weg Verlag* und *Druck GmbH*, Essen, hergestellt; Vertriebsort ist Düsseldorf. Darüber hinaus gibt das Zentralkomitee monatlich das verbandsinterne Organ *Lernen und kämpfen* in einer Auflage von 1500 Exemplaren heraus.

Die *MLPD* wertete ihre Teilnahme an der *Bundestagswahl* am 25. Januar als Erfolg. Sie erhielt bundesweit 13422, in *Hessen* 1120 der Zweitstimmen. Bei den *Bürgerschaftswahlen* am 13. September im Land *Bremen* erlangte sie 200 Stimmen. Schwerpunkte ihrer politischen Tätigkeit waren eine Kampagne gegen die «Jugendmassenarbeitslosigkeit» im Rahmen ihrer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sowie ein breit angelegtes Pfingstjugendtreffen in Düsseldorf mit angeblich mehr als 7000 Besuchern. Zum 70. Jahrestag der *Oktoberrevolution* organisierte sie in Düsseldorf eine Großveranstaltung mit etwa 2500 Personen. Eine seit März laufende «Kritik — Selbstkritik — Kampagne zum III. *MLPD*-Parteitag», der für Sommer 1988 geplant ist, soll zur Erhöhung der «Schlagkraft und Kampffähigkeit» sowie zur «organisatorisch-ideologischen» Stärkung der Partei beitragen.

In *Hessen* konnte die *MLPD* ihren Mitgliederstand von 100 auf etwa 120 erhöhen. Die Mitglieder und Anhänger sind in sieben Ortsgruppen/Stützpunkten zusammengefaßt, die von der *MLPD*-Bezirkslei-

tung *Hessen* angeleitet werden. *MLPD*-Stadtzeitungen erschienen in Frankfurt am Main und Wetzlar, bei der Firma Thysen-Henschel in Kassel die Betriebszeitung *Das Sprachrohr*.

Nebenorganisationen der *MLPD* sind der *Arbeiterjugendverband/Marxisten-Leninisten (AJV/ML)* mit dem Organ *Rebell* — er hat in *Hessen* vier Stützpunkte —, der *Marxistisch-Leninistische Schüler- und Studentenverband (MLSV)* mit dem Organ *Roter Pfeil*, der *Marxistisch-Leninistische Bund Intellektueller (MLBI)* sowie die Kinderorganisation des *AJV/ML* «*Rotfüchse*». Insgesamt gehören den Nebenorganisationen etwa 300 Mitglieder an.

Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)

Die *VSP* besteht seit Oktober 1986. Sie ist aus dem Zusammenschluß der *Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD)* und der trotzkistischen *Gruppe Internationale Marxisten (GIM)* hervorgegangen. Die *VSP* hat das Ziel, die «Arbeitervorhut für die sozialistische Umwälzung der Gesellschaft» zu gewinnen und eine «sozialistische Gesellschaft» aufzubauen. Sie selbst bezeichnet sich als «sozialistische, revolutionäre Organisation».

Die *VSP* unterhält in Köln ein zentrales Büro. Ihr gehören bundesweit etwa 500 Mitglieder an, die in über 40 Ortsgruppen und Stützpunkten organisiert sind. Sie werden in ihrer politischen Arbeit von einem aus 32 Personen bestehenden Zentralkomitee angeleitet, das sich paritätisch aus ehemaligen *KPD*- und *GIM*-Mitgliedern zusammensetzt. Als Parteiorgan erscheint vierzehntägig die *Sozialistische Zeitung (SoZ)* mit einer Auflage von etwa 3000 Exemplaren und dreimal im Jahr das *SoZ-Magazin*. Beide Schriften werden in der *SoZ-Verlags GmbH* in Frankfurt am Main hergestellt. Viermal jährlich ist

der Zeitung die *Gemeinsame Beilage* zu den Publikationen der *Anarchistischen Arbeiter-Union (AAU)*, des *Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)*, der *Freien Arbeiter Union/Rätekommunisten (FAUIR)*, der *Kommunistischen Gruppen (KG)*, der *Proletarischen Aktion (PA)* und der *Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP)* beigefügt, die der Diskussion unter den «revolutionären Sozialisten» mit dem Ziel dienen soll, eine gemeinsame politische Linie zu erreichen.

Die *VSP* war bemüht, den Aufbau der Partei voranzutreiben. Sie setzte die Gespräche mit dem *Bund Westdeutscher Kommunisten* über dessen Anschluß an die *VSP* fort. Bei der ersten «Zentralen Delegiertenkonferenz» im November in Wuppertal erklärte die Partei den Kampf gegen die Erwerbslosigkeit und eine «Antifaschismuskampagne» zu politischen Schwerpunkten. Außerdem verfaßte sie eine Resolution zu den Aufgaben des «anti-imperialistischen Kampfes» und beschloß eine «Frauenplattform».

In *Hessen* gehören der *VSP* etwa 50 Personen an. Sie sind in vier Ortsgruppen/Stützpunkten organisiert und werden von der *VSP*-Landesleitung *Hessen* geführt.

Sonstige kommunistische Organisationen und trotzkistische Gruppen

Der *Kommunistische Bund (KB)*, eine revolutionäre Organisation, die sich zum Marxismus-Leninismus bekennt, wurde 1971 gegründet. Er hat seinen Sitz in Hamburg. Sein Zentralorgan ist die Monatsschrift *Arbeiterkampf* mit einer Auflage von 4800 Exemplaren. Der *KB* stabilisierte seinen Mitgliederbestand bei etwa 400. In *Hessen* hat er nur wenige Anhänger. Sie traten im Rahmen der *Anti-AKW-Bewegung* sowie bei Aktionen gegen «Antifaschisten» in Erscheinung.

Der *Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)* entstand 1980 durch Abspaltung vom inzwischen nicht mehr existierenden *Kommunistischen Bund Westdeutschland*. Er will den bürgerlichen Staat zerschlagen und die «proletarische Diktatur» errichten. Die Zahl seiner Mitglieder ist auf weniger als 300 (Vorjahr 400) zurückgegangen. Sie sind in acht Landesverbänden organisiert. Obwohl auch ein *hessischer* Landesverband existiert, waren politische Aktivitäten des *BWK* in *Hessen* nicht mehr festzustellen. Die zentrale Geschäftsstelle des *BWK* befindet sich in Köln, wo auch die Zeitschrift *Politische Berichte* mit einer Auflage von über 1000 Exemplaren erscheint. Zusätzlich verbreitet die Vereinigung *Nachrichtenhefte*. Der *BWK* erwägt, sich der *Vereinigten Sozialistischen Partei* anzuschließen.

Die *Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (Volksfront)*, eine Gründung der ehemaligen *KPD/ML*, ist in den letzten Jahren zunehmend unter den Einfluß des *BWK* geraten. Ihre bundesweit etwa 600 Mitglieder sind in über 35 Ortsgruppen organisiert. Auf ihrem 5. ordentlichen Bundeskongreß im November in Köln beschloß sie eine Kampagne gegen die Diskriminierung der Frau und neue Aktionsformen im Kampf gegen faschistische Organisationen. In *Hessen* verfügt die *Volksfront* über zwei Ortsgruppen mit etwa 50 Mitgliedern.

Der *Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)* mit Sitz in München ist marxistisch-leninistisch orientiert. Ihm gehören unverändert etwa 300 Mitglieder an, die in «Stützpunkten» vor allem in Bayern organisiert sind. Ein Stützpunkt befindet sich in Frankfurt am Main. Dort trat der *AB* wiederholt mit Informationsständen in Erscheinung. Seine Werbeaktionen fanden bei der Bevölkerung jedoch wenig Resonanz. Als Zentralorgan gibt der *AB* die *Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)* heraus, die in einer Auflagenhöhe von et-

wa 1200 Exemplaren unregelmäßig erscheint.

Dem organisierten *Trotzkismus* sind bundesweit schätzungsweise 500 Personen in rund zehn Einzelorganisationen zuzurechnen. Letztere sind unterschiedlichen ideologischen Strömungen unterworfen, konkurrieren oft miteinander, und nur wenige von ihnen haben überregionale Bedeutung. Allen Gruppierungen ist gemeinsam, daß sie für die *Diktatur des Proletariats* in Form von *Rätesystemen* eintreten. Die etwa 50 *hessischen* Anhänger der Lehre *Trotzkis* engagierten sich weiterhin im *Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)* mit Sitz in Essen, in seiner Jugendorganisation «*Sozialistischer Jugendbund (SJB)*», in der «*Sozialistischen Arbeitergruppe (SAG)*» mit Sitz in Hannover sowie in der *Gruppe Arbeitermacht (GAM)* mit Stützpunkt in Frankfurt am Main. Die *Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD)* mit Sitz in Frankfurt am Main hat sich im Juni aufgelöst.

Autonome und anarchistische Gruppen

Als sogenannte *Autonome* gelten örtliche, kurzlebige, meist lose strukturierte Personenzusammenschlüsse mit diffusen anarchistischen, nihilistischen, sozialrevolutionären, bisweilen auch revolutionär-marxistischen Zielen. Sie waren innerhalb der *extremen Neuen Linken* bestimmend. In ihrem Kampf gegen die bestehende verfassungsmäßige Ordnung befürworteten und praktizierten sie militante Unternehmungen, die in Einzelfällen Brand- und Sprengstoffanschläge einschlossen. Mit Aktionen gegen den Bau und den Betrieb von Kernenergieanlagen sowie gegen technische Großprojekte und mit ihrer Agitation gegen internationale Konferenzen und Staatsbesuche, deren Teilnehmer als Träger imperialistischer Bestrebungen diffamiert wurden, verfolgten sie ihr erklärtes Ziel, das bestehende «System» zu zer-

schlagen und die «herrschende Klasse» abzuschaffen. *Autonome* versuchten auch auf Aktionen der *Friedensbewegung* Einfluß zu gewinnen und beteiligten sich an Aktionen gegen die Volkszählung.

Die Perspektiven eigener Politik waren Inhalt von zahlreichen Diskussionen der *Autonomen*. In Positions- und Strategiepapieren beklagten sie ihre «Zersplitterung» und das Fehlen beständiger «Strukturen». Die wenigen personalen Zusammenhänge seien von geringer Dauer, beruhten zu meist auf persönlichen Verbindungen und hingen von aktuellen Anlässen ab. Realisierbare Vorschläge, wie angesichts *autonom*er Organisations- und Autoritätsfeindlichkeit handlungsfähige und dauerhafte Zusammenschlüsse geschaffen werden könnten, enthielten die meisten Diskussionspapiere jedoch nicht. Beispielsweise wurde gefordert, dem desolaten Zustand dadurch abzuwehren, daß «*Autonome Zentren*» aufgebaut werden, aus denen der «linksradikale Widerstand» besser zu entwickeln und zu organisieren sei. Solche der staatlichen Kontrolle entzogene Zentren könnten dann Kristallisationspunkte sein, um «Kräfte zusammenzuführen und zu bündeln».

Die *Autonomen* bejahten weiterhin grundsätzlich die Anwendung von Gewalt bei ihren Aktionen, bewerteten sie aber unterschiedlich. Ein Großteil lehnte den «blinden Aktionismus» ab und wollte ihn durch einen «Aufbruch mit Verstand» ersetzen. Viele *Autonome* plädierten dafür, die Palette der Protest- und Widerstandsformen voll auszuschöpfen, angefangen von Flugblatt- und Sprühaktionen bis zu Anschlägen und zur Sabotage. Das Absägen von Strommasten gilt beispielsweise als «direkte praktische Umsetzung der Gesellschaftskritik», denn zerstört würden «Eigentum, Sachen, Dinge, die alle keine Gewalt erleiden» könnten.

Innerhalb der *anarchistischen* Bewegung verfügten lediglich die *Anarcho-Syndikalist*en sowie die Gruppen der *Graswurzelbewegung* über festere Strukturen. Ihr gemeinsames politisches Ziel, an die Stelle jeglicher Staatsform eine freie, herrschaftslose Gesellschaft zu setzen, streben sie auf unterschiedlichen Wegen an. Während die *anarcho-syndikalistischen* Gruppen den revolutionären Widerstand in den Betrieben durch Streiks, Boykottmaßnahmen und Sabotage organisieren wollen, propagieren die Anhänger der *Graswurzelbewegung* die gewaltfreie Aktion, z. B. den aggressiven zivilen Ungehorsam. *Anarcho-kommunistische* Gruppen schließen die «bewaffnete Aktion» in ihrem politischen Kampf nicht aus.

Die politischen Aktivitäten der *Graswurzelbewegung*, deren Sprecherin die *Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen* (FÖGA) ist, waren rückläufig. Die Anhängerschaft ist von 800 auf unter 700 Mitglieder gesunken. Das Organ der Bewegung, die *Graswurzelrevolution — Für eine gewaltfreie herrschaftslose Gesellschaft*, das monatlich in etwa 3000 Exemplaren erschien, kündigte Ende Dezember an, es werde möglicherweise nicht mehr gedruckt, weil die finanziellen Mittel fehlten.

Die *Freie Arbeiter Union (FAU)*, die zahlenmäßig größte Vertreterin des *Anarcho-Syndikalismus*, konnte ihren bundesweiten Mitgliederstand von etwa 150 halten und die mehr als 20 örtlichen Gruppen und Stützpunkte festigen. Sie arbeitet in der *anarcho-syndikalistischen* «*Internationalen Arbeiter-Assoziation*» (IAA) mit. Ihr zentrales Organ ist die monatlich erscheinende *direkte aktion*. In *Hessen* sind die etwa 50 *FAU*-Anhänger in sechs Ortsgruppen zusammengefaßt. Ihr Koordinations- und Diskussionsforum ist das *Liberäre Zentrum (LZ)* in Frankfurt am Main. Hier befindet sich auch die Regionalredaktion der hessischen *FAU*-Schrift *AKTION*, der vier weitere Redaktionen in

Darmstadt, Rhein-Ruhr, Hamburg und Göttingen Beiträge liefern.

Schwerpunkt der politischen Tätigkeit der FAU waren die *Libertären Tage* vom 16. bis 20. April in Frankfurt am Main. 800 bis 1000 Personen aus dem Bundesgebiet und Berlin (West), aus England, Österreich und der Schweiz nahmen daran teil. Die Diskussion galt Themen wie Perspektiven sozialer Bewegungen, *Anarcho-Syndikalismus*, Knast- und Gefangenearbeit, Situation und Perspektiven libertärer Medien, Innere Sicherheit sowie Polizeiwaffen, ohne daß konkrete Ergebnisse erzielt wurden. Die Teilnehmer sahen einen Erfolg der Tagung bereits darin, daß *Anarchisten* und *Autonome* überhaupt miteinander sprechen konnten. Am 19. April fuhrten viele von ihnen zu einem «gemeinsamen Besuch» an die *Startbahn 18 West*. Hier kam es zu gewaltsamen Angriffen auf die Polizei.

In *Hessen* sind dem *autonomen* und *anarchistischen* Bereich etwa 1400 Personen zuzurechnen. Sie sind je nach Aktionsanlaß in der Lage, nochmals etwa 1500 Personen zu mobilisieren. Das *gewaltbereite Potential* dieses Personenkreises liegt unverändert bei 300 bis 500 Personen. Von ihnen gingen gewalttätig verlaufene Proteste insbesondere gegen die *Startbahn 18 West*, das «Atomprogramm und gegen den Atomstaat» (u. a. Hanau, Wackersdorf) sowie gegen Häuserräumungen in Frankfurt am Main, Darmstadt und Gießen aus. Militante *Autonome* brachten im Februar in der Gemarkung Rödermark-Oberroden und im August in der Gemarkung Mörfelden-Walldorf je einen Strommast zum Umsturz. Zu dem letzten Anschlag erklärte eine Gruppe «*Revolutionäre Heimwerker*»: «Wir sehen diese unsere Aktion als Auftakt einer neuen bundesweiten Kampagne gegen menschenverachtenden Ausbau des Nuklearprogramms in Wackersdorf, Hanau und anderswo. Mit direkter Sabotage überall, anläßlich der

Widerstandstage gegen die WAA und später, soll die Atommafia massiv bekämpft werden.»

Die *Anti-Startbahn-Bewegung* setzte ihre «Sonntagsspaziergänge» mit teilweise bis zu 300 Teilnehmern fort. Wiederholt kam es dabei zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Sie erreichten am 2. November, dem sechsten Jahrestag der Räumung des «Hüttendorfes», einen traurigen Höhepunkt. Am Abend dieses Tages näherte sich ein versammlungsrechtlich nicht angemeldeter Fackelzug mit etwa 150 bis 200 teilweise vermummten und schwarzgekleideten Personen durch den Wald dem die *Startbahn 18 West* schützenden Zaun. An einem bestimmten Punkt wurden die Fackeln gelöscht und Barrikaden errichtet, um die Durchfahrt von Polizeifahrzeugen zu verhindern und so Fluchtmöglichkeiten offenzuhalten. Wenig später gingen aus der Deckung des Waldes einzelne vermummte Störer gegen den Schutzzaun vor. Als hierauf ein Vertreter der Versammlungsbehörde eine Auflösungsverfügung erließ, wurde aus einer Menge von etwa 200 schwarzgekleideten und vermummten Personen mit Stahlkugeln, Feuerwerkskörpern und Signalmunition auf die die *Startbahn* schützenden Polizeibeamten geschossen.

Da die Gewalttäter sich trotz der ebenfalls erlassenen Räumungsverfügung weder entfernten noch ihre Aktionen einstellten, gingen mehrere Hundertschaften der Bereitschaftspolizei gegen sie vor. Dabei wurden die Polizeikräfte weiterhin mit Signalmunition beschossen und mit «Molotow-Cocktails» beworfen. Als die Polizeibeamten die Weisung erhielten, die Verfolgung an einer Wiese vor einem Bach einzustellen und deshalb innehielten, erfolgten aus einem Waldgebiet jenseits des Baches mehrere Durchsagen, u. a.: «Scharfschützen Feuer». In dem Wald befindliche Gewalttäter beschossen hierauf die Polizisten mit Stahlkugeln, Signalmunition und

einer Pistole. Aus dieser Waffe abgegebene Schüsse — es wurden später 14 Munitionshülsen gefunden — töteten zwei Polizeibeamte und verletzten zwei weitere schwer. Die kriminaltechnische Untersuchung ergab, daß die Schüsse aus einer Pistole abgefeuert wurden, die während einer gewalttätigen Demonstration am 8. November 1986 gegen die Nuklearbetriebe Nukem/Alkem in Hanau einem Polizeibeamten von einem unbekanntem Täter geraubt worden war.

Im Verlaufe der sofort eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen wurden zahlreiche Personen überprüft und mehrere Wohnungen im Rhein-Main-Gebiet durchsucht. Dabei stellte die Polizei in einer Wohnung in Frankfurt am Main, die von dem dem militanten *autonomen* Bereich zuzurechnenden Andreas Eichler benutzt wurde, die Tatwaffe sicher. Im Zuge der weiteren Ermittlungen ergingen insgesamt zwölf Haftbefehle wegen Mordes, Mordversuches und anderer schwerer Delikte. Die Bundesanwaltschaft bezog in ihre Ermittlungen auch Anschläge auf Strommasten und andere Energieversorgungsanlagen ein. Einige der Festgenommenen, darunter auch Eichler, sind verdächtig, als Gruppierung *«Revolutionäre Heimwerker»* diese Straftaten begangen zu haben.

Die Morde lösten im linksextremen Bereich der Bundesrepublik unterschiedliche Resonanzen aus. In zahlreichen Erklärungen und Stellungnahmen der *Autonomen* überwogen zunächst Betroffenheit und Ablehnung. Vielfach wurde jedoch nicht die Tat als solche abgelehnt, sondern lediglich der Zeitpunkt als ungeeignet für den Beginn des *«bewaffneten Kampfes»* bezeichnet. Teilweise gab es offenen Beifall und unverhohlene Sympathieäußerungen.

Andere Angehörige autonomer Gruppen aus dem Rhein-Main-Gebiet distanzieren sich in Flugschriften von den *«feigen Mor-*

den». In einem Flugblatt der *«Autonomen und Startbahngegner/innen»* aus Wiesbaden hieß es: *«Jemand, der eine derartige Kaltblütigkeit an den Tag legt, gehört nicht in unsere Reihen... Es ist immer auch Ausdruck der gesamten Startbahn-Bewegung gewesen, in eskalierten Situationen aktiv schützende und direkte Handlungsweisen zu praktizieren. Die Tötung von Menschen auszuschließen war dabei immer unser oberster Grundsatz.»*

Das *anarchistische «Libertäre Zentrum»* in Frankfurt am Main veröffentlichte eine Stellungnahme, in der u. a. ausgeführt wurde: *«Uns kotzen diese Schüsse am 2. 11. 1987 an. Wir lehnen die Mitnahme von Schußwaffen auf Demos ab. ... Der Weg zu einer freien Gesellschaft darf nicht mit Leichen gepflastert sein.»*

Wieder andere *Autonome* und Personen aus dem *RAF-Umfeld* wandten sich bei einer Zusammenkunft in Berlin gegen das *«Geplärre um die Schweine»*. Bisher seien immer nur die eigenen Leute niedergeknüppelt worden. Kritik an den Schüssen in Frankfurt am Main schwäche nur den *«Widerstand»*. In einem Flugblatt an *«die (Frankfurter) Autonomen und andere staatstragende Parteien»* rügten *Autonome* aus Berlin die Distanzierungen. Wenn *«Angriffe mit Krachern, Steinen, Mollies und Stahlkugeln»* nur den Zweck gehabt hätten, die *«Bullen auf Distanz»* zu halten, dann seien die Aufrufe zum Kampf gegen das *«System»* offensichtlich scheinheilig gewesen. Noch *«kein Stein, kein Mollie»* sei geworfen worden, *«ohne im Hinterkopf zu haben, daß das tödlich ausgehen»* könnte. Den Frankfurtern sei *«das Dogma der Gewaltvermeidung so tief ins Hirn gebrannt, daß ihre Emotionen, ihr Haß schon im Keim erstickt»* werde: *«Ihr seid die Liquidatoren jeder Befreiung.»*

Die *Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)* und der *Kommunistische Bund (KB)* verurteilten die Tat und bezeichneten sie als

Mord. Die *DKP* hielt sich bei ihren Stellungnahmen an das aus früheren Kommentaren zu Terroranschlägen bekannte Muster. Sie hielt die Tat für einen «verabscheuungswürdigen kriminellen Akt», versuchte aber zugleich, die Sicherheitsbehörden als die eigentlichen Schuldigen hinzustellen.

Trotz der tödlichen Schüsse am 2. November setzten Startbahngegner die «*Sonntagsspaziergänge*» mit bis zu 80 Teilnehmern fort; zu Ausschreitungen kam es bisher nicht mehr.

Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen

An den *hessischen* Universitäten in Frankfurt am Main, Gießen, Marburg, Darmstadt und Kassel konnten die *linksextremen* Gruppierungen — sie gehören sämtlich der *orthodoxen Linken* an — ihre Sitzanteile in den Studentenparlamenten weitgehend halten. Der *MSB-Spartakus (MSB)* und der *Sozialistische Hochschulbund (SHB)* errangen erneut 13 der 157 zu vergebenden Sitze. Ihr bestes Ergebnis erzielten sie wieder in Marburg. Dort sind der *MSB* mit fünf (bisher sechs) und der *SHB* mit vier (bisher drei) Sitzen vertreten.

Die revolutionär-marxistische Vereinigung *Marxistische Gruppe (MG)*, in den 70er Jahren aus den *Roten Zellen* hervorgegangen, war wiederum eine der politisch aktivsten Hochschulorganisationen. Ihre Führungszentrale befindet sich in München. Sie bezeichnet sich als kommunistische Organisation und will die kapitalistische Gesellschaft überwinden. Die konspirativ handelnde Vereinigung ist zentralistisch und streng hierarchisch organisiert. Die Gliederungen, leitenden Gremien und die finanziellen Verhältnisse werden geheimgehalten. Ihre Mitglieder müssen sich

einer intensiven Schulung unterwerfen. Die *MG* nimmt nicht an Hochschulwahlen teil. Damit vermeidet sie, daß ihre Mitglieder namentlich bekannt werden. Der Mitgliederbestand ist leicht angestiegen und liegt jetzt bei etwa 1800 (bisher 1700) Personen. Die Vereinigung hat außerdem mehrere tausend Anhänger, meistens Studenten, die in sogenannten *Sympathisantenplenen* zusammenkommen und dort unterrichtet werden. Die zentralen Publikationen der *MG*, die Monatsschrift *MSZ — Marxistische Streit- und Zeitschrift — (Gegen die Kosten der Freiheit (MSZ))*, die *Marxistische Arbeiterzeitung (MAZ)* mit örtlichen Betriebs- und Branchenausgaben, die *Marxistische Hochschulzeitung* sowie die *Marxistische Schulzeitung* erschienen in hohen Auflagen.

In *Hessen* war die *MG* an allen Universitäten aktiv. Größere Resonanz erzielte sie jedoch nur in Frankfurt am Main, wo sie einen Buchladen betreibt, und Marburg. In beiden Städten unterhält sie auch Druck- und Vertriebsstellen. An über 60 Veranstaltungen der *MG* nahmen jeweils zwischen 100 und 300 Personen teil. Sie warb in der *Marxistischen Hochschulzeitung* intensiv bei «destruktiven Typen» um Teilnahme an den wöchentlich stattfindenden *Sympathisantenplenen*.

Linksextremer Terrorismus

Rote Armee Fraktion (RAF)

Die 1970 entstandene terroristische Vereinigung, die sich *Rote Armee Fraktion (RAF)* nennt, will mit Gewalt die gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland zerstören. Ihre Mitglieder verübten seitdem schwerste Straftaten wie Morde, Geiselnahmen, Sprengstoffanschläge und

Raubüberfälle. Die Terroristen begründeten ihr Handeln damit, daß sie als «Stadtguerilla» den «bewaffneten Kampf» gegen das «imperialistische Weltssystem» in der «Metropole Bundesrepublik Deutschland», einer «Agentur des US-Imperialismus», führen.

Die aus mindestens 15 Personen bestehende Kerngruppe der *RAF*, die «Kommandoebene», setzte die von ihr selbst so genannte «Offensive», der zuletzt im Oktober 1986 Dr. Geroid von Braunmühl in Bonn zum Opfer gefallen war, im Berichtsjahr nicht fort. Es gibt jedoch keinerlei Anhaltspunkte, daß sie die Strategie der Systemveränderung durch Begehung schwerster Anschläge aufgegeben hat. Sie ist personell und materiell durchaus in der Lage, weiter schwere Straftaten zu verüben. Der Abbruch der «Offensive» wurde wahrscheinlich durch die Festnahme von vier mutmaßlichen Mitgliedern der linksextremen französischen Terrororganisation *Action Directe (AD)* am 21. Februar bei Orléans veranlaßt. Dabei stellte die französische Polizei in konspirativen Unterkünften Waffen, Sprengstoff sowie umfangreiches Schriftmaterial der *Action Directe* und der *RAF* sicher, unter anderem eine Skizze des militärischen Teils des *Rhein-Main-Flughafens*. Auf ihn war am 8. August 1985 ein Sprengstoffanschlag verübt worden; das Bezeichnungsschreiben hierzu trug die Symbole der *RAF* und der *AD*.

Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main verurteilte drei Angehörige der *RAF* zu mehrjährigen Freiheitsstrafen; diese Verurteilungen sind rechtskräftig:

— Am 23. Januar Gisela Dutzi wegen Unterstützung der terroristischen Vereinigung *RAF* und Verstoßes gegen das Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz zu einer Freiheitsstrafe von acht Jahren.

— Am 5. März Ingrid Barabass wegen Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung *RAF* und Verstoßes gegen das Waffengesetz zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und zehn Monaten.

— Am 5. März Mareile Schmegner wegen Unterstützung der terroristischen Vereinigung *RAF*, Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und zehn Monaten.

Die «Militanten der *RAF*», die unterhalb der «Kommandoebene» auf einer «zweiten Ebene» zur Begehung schwerer Straftaten bereit sind, verbreiteten zusammen mit dem bundesweit etwa 200 Personen umfassenden engeren *RAF-Umfeld* weiterhin die *RAF-Untergrundzeitschrift Zusammen kämpfen*. Darin bekundeten sie ihre Solidarität mit anderen Terrorgruppen, z.B. durch die Wiedergabe politischer Erklärungen solcher Zusammenschlüsse. Damit sollte geholfen werden, die von der *RAF* angestrebte «Revolutionäre Front» international zu organisieren. Diesem Ziel diene auch eine Unterstützungskampagne des *RAF-Umfelds* für den Kampf der Palästinenser. Neben einer Solidaritätsdemonstration und Flugblattaktionen wurden bundesweit mehrere «Palästina-Informationsveranstaltungen» durchgeführt. Dies sollte die enge Verbindung zwischen dem «Befreiungskampf» der Palästinenser und dem «antiimperialistischen Kampf» der *RAF* zeigen. Man kämpfe gegen den gemeinsamen Feind, den «US-Imperialismus», der in Europa wie im Nahen Osten nach der Vorherrschaft strebe. Die erhoffte Resonanz in der Öffentlichkeit blieb aus.

Zusammen mit der *Gruppe der Angehörigen* bemühte sich das *RAF-Umfeld* weiterhin um die Häftlinge von «*RAF* und Widerstand». Es versuchte erneut, eine bundesweite Kampagne für die «Zusammenlegung» inhaftierter terroristischer Gewalttäter in der Bundesrepublik Deutschland

zu initiieren. Gemeinsam mit «Anwältinnen und Anwälten der Gefangenen» verbreiteten die RAF-Anhänger Aufrufe und organisierten mehrere Informationsveranstaltungen. Versuche des *RAF-Umfelds*, Militante des *autonomen* Bereichs für die eigenen Ziele und Methoden zu gewinnen und zu rekrutieren, blieben weitgehend vergeblich. Hierzu wurden Aktionen zur Erinnerung an die zehn Jahre zurückliegenden Selbsttötungen der RAF-Mitglieder Baader, Ensslin und Raspe ebenso genutzt wie die Strafverfolgungsmaßnahmen gegen gewalttätige *Autonome*. Sie seien in «Härte» und «Konsequenzen» mit denen gegen die *RAF* vergleichbar.

Die Bemühungen des *RAF-Umfelds*, der Terrorgruppe und ihrer Ideologie durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit politisches Gewicht zu verschaffen, hatten keinen Erfolg. Die von *RAF*-Anhängern begangenen Anschläge und Sachbeschädigungen nahmen ab.

Revolutionäre Zellen (RZ)

Die seit Anfang der 70er Jahre bekannten *Revolutionären Zellen* nahmen wiederum gesellschaftspolitische Problembereiche zum Anlaß ihrer Straftaten. Dabei waren sie darum bemüht, daß ihre Aktionen bei dem «revolutionären Potential» Verständnis und Billigung finden.

Die *RZ* und die Frauengruppe *Rote Zora* verübten zahlreiche Brand- und Sprengstoffanschläge. Schwerpunkte dieser Verbrechen waren Nordrhein-Westfalen und der norddeutsche Raum. Die «Asylanten»-Frage, «Ausbeutung der Frauen in der Dritten Welt», Nutzung der Kernenergie und die Volkszählung waren Themen, die in den Selbstbezeichnungen als Gründe für die Straftaten genannt wurden.

Am 1. September schossen unbekannte Täter in Berlin dem Vorsitzenden Richter

des 9. Senates des Bundesverwaltungsgerichtes, Dr. Korbmacher, in die Beine und verletzten ihn erheblich. In dem Selbstbeichtigungsschreiben begründete eine *RZ* den Anschlag mit der Funktion des Juristen als Vorsitzender des «Asylsenates» und seinem angeblichen persönlichen Engagement, die Zahl der Asylberechtigten klein zu halten. Dabei grenzte sich die *RZ* von der *RAF* und deren Praxis, «Funktionsträger des bundesdeutschen Systems» zu ermorden, ab. Die «politische Tötung eines Menschen» sei ein «äußerstes und extremstes Mittel im Klassenkampf». Es entwerte sich durch seinen «inflationären Gebrauch» selbst, solange nicht «offener Klassenkrieg» herrsche. Deshalb lehne die *RZ* zum jetzigen Zeitpunkt die wahllose Tötung von «anonymen Funktionsträgern, wie die Dr. von Braunmühls», ab. Der Anschlag vom 1. September ist in Tatausführung und Begründung mit demjenigen vergleichbar, der im Oktober 1986 von einer *RZ* auf den Leiter der Berliner Ausländerbehörde verübt worden war.

In *Hessen* wurde am 17. Juni eine Umspannstation der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) bei Kelsterbach durch Brandlegung völlig zerstört. Eine *Revolutionäre Zelle* bezeichnete den Anschlag in einem Selbstbeichtigungsschreiben als «konkrete Sabotage gegen eine umweltgefährdende und menschenverachtende Industrieproduktion» der Konzerne RWE und Hoechst AG. Die Täter drohten den Verantwortlichen, sie persönlich «zur Verantwortung zu ziehen und aus ihrer Anonymität zu reißen». Ein weiterer Brandanschlag in der Nacht zum 10. Oktober beschädigte ein Umspannwerk der Kraftwerke Mainz/Wiesbaden bei Rüsselsheim erheblich. In einem Selbstbeichtigungsschreiben wurde die Tat als Unterstützung des «Widerstandes gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf» dargestellt.

Die *Rote Zora*, eine selbständige, ideologisch den *Revolutionären Zellen* nahestehende terroristische Frauengruppe, verübte ebenfalls zahlreiche Anschläge. Ihre Aktionen richteten sich hauptsächlich gegen die «Ausbeutung von Frauen, insbesondere in Billiglohnländern der Dritten Welt». Betroffen war vor allem ein großes Bekleidungsunternehmen. Nachdem ein Sprengstoffanschlag auf das Verwaltungsgebäude der Firma in Haibach bei Aschaffenburg am 21. Juni mißlungen war, wurden am 15. August fast gleichzeitig in Frankfurt am Main, Kassel und sechs anderen Städten der Bundesrepublik auf Filialen Brandanschläge verübt. Der Sachschaden war erheblich. In Selbstbezeichnungen beklagten die Terroristinnen der *Roten Zora* die Ausbeutung von Arbeiterinnen in Südkorea durch das Unternehmen. Sie erklärten: «In unserem Widerstand hier wollen wir die Lebensbedingungen und Kämpfe der Frauen dort miteinbeziehen.»

Sonstige terroristische Aktionen

Unbekannte Täter, vermutlich aus dem terroristischen Umfeld, begingen zahlreiche Brandanschläge. Örtlicher Schwerpunkt in *Hessen* war das Rhein-Main-Gebiet. Die Anschläge galten Einrichtungen der Deutschen Bundesbahn sowie öffentlichen und privaten Gebäuden. In einigen Fällen waren auch Kraftfahrzeuge betroffen. So wurde im Zusammenhang mit gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten am 6. September in Lippoldsberg der Personenkraftwagen eines Rechtsanwalts, der oft Rechtsextremisten vertrat, in Brand gesetzt. Der Tat bezichtigte sich ein «Antifaschistisches Kommando Janusz Korczak».

Beurteilung

Die *DKP* hielt trotz der politischen Veränderungen in der Sowjetunion konsequent an ihrer Leninschen Parteikonzeption mit zentralistischem Führungsstil fest, der keine von der Parteilinie abweichende Meinung duldet. Kritische Diskussionen über innerparteiliche Probleme versuchte die Parteiführung politisch-ideologisch aufzufangen. Hohe sowjetische Funktionäre unterstützten die Argumentation der *DKP*-Führung in Reden, Aufsätzen und Schriften. Dennoch verließen zahlreiche unzufriedene Mitglieder die Partei. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, daß die *DKP* das positiver gewordene Bild der Sowjetunion nicht im gewünschten Maße für die Sozialismuspropaganda und zur Verbesserung ihres eigenen Ansehens nutzen konnte, obwohl sie bei ihren Veranstaltungen in bisher nicht gekanntem Ausmaße durch Referenten aus der Sowjetunion unterstützt wurde. Auch das Abkommen über die Verschrottung der Mittelstreckenraketen hatte nicht das von der *DKP* erwartete Ergebnis. Der von ihr erhoffte Aufschwung für die *Friedensbewegung* und den «kommunistischen Friedenskampf» stellte sich nicht ein. Die Stimmenanteile der *DKP* und ihres Wahlbündnisses *Friedensliste* bei den *Bundestagswahlen* und den *Landtagswahlen* in *Hessen* waren nach wie vor gering. Die unter bündnispolitischen Erwägungen getroffenen Entscheidungen über die Art der Wahlbeteiligung waren selbst für *DKP*-Mitglieder nicht mehr nachvollziehbar. Die *DKP*-Führung gestand ein, daß es schwieriger geworden sei, die «Partei zu mobilisieren» und «größere Teile in die Aktion zu führen». Der Stamm der aktiv für die *DKP* Tätigen sei kleiner geworden. Die Infiltration anderer Organisationen und Initiativen oder die offene Mitarbeit in ihnen sei zu Lasten der Parteiarbeit gegangen.

Die marxistisch-leninistischen Parteien und Gruppierungen der *extremen Neuen*

Linken, die den moskauorientierten Kommunismus ablehnen, fanden in ihrer politischen Arbeit wenig Resonanz bei der Bevölkerung. Lediglich die *MLPD* konnte ihren Mitgliederbestand leicht erweitern und die Organisation festigen. Die *VSP* war weiterhin bemüht, die Einheit «revolutionärer Sozialisten» voranzutreiben.

An den *hessischen* Hochschulen blieb die *MG* weiterhin stärkste politische Kraft der *extremen Neuen Linken*, obwohl sie sich an Wahlen nicht beteiligte. In den studentischen Mitbestimmungsgremien sind nur noch die der *DKP* nahestehenden Gruppen *MSB* und *SHB* vertreten.

Autonome und *Anarchisten* befaßten sich verstärkt mit der Frage nach dem Wert und den Formen militanter Aktionen. Trotz gegensätzlicher Auffassungen hierüber blieb die gewaltgeprägte Militanz von Teilen der *Autonomen* ungebrochen. Dies zeigten nicht nur gewalttätig verlaufene Protestaktionen und Anschläge gegen Strommasten. Sie wurde auch in den zahlreichen Erklärungen und Stellungnahmen zu der Ermordung der beiden *hessischen* Polizeibeamten am 2. November an der *Startbahn 18 West* deutlich. Die anarchistische *FAU* konnte ihr Anhängerpotential halten und ihre publizistische Tätigkeit ausweiten.

Gewalttaten der «Kommandoebene» der terroristischen Vereinigung *RAF* sind den Sicherheitsbehörden im Berichtsjahr nicht bekannt geworden. Eine Ursache hierfür liegt sicherlich in den Festnahmen französischer mutmaßlicher Terroristen und der Entdeckung von Bandenunterschlupfen im Februar in Frankreich. Es gibt Hinweise, daß die *RAF* ihre gegenwärtige Situation zu bestimmen und neue Partner für die von ihr propagierte «westeuropäische antiimperialistische Front» zu finden versucht. Die personellen und materiellen Möglichkeiten, zur Verfolgung ihrer Ziele weitere schwerste Straftaten gegen Repräsentanten des «imperialistischen Systems» zu begehen, sind weiterhin gegeben. Die von *Revolutionären Zellen* und der *Roten Zora* verübten Anschläge haben bundesweit zugenommen.

Terroristische Aktivitäten und militante Angriffe aus dem linksextremen Bereich können zwar auch in Zukunft die öffentliche Sicherheit beeinträchtigen. Die freiheitliche demokratische Grundordnung wird dadurch jedoch ebensowenig ernsthaft bedroht wie durch andere linksextreme Bestrebungen.

Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

Ende 1987 waren im Bundesgebiet etwa 4,6 Millionen, in Hessen etwa 540 000 Ausländer registriert. Die im Verhältnis zur Gesamtzahl der hier lebenden Ausländer geringe Zahl der Mitglieder politisch extremer Gruppierungen ist gegenüber dem Vorjahr von 116 940 auf 108 600 (Hessen 8000 auf 7300) zurückgegangen. Der weitaus größte Teil der hier lebenden Ausländer verhielt sich weiterhin gesetzestreu. Sicherheitsgefährdende Bestrebungen waren nur bei wenigen Zusammenschlüssen zu beobachten.

Araber

Die als hoffnungslos empfundene Lage der Palästinenser sowohl im Heimatland als auch in den arabischen Gastländern und der zurückgehende Einfluß ihrer Befreiungsorganisationen, die sich von den politischen und militärischen Rückschlägen der vergangenen Jahre nicht erholt haben, führte zur Inaktivität palästinensischer Gruppen im Bundesgebiet.

Den in der Bundesrepublik Deutschland vertretenen extremen Widerstandsgruppen, deren Mitglieder überwiegend Anhänger der von Yassir Arafat geführten *Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)* sind, gelang es nicht, wesentliche politische Aktivitäten zu entfalten. An dieser Situation änderte sich auch nichts, als im April bekannt wurde, daß es dem PLO-Chef in Algier anläßlich der 18. Sitzung des *Palästinensischen Nationalrates (PNC)* gelungen war, die von der PLO abgespaltene und in der oppositionellen *Palästinensischen Nationalen Rettungsfrent (PNSF)* organisierte Palästinenserorganisation *Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP)* unter Führung von Georg Ha-

basch wieder in die *Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)* zu integrieren. Selbst im *Palästinensischen Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und West Berlin (PAV)*, mit ungefähr 900 Mitgliedern (*Hessen 70*) die größte Organisation dieser Volksgruppe im Bundesgebiet, kam die politische Arbeit nahezu zum Erliegen. Hauptgründe waren das mangelnde Interesse der Anhänger und die fortdauernde Finanzmisere.

Extrem ausgerichtete arabisch-schiitische Gruppierungen machten durch Entführungen im Libanon und Anschlagsvorbereitungen in Frankreich, Italien und der Bundesrepublik Deutschland auf sich aufmerksam. In Mailand wurde am 12. Januar ein Libanese festgenommen, der im Besitz von elf Kilogramm Plastiksprengstoff war. Bei ihm aufgefundene Aufzeichnungen führten zu dem Verdacht, daß eine schiitische Gruppe einen Anschlag auf die Botschaft der USA in Rom geplant hatte. Die französische Polizei nahm am 21. März in Paris acht mutmaßliche arabische Terroristen fest, bei denen zwölf Liter Flüssigsprengstoff gefunden worden waren. Die vorgesehene Verwendung des Sprengstoffes konnte nicht eindeutig geklärt werden.

In Frankfurt am Main wurde am 13. Januar im Flughafen ein aus Beirut eingereister Mann festgenommen, der sich mit einem gefälschten libanesischen Paß ausgewiesen hatte. In seinem Handgepäck befanden sich drei Glasflaschen mit neun Litern des hochexplosiven Flüssigsprengstoffes Methylnitrat. Das Bundeskriminalamt bewies durch Fingerabdruckvergleich, daß es sich bei der Person um Mohamed Ali Hamadei handelte. Dieser steht im Verdacht, am 14. Juni 1985 an der Entführung einer Boeing 727 der *Trans World Airlines* auf dem Flug Athen—USA nach Beirut beteiligt gewesen zu sein. Durch diese Aktion sollten etwa 700 Schiiten aus israelischem Gewahrsam freigeprüft wer-

den. Die schiitischen Terroristen erschossen während der zwei Wochen dauernden Geiselnahme auf dem Flugplatz von Beirut einen Passagier, der Angehöriger der US-Marine war. Mit dem Ziel, die Bundesregierung zu einer möglichst schnellen Freilassung des bei den Schiiten als Volksheld geltenden Sprengstofftransporteurs zu veranlassen, entführten vermutlich Angehörige der extrem schiitischen Terrororganisation *Hizb Allah* am 17. Januar in Beirut den Leiter der Niederlassung der Firma Hoechst AG, Rudolf Cordes, und am 21. Januar den Mitarbeiter der Firma Siemens, Alfred Schmidt. Bei den Ermittlungen wegen dieser Entführungen ergab sich der Verdacht der Beteiligung gegen einen Bruder des festgenommenen Hamadei, Abbas Ali Hamadei. Er wurde am 26. Januar bei seiner Einreise aus Beirut am Flughafen Rhein-Main verhaftet. In diesem Zusammenhang stellte die Polizei bei Beckingen/Saarland in einem Versteck 15 Liter Methylnitrat und andere Sprengmittel sicher. Zwei weitere Männer wurden ebenfalls festgenommen.

Die Entführer von Cordes und Schmidt verlangten von den deutschen Behörden zunächst die Zusage, Mohamed Ali Hamadei nicht an die USA auszuliefern, sondern ihn in der Bundesrepublik Deutschland nur wegen illegaler Einfuhr von Sprengstoff vor Gericht zu stellen; anderenfalls würden weitere Repressalien gegen die Bundesrepublik gerichtet. In nachfolgenden Erklärungen forderten die Terroristen dann den Austausch des Mohamed Ali Hamadei und seines Bruders Abbas gegen die deutschen Staatsangehörigen Cordes und Schmidt. Aufgrund von Interventionen iranischer und syrischer Regierungsstellen wurde Alfred Schmidt am 6. September freigelassen. Rudolf Cordes befindet sich vermutlich nach wie vor in der Gewalt der *Hizb Allah*.

Am 19. April 1988 verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf Abbas Ali Hamadei

wegen Geiselnahme (Entführung Cordes/Schmidt), Nötigung von Verfassungsorganen (Bundesregierung) und eines Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz (illegale Einfuhr von Sprengstoff) zu einer Freiheitsstrafe von 13 Jahren. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Sein Bruder Mohamed Ali wird in Frankfurt am Main vor Gericht gestellt werden. Den Sicherheitsbehörden liegen keine Hinweise vor, daß die etwa 200 im Bundesgebiet lebenden Mitglieder extremer schiitischer Organisationen in die Straftaten der Brüder Hamadei verwickelt sind.

Türken

In der Bundesrepublik Deutschland halten sich derzeit über 1,4 Millionen (in Hessen etwa 144 000) Türken auf. Von ihnen waren nur etwa 40 000 (in Hessen etwa 2 900) in extremen Vereinigungen organisiert. Die Anhängerverluste von reichlich 4 000 Mitgliedern (Hessen 400) gegenüber dem Vorjahr vollzogen sich überwiegend im linksextremen Bereich. Die Mitgliederzahlen der *extremen* türkischen *Neuen Linken* werden bundesweit auf 6 000 (Hessen 550), die der *orthodoxen Kommunisten* auf 5 000 (Hessen 550) geschätzt. Ursachen dieser rückläufigen Entwicklungen sind die politische Konsolidierung des Heimatlandes, die weitgehende Zerschlagung extremer Gruppierungen in der Türkei und die Angst vor Verfolgungen bei der Rückkehr in die Heimat. Die *extrem nationalistische* «Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.» (ADÜTDF) mit bundesweit etwa 10 000 (Hessen 800) Mitgliedern hat sich gespalten. Zunehmende Bedeutung erlangte der *Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V.* in Köln, dessen Vorsitzender zum gewaltsamen Sturz des laizistischen türkischen Staatsgefüges aufrief. Die Anhängerschaft der *extrem* eingestellten *islamischen* Gruppen in der Bundesrepublik

dürfte 19000, in *Hessen* 1000 Personen zählen.

Bei den türkischen Vereinigungen der *extremen Linken* wird der vorgesehene Besuch des türkischen Staatspräsidenten Evren in der Bundesrepublik Deutschland entschieden abgelehnt. Die Gruppe der *Neuen Linken* «*Devrimci Isci*» (*Revolutionärer Arbeiter*) gab im Februar die Gründung eines gegen den Besuch gerichteten Aktionsbündnisses bekannt, in dem sich sowohl *orthodox-kommunistische* Organisationen als auch solche der *Neuen Linken* zusammengeschlossen haben. Darunter sind mitgliederstarke Verbände, wie die *Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (FIDEF)*, die *Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (KOM-KAR)* und die *Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF)*. Auch *Avrupa 'da Dev Genc* (*Revolutionäre Jugend in Europa*), Tarnorganisation der 1983 vom Bundesminister des Innern verbotenen *Devrimci Sol*, soll sich dem Bündnis angeschlossen haben. Staatspräsident Evren wurde als Faschist und Mörder, sein Besuch als Beweis für die Mitschuld der Bundesrepublik und ihrer Diplomatie an allen die «Menschenrechte verachtenden Handlungen des Özal-Evren-Regimes» bezeichnet.

Während sich die *orthodox-kommunistischen* Vereinigungen weitgehend auf die organisationsinterne Arbeit beschränkten und nur selten an die Öffentlichkeit traten, polemisierte die *extreme* türkische *Neue Linke* aggressiv gegen die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und deren NATO-Partner Türkei. So griff die Gruppe *Bolsevik Partizan (BP)* im Zusammenhang mit dem Golfkrieg den «westdeutschen Imperialismus» an, dessen Bomben und Granaten mit dem «Gütezeichen Made in Germany» auf die Völker

des Nahen Ostens niedergingen und der ein «Feind, Blutsauger und Mörder der Völker» und bei «jeder Schweinerei» dabei sei. Anhänger der *Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/M-L)* agitierten gegen die Volkszählung, das «blutrünstige System» in der Bundesrepublik Deutschland und den Bundespräsidenten. Letzterem wird seine «Vergangenheit zu der Zeit des Führers voll mit Henkersqualitäten» vorgeworfen. Dem «Reich der Verbrecher mit ihren Kriegsvorbereitungen, Volkszählungen» müsse «ein für allemal ein Ende» bereitet werden und «der westdeutsche Imperialismus» werde in den «Flammen der Revolution untergehen».

Organisationsübergreifend machten ab 25. Juli *linksextreme* türkische Vereinigungen in mehreren Städten der Bundesrepublik Deutschland u. a. mit Hungerstreiks auf die Lage der «politischen Gefangenen in der Türkei» aufmerksam. In *Hessen* kam es in Darmstadt, Frankfurt am Main und Kassel zu Besetzungsaktionen, Flugblattverteilungen und einer Kundgebung. Auch der «7. Jahrestag der Machtübernahme durch das Militär in der Türkei» (12. September) löste gemeinsame Protestveranstaltungen türkischer und kurdischer *Linksextremisten* aus. An zwei zentralen Demonstrationen in Köln beteiligten sich jeweils etwa 2500 Personen. In der Nacht zum 12. September legten unbekannte Täter vor der Filiale einer türkischen Bank in Frankfurt am Main eine Bombenattrappe und ein Transparent der verbotenen *Devrimci Sol* mit themenbezogenem Text ab.

Die *extrem nationalistische* «*Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.*» (*ADÜTDF*) ist nach wie vor die mitgliederstärkste türkische Dachorganisation in Westeuropa. Die bereits zwei Jahre andauernden Führungsprobleme konnten nicht behoben werden und führten zur Spaltung der Fö-

deration. Am 17. Oktober gründeten in Nieder-Olm (Kreis Mainz-Bingen) etwa 600 Delegierte aus 50 oppositionellen Mitgliedsvereinen der *ADÜTDF* in der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, den Niederlanden und der Schweiz die *Union türkisch-islamischer Kulturvereine (TIKDB)*, die wie die *ADÜTDF* ihren Sitz in Frankfurt am Main hat. Zum vorläufigen Vorsitzenden der neuen Vereinigung wurde der ehemalige langjährige *ADÜTDF*-Vorsitzende Musa Serdar Celebi aus Kriftel in Hessen gewählt. Die Spaltung hatte sich seit längerem, zuletzt beim Jahreskongreß der *ADÜTDF* am 6. Juni in Hamm, abgezeichnet, zu dem etwa 4000 Mitglieder aus der Bundesrepublik und dem Ausland erschienen waren. Als Gastredner trat der frühere Vorsitzende der in der Türkei verbotenen *Partei der Nationalen Bewegung (MHP)*, Alparslan Türkes, auf, der überraschend in das Bundesgebiet eingereist war. Er erklärte, der Nationalismus werde in der Türkei die Macht übernehmen, denn die nationalistische Sache sei «eine gerechte». Vorsitzender der Organisation wurde der frühere *MHP*-Funktionär Hasan Yıldızhan aus Frankfurt am Main. Gegen die Veranstaltung protestierten etwa 250 Personen. Es kam zu tätlichen Auseinandersetzungen mit Kongreßteilnehmern. Vier Polizeibeamte erlitten Verletzungen. Nachdem die deutschen Behörden Türkes erklärt hatten, daß seine Anwesenheit unerwünscht sei, sagte er alle öffentlichen Auftritte ab und kehrte am 17. Juli in die Türkei zurück.

Der als extrem einzustufende *Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V.* in Köln versucht in immer stärkerem Maße, Anhänger zu gewinnen und diese an sich zu binden. In der Mai-Ausgabe des Verbandsorgans *Tebliğ (Verkündigung)* war eine Rede des Vorsitzenden Cemalettin Kaplan abgedruckt, in der dieser auf das laizistische türkische Staatsgefüge und die amtierende Regierung zielend erklärte, es sei «an der Zeit, die Ketten zu

sprengen». «Fünfundzwanzig Millionen Muslime» würden sich eines Tages «um den heiligen Koran versammeln und Rechenschaft fordern». Sie würden ihr Recht «wie einen Vorschlaghammer auf den Kopf des Unglaubens schlagen, der dessen Gehirn zertrümmern wird». Die Veröffentlichung erfolgte, obwohl die Ausländerbehörde der Stadt Köln Kaplan am 24. Februar verboten hatte, öffentlich in Wort oder Schrift zu Gewalt aufzurufen.

Türkische Kurden

Unter den extremen kurdischen Gruppen, deren Mitglieder in der Bundesrepublik leben, ist die *orthodox-kommunistische Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)* wegen der von ihr ausgehenden Militanz, die bis zum Terrorismus reicht, am gefährlichsten. Ihr erklärtes Ziel ist die Errichtung eines unabhängigen Staates Kurdistan. Sie bekennt sich zum Marxismus-Leninismus, befürwortet die Anwendung «revolutionärer Gewalt» und behauptet, allein die kurdischen Belange zu vertreten. Die *PKK* unterhält unter der Bezeichnung *Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)* Nebenorganisationen in Frankreich, Schweden, den Niederlanden und der Schweiz. Die Gesamtzahl ihrer Anhänger dürfte in Europa 2500 betragen. Nach eigenen Angaben verfügt sie in der Osttürkei über Guerillaeinheiten, die dort seit 1984 bewaffnet gegen die türkischen Streit- und Sicherheitskräfte kämpfen und dabei auch Einwohner kurdischer Dörfer ermorden.

In der Bundesrepublik Deutschland stützt sich die *PKK* vor allem auf die Dachorganisation *Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland (FEYKA-Kurdistan)*. Ihre Anhängerschaft zählt bundesweit etwa 1000 Personen, davon etwa 150 in Hessen. Von den Gewalttaten der *PKK* bis hin zu Morden, die sie auch im westlichen Europa ver-

üben ließ, waren Mitglieder gemäßigter Kurdenorganisationen, aber auch «inaktive Mitglieder» und Dissidenten, die einem Organisationsbeschluß zufolge «angemessen bestraft» wurden, betroffen. Neben Erpressungen, Freiheitsberaubungen, Körperverletzungen und ähnlichen Straftaten werden der *PKK* in Europa vierzehn Tötungsdelikte, davon sechs in der Bundesrepublik, angelastet.

In München stürmten am 7. März etwa 30 *PKK*-Anhänger eine Veranstaltung der *Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin e. V. (KOMKAR)*, die der *PKK* ablehnend gegenübersteht. Bei diesem Überfall wurde einer der Angreifer, ein *PKK*-Funktionär, erschossen, ein weiterer Kurde durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Daraufhin ermordeten *PKK*-Leute am 3. Mai in Hannover einen *KOMKAR*-Funktionär auf offener Straße. Dabei erlitt eine deutsche Passantin schwere Verletzungen. Weitere Anschläge auf Anhänger konkurrierender kurdischer Organisationen mit lebensgefährlichen Verletzungen der Opfer erfolgten in Bochum, Stuttgart und Celle. In Wetzlar überfiel am 3. Mai eine Gruppe von 15—20 Personen, von denen mehrere maskiert waren, eine türkische Gaststätte. Die mit Messern und Schlagwerkzeugen bewaffneten Eindringlinge verletzten den Gastwirt, verwüsteten das Lokal und raubten angeblich 1000 DM Tageseinnahmen. Als mutmaßlicher Anführer der Gruppe wurde ein *PKK*-Funktionär aus Gießen festgenommen, der darüber hinaus verdächtigt wird, mehrmals versucht zu haben, von Landsleuten Geld für die *PKK* zu erpressen.

Wegen des dringenden Verdachts der Freiheitsberaubung zum Nachteil eines abtrünnigen *PKK*-Funktionärs durchsuchte die Polizei am 27. Juli in Köln fünf Wohnungen von *PKK*-Angehörigen. Dabei wurden Geräte und Materialien zur Her-

stellung von falschen Pässen sowie Bargeld in verschiedenen Währungen im Gesamtwert von 700000 DM sichergestellt. Weitere Durchsuchungen im gesamten Bundesgebiet richteten sich am 4. August wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung gegen Vereinsräume und Wohnungen von *PKK*-Vorstandsmitgliedern. Diese Maßnahmen, vor allem die Beschlagnahme des Geldes, führten zu einer europaweiten Protestaktion der *PKK* in Form von Besetzungen. Betroffen waren ungefähr 40 Objekte, darunter die deutschen Botschaften in Bern und Wien, die deutschen Generalkonsulate in Lüttich, Amsterdam, Zürich, Straßburg und Wien, Büros der deutschen Lufthansa sowie Rundfunk- und Fernsehanstalten, Zeitungsredaktionen und kirchliche Einrichtungen. Am 5. August drangen *PKK*-Anhänger in Frankfurt am Main in das Foyer des Hessischen Rundfunks und am 7. August in Gießen in das Büro des Oberbürgermeisters ein. Bei einer Pressekonferenz am 7. August in Bonn erklärte der kurdische Rechtsanwalt Hüseyin Yildirim aus Schweden als Sprecher der *PKK*, das kurdische Volk werde sich das beschlagnahmte Geld Stück für Stück, wenn nötig mit Gewalt, zurückholen. Der Generalbundesanwalt leitete gegen Yildirim ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Nötigung von Verfassungsorganen ein. Die Beschlagnahme des Geldes wurde inzwischen aufgehoben.

Die Gewaltpraxis der *PKK* stößt bei deutschen und ausländischen extremen Gruppierungen nahezu ausnahmslos auf Ablehnung. Lediglich die türkischen Vereinigungen der *Neuen Linken*, *Bolsevik Partizan (BP)* und *Avrupa 'da Dev Genc*, billigten die Terroraktionen und riefen zur Unterstützung der *PKK* auf.

Iraner

Die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Heimatland, aber auch der anhaltende Krieg mit dem Irak waren Anlaß sowohl für Protestaktionen *monarchistischer* und *linksextremer* Iraner als auch für die zum Teil tätlichen Auseinandersetzungen zwischen iranischen Gruppierungen mit unterschiedlichen politischen Ansichten.

Am 11. Februar demonstrierten etwa 1300 iranische *Monarchisten* in Frankfurt am Main gegen das *Khomeini*-Regime und gegen die Nationalfeiertage zum Gedenken an die Rückkehr *Khomeinis* aus dem Exil vor acht Jahren. Teilnehmer an der Veranstaltung zeigten Transparente mit Parolen wie «Der Kampf gegen das *Khomeini*-Regime ist der Kampf gegen den Welt-Terrorismus» und «Schluß mit dem Brudermord im Iran». Als *Khomeini*-Anhänger die Demonstration zu stören versuchten, kam es vereinzelt zu Handgreiflichkeiten.

Die *orthodox-kommunistische* «*Organisation iranischer Studenten, Sympathisanten der Organisation der Volksfedayin des Iran (Mehrheit)*» (*OIS*) mit bundesweit 100 Mitgliedern, die in *Hessen* nur einzelne Mitglieder hat, protestierte am 8. August in Frankfurt am Main gegen den «weltweiten Terror der iranischen Regierung». Die ungefähr 500 iranischen Kundgebungsteilnehmer verurteilten die «terroristischen Anschläge des Mullah-Regimes gegen die iranische Opposition im Ausland». Sie bezeichneten die Botschaften des Iran als «Zentren des Terrors und des Waffenschmuggels» und forderten deren Schließung. Ähnliche Veranstaltungen wurden auch in anderen Städten des Bundesgebietes durchgeführt.

Neun Anhänger der *Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Sympathi-*

santen der Volksfedayin Guerilla Iran (Ashraf-Deghani-Anhänger) (O. I. P. F. G.), einer Gruppe der *extremen Neuen Linken* mit bundesweit etwa 100 Anhängern (in *Hessen* etwa 20), stürmten am 10. September das Stationsbüro der *Iran Air* auf dem Flughafen Frankfurt am Main. Sie schlugen und fesselten den Stationsleiter, versperrten den Eingang des Büros und demolierten die Einrichtung. Dabei riefen sie Parolen in persischer Sprache, hängten Spruchbänder mit Texten wie «Tod dem *Khomeini*» auf und verteilten vor dem Schalter der *Iran Air* eine Resolution in deutscher und persischer Sprache. Darin wurde die Aktion als Beitrag zum «internationalen Solidaritätstag mit den politischen Gefangenen im Iran» erklärt. Die Polizei nahm die Besetzer, unter ihnen drei aus *Hessen*, fest.

Beurteilung

Die politischen Aktivitäten *palästinensischer* Organisationen im Bundesgebiet gingen weiter zurück. Die der Schiiten-Organisation *Hizb Allah* zuzurechnenden Transporte von Flüssigsprengstoff in die Bundesrepublik Deutschland (Fall *Hama-dei*) müssen gesondert betrachtet werden. Zwischen ihm und der Tätigkeit der im Bundesgebiet bestehenden extremen schiitischen Gruppierungen gibt es mit hoher Wahrscheinlichkeit keinen Zusammenhang. Dennoch stellen die in den unklaren Machtverhältnissen des Nahen und Mittleren Ostens begründeten Operationen terroristischer Organisationen weiterhin eine Gefährdung der inneren Sicherheit auch der Bundesrepublik Deutschland dar. Als potentielle Angriffsziele kommen die diplomatischen Vertretungen der USA, ihre hier stationierten Streitkräfte und offizielle Einrichtungen des Staates Israel in Betracht.

Die *Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)* hat sich zumindest in Teilen zu einer terroristi-

schen Vereinigung entwickelt. Von ihren Anhängern gingen Gewalttaten gegen andersdenkende Landsleute bis zu deren Ermordung aus. Sie zeigten aber auch ein militantes Verhalten bei Protesten gegen Maßnahmen der deutschen Justiz und Polizei.

Die extremen *türkischen* Vereinigungen wollen vor allem die politischen Verhältnisse in ihrem Heimatstaat — je nach ideologischer Ausrichtung friedlich, meist aber mit Gewalt — verändern. *Linksextreme* Zusammenschlüsse griffen daneben aber auch die gastgebende Bundesrepublik als

«blutrünstiges System» und «imperialistisch» an. Dabei ließen mehrere Gruppen der türkischen *Neuen Linken* Gewaltbereitschaft erkennen.

Extreme *iranische* Regimegegner und -anhänger trugen ihre unterschiedlichen politischen Ansichten über die Verhältnisse im Iran und den Golfkrieg weiterhin auch handgreiflich aus. Veränderungen in diesem Verhalten sind nicht zu erwarten.

Die übrigen extremen Ausländergruppen entwickelten öffentlich nur mäßige Aktivitäten.

Spionageabwehr

Nachrichtendienste und illegaler Technologietransfer

Die Staaten des *kommunistischen* Machtbereiches unternehmen weiterhin alle Anstrengungen, *westliche* Technologieentwicklungen zu erkennen und zu übernehmen. Schwerpunkte ihres Bemühens liegen dort, wo der *Warschauer Pakt* den größten Nachholbedarf hat. Deshalb heißt das Schlagwort der wissenschaftlich-technischen Entwicklungsprogramme der *RGW*-Staaten bis zum Jahre 2000 «*Schlüsseltechnologien*» (*RGW* = Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe = wirtschaftlicher Zusammenschluß von *Ostblockstaaten*). Die «Direktiven der Fünfjahrespläne» im *kommunistischen* Machtbereich sind auf neue Werkstoffe, Biotechnologie, Kernenergie und Lasertechnik gerichtet.

Der freie Handel zwischen den unterschiedlichen Machtblöcken findet dort seine Grenzen, wo Exporte, insbesondere in die Staaten des *Warschauer Paktes*, die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Partner gefährden. Dies zu verhindern, ist Ziel der *COCOM*-Vereinbarungen (*Coordinating Committee for East-West-Trade Policy*). Die im *CO-COM* vertretenen *NATO*-Mitgliedstaaten (ohne Island und Spanien) und Japan regeln darin die Ausfuhrbeschränkungen (*Embargo*) gegenüber den Staaten des *kommunistischen* Machtbereiches. In der Bundesrepublik Deutschland wacht besonders das *Bundesamt für Wirtschaft* in Eschborn bei Frankfurt am Main darüber, daß bei der Ausfuhr die ständig dem technisch neuesten Entwicklungsstand angepaßten *Embargobestimmungen* eingehalten werden.

Dem *COCOM* und seinen wenigen Kontrollorganen steht in den Staaten des *War-*

schauer Paktes ein riesiger Beschaffungsapparat gegenüber, der vor allem von der *UdSSR* und der *DDR* betrieben wird. Durch seine mit geheimdienstlichen Methoden illegal beschafften Technologieerkenntnisse erspart er den dortigen Volkswirtschaften Milliardenbeträge. Bei dem verbotenen Transfer von technischem «*know-how*» stehen der zivile (*KGB*) und der militärische Nachrichtendienst (*GRU*) der *UdSSR* an der Spitze der östlichen Geheimdienste. Sie werden durch das *Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU* gesteuert.

Die Nachrichtendienste der *UdSSR* sind in zweifacher Hinsicht eingebunden:

Ein «Programm» des illegalen *sowjetischen* Beschaffungsapparates steht unter der Leitung der *Militär-Industriellen-Kommission*, die aus Spitzenfunktionären der Schlüsselministerien für Rüstungsindustrie besteht. Es zielt in erster Linie auf militärische Grundlagenmaterialien (Dokumente und Testgeräte), um den technischen Stand und die Leistungskraft eigener Technik, bei der es sich meist um Waffensysteme handelt, zu verbessern. Das zweite «Beschaffungsprogramm» befaßt sich weitgehend mit solcher Mikroelektronik, die im *Westen* der Ausfuhrkontrolle unterliegt. Computer, Fernmeldemittel, Werkzeugmaschinen, Industrieroboter und diagnostische Geräte stehen hierbei an oberster Stelle der «Einkaufslisten». Für diesen Bereich ist das *sowjetische* Außenhandelsministerium verantwortlich, das weltweit zahlreiche Außenhandelsorganisationen und Firmen betreibt. Führung und Mitarbeiterstäbe solcher Einrichtungen sind in beachtlichem Umfang von Angehörigen der *sowjetischen* Spionageorganisationen durchsetzt. Die offizielle Präsenz erleichtert den *KGB*- und *GRU*-Geheimdienstoffizieren die Tarnung.

Für den direkten Erwerb interessanter Waren werden in aller Regel *westliche* Kaufleute gewonnen, die Beziehungen zu Pro-

duktionsbetrieben und Vertriebsunternehmen für Spitzentechnologien haben. Mit dieser Methode wird vom eigentlichen Auftraggeber abgelenkt. Geschickt wird auch die finanzielle Enge kleinerer Firmen genutzt. Zunächst bringen legale Geschäfte rasch recht hohen Gewinn und die Gewöhnung an die prompten Zahlungen aus dem *Osten*. Werden illegale Handelsaktionen abgelehnt, so führt dies regelmäßig zum Abbruch der geschäftlichen Beziehungen und als dessen Folge nicht selten zum Verlust der wirtschaftlichen Existenz.

Günter E., selbständiger EDV-Kaufmann, suchte 1986 auf Messen und Ausstellungen Kontakte zu Vertretern *östlicher* Staatshandelsorganisationen. Ein Angehöriger der *UdSSR*-Handelsvertretung in Ost-Berlin stellte Aufträge in Aussicht. Günter E. erklärte sich bereit, aus den Bereichen Elektronik und Datenverarbeitung das Gewünschte zu liefern. Sein *sowjetischer* Gesprächspartner forderte zunächst die Beschaffung von Katalogen und Preislisten einschlägiger Firmen. Die aus «Sicherheitsgründen» geforderten Besonderheiten der Geschäftsverbindung (z. B. verschlüsseltes Notieren von Telefonnummern, Zusammenreffen in Hotels in Ost-Berlin, die Einrichtung von Scheinfirmen und Postfächern) ließen Günter E. sehr bald erkennen, daß er mit einem Geheimdienst der *UdSSR* in Verbindung stand.

Den nahezu unbegrenzten «Technologiehunger» der *Ostblockstaaten* und eigene Verdienstmöglichkeiten vor Augen, entschloß er sich aber, im Geschäft zu bleiben. Er lieferte Prozessorkarten, Programme und alles an Zubehör und Ersatzteilen, was in der Datenverarbeitung und Informationsübertragung den Begriff «High Tech» verdiente und somit Ausfuhrbeschränkun-

gen oder Ausfuhrverboten unterlag. Unter Nutzung seiner Scheinfirmen und durch Einschaltung von Zwischenhändlern gelang es ihm, die gewünschten Geräte und Teile im Bundesgebiet und in den USA zu beschaffen, ihren Verbleib zu verschleiern und die meist kleinen Gegenstände im Aktenkoffer selbst nach Ost-Berlin zu schaffen. Dort übergab er sie gegen Zahlung des zuvor ausgehandelten Preises seinem Auftraggeber. Da die E. erteilten Aufträge zunehmend hochsensible Bereiche berührten, wurden die Sicherheitsbehörden aufmerksam und veranlaßten seine Festnahme.

Auch die *DDR* ist bestrebt, den Technologierückstand durch illegale Beschaffung moderner Technik im *Westen* zu kompensieren. Computer- und Rechnersysteme stehen hier ebenfalls an der Spitze der «Beschaffungswünsche» an die Geheimdienste. Etablierte *DDR*-Wissenschaftler sondieren zunächst den Markt; offizielle Tagungen und Kongresse sowie die bekannten Fachmessen in *westlichen* Ländern bieten hierzu vielfältige Möglichkeiten. Daneben nutzt die *DDR* auch auf diesem Sektor verwandtschaftliche Bindungen, zumindest am Beginn der nachrichtendienstlichen Werbungsphase.

Im April besuchten Dr. F., der in der Bundesrepublik an einem Institut tätig ist, das Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für Optik und Lasertechnik betreibt, sein in der *DDR* lebender Cousin und dessen Ehefrau. Dabei erfuhr er, daß sein Verwandter bei einer staatlichen Forschungseinrichtung der *DDR* arbeitet, die ähnliche Aufgaben wie sein eigenes Institut wahrnimmt. Auf dessen Einladung reiste Dr. F. im Juni mit Familie in die *DDR*. Dort brachte ihn der Cousin in einem Hotel mit einem angeblichen Vorgesetzten zu einem «Fachgespräch» zusammen. Der fachkundige Gesprächspartner bat

Dr. F. um Unterlagen über Forschungsprojekte gegen Bezahlung. Dieser brach daraufhin das Gespräch ab und hielt seinem Cousin vor, ihn mit einem Geheimdienstmitarbeiter konfrontiert zu haben. Der Cousin gab zu, schon vor seiner Reise in das Bundesgebiet von einem Angehörigen des *Ministeriums für Staatssicherheit* beauftragt worden zu sein, Dr. F. in die *DDR* einzuladen, um ihn so mit seinem Gesprächspartner zusammenzuführen. Dr. F. reiste sofort ab und offenbarte den Sicherheitsbehörden den Sachverhalt.

Nachrichtendienstliche Stützpunkte

Die Geheimdienste des *kommunistischen* Machtbereiches stützen sich im Bundesgebiet weiterhin zu einem erheblichen Teil auf die *legalen Residenturen*. Das sind amtliche oder halbamtliche Einrichtungen wie Botschaften, Handelsvertretungen, Konsulate, Luftverkehrsgesellschaften, Reisebüros, Staatshandelsunternehmen und gemischte Firmen. Zu den *Legalresidenturen* mit erheblicher Spionageaktivität gehören auch die *sojwetischen Militärmissionen (SMM)*, von denen sich eine in Frankfurt am Main befindet. Verletzungen der militärischen Sperrgebiete sind besonders häufig.

Neben den Nachrichtendiensten der *DDR*, der *UdSSR* und *Polens* sind es immer wieder die Residenturen der *Tschechoslowakei*, die durch ihr besonderes Interesse an technischen Entwicklungen auffallen.

1984 bat ein Bundesbürger eine *CSSR*-Vertretung um Informationen beruflicher Art. Sein Gesprächspartner, der sich später als Angehöriger des militärischen Nachrichtendienstes der *CSSR* herausstellte, erkannte, daß

der Bundesbürger über wertvolles Wissen auf wirtschaftlich-technischem Gebiet verfügte. Länger als ein Jahr beschränkte sich die Verbindung nur auf den Austausch von Unterlagen, die keinerlei Geheimhaltung unterlagen. Erst als auf diese Weise das Vertrauen des Bundesbürgers gewonnen worden war, sollte dieser Informationen aus der Rüstungsindustrie beschaffen. Der Mitarbeiter des *CSSR*-Geheimdienstes tarnte seine Wünsche mit dem Vorwand, die Unterlagen zu Studienzwecken zu benötigen und stellte Prämien von 15000 bis 20000 DM in Aussicht. Angebot und Höhe des Entgelts machten den Bundesbürger mißtrauisch. Er brach die Verbindung ab.

Häufig lassen sich geheimdienstliche Mitarbeiter in den Vertretungen ihrer Entsendestaaten zu Beginn ihres Aufenthaltes an mangelnder fachlicher Qualifikation erkennen. Ihre geheimdienstlichen «Qualitäten» sind dann meist um so ausgeprägter. Hauptaufgabe dieser geheimdienstlichen Mitarbeiter ist das Führen der Agenten mit dem Ziel, möglichst viele und genaue Informationen zu erlangen. Daneben haben sie umfangreiche andere nachrichtendienstliche Pflichten. Dazu gehören beispielsweise die Beförderung von geheimdienstlicher Post im Aufenthaltsstaat und in das Heimatland, das Anlegen und Bedienen von *Toten Briefkästen* zur Vermeidung persönlicher Kontakte zwischen Agenten und Agentenführern, die «Auswahl» von Ferienhäusern und Hotelzimmern als konspirative Unterkünfte und ähnliches mehr. Auch die Ehepartner des Geheimdienstpersonals werden nicht selten zu nachrichtendienstlichen Aufgaben herangezogen, etwa um Personen zu beobachten.

Neben den *legalen Residenturen* existieren sogenannte *illegale Residenturen*. Sie bestehen meist aus Einzelpersonen oder Ehepaaren, die unter falscher Identität in

westliche Länder eingeschleust werden, um besonders hochwertige Agenten anzuleiten, deren Informationen an den östlichen Geheimdienst weiterzugeben und für die Sicherheit der Spione zu sorgen. Der *illegale Resident* verringert die Notwendigkeit von Reisen der Agenten zur Führungsstelle im *kommunistischen Machtbereich* und damit das Risiko der Entdeckung. Das ist besonders in Krisenzeiten wichtig. Für eine solche Aufgabe kommen nur politisch linientreue Personen in Frage, die eine qualifizierte geheimdienstliche Ausbildung erhalten haben.

Werbungen

Presseveröffentlichungen maßgeblicher Persönlichkeiten in der *DDR* und anderer *Ostblockstaaten* deuten weiterhin auf eine aggressive Strategie der *kommunistischen* Geheimdienste bei ihrer Spionagetätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland hin. Sie ist nach wie vor Hauptoperationsgebiet für die Nachrichtendienste der *Warschauer-Pakt-Staaten*. Deren geheimdienstliche Tätigkeit bleibt Teil des politischen und somit ideologischen Kampfes gegen das westliche Gesellschaftssystem.

Mit den Worten «Ich wünsche allen Kundschaftern, daß sie erfolgreich ihren Auftrag zur Sicherung des Friedens erfüllen, und daß der Feind sie nie entdeckt!» nahm erstmalig der ehemalige Spion im Bundeskanzleramt, Guillaume, pressewirksam in der *DDR* auch zu seiner eigenen geheimdienstlichen Agententätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland Stellung («Junge Welt» v. 14. 5. 1987). Er war am 15. Dezember 1975 zu 13 Jahren Haft verurteilt worden und lebt seit 1981 wieder in der *DDR*. Guillaume wird dort vom *Ministerium für Staatssicherheit (MfS)* als erfolgreicher «Kundschafter» gepriesen und als Vorbild herausgestellt.

Die Zahl der von den Geheimdiensten der *Warschauer-Pakt-Staaten* ausgehenden und erkannten Werbungsversuche ist erneut gestiegen, nachdem sie schon im Vorjahr beachtlich zugenommen hatte.

In *Hessen* waren weiterhin nahezu zwei Drittel der Werbungsversuche den *DDR-Nachrichtendiensten* zuzuschreiben. Daneben bemühten sich besonders die *Geheimdienste der CSSR, der UdSSR und Polens* um neue Agenten.

Die Nachrichtendienste des *kommunistischen Machtbereichs* bevorzugen für ihre Werbungsversuche das eigene Territorium oder das befreundeter Staaten. Das Risiko der Entdeckung ist hier gering, die Staatsgewalt steht auf seiten der Werber. Anlaß für eine Werbung kann jeder Aufenthalt in Ländern des *Ostblocks* sein; gleichgültig ist dabei, ob es sich um private oder berufliche Reisen handelt. Die grundsätzlich begrüßenswerte Zunahme des innerdeutschen Reiseverkehrs wirkt sich hier zugunsten der Werber aus. Gegenüber dem Vorjahr sind die Bemühungen der *DDR-Nachrichtendienste*, bei ihren Werbungsversuchen gegenüber Besuchern aus dem *Westen* Verwandte in der *DDR* einzubinden, noch intensiver geworden.

Der Student Günter S. besuchte wiederholt mit seiner Mutter in der *DDR* lebende Verwandte. Bei einem dieser Aufenthalte vermittelte sein Cousin ein Gespräch mit einem angeblichen Studienkollegen in einem Restaurant. Nach Erörterungen allgemeiner Art und von Studienproblemen aus der Fachrichtung Elektrotechnik kam der *DDR-Gesprächspartner* auf seinen eigentlichen «Wunsch» zu sprechen: elektronische Bauteile. Günter S. besorgte seinem Cousin zullebende in der Bundesrepublik die Gegenstände und nahm sie bei einer weiteren Reise in die *DDR* mit. Nachdem er sie dort dem

«Studienkollegen» ausgehändigt hatte, gab sich dieser als Mitarbeiter des *MfS* zu erkennen. Er interessierte sich sehr für die beruflichen Perspektiven von S. und lud ihn zu einer nächsten Zusammenkunft nach Ost-Berlin ein. Günter S. sagte zwar zu, offenbarte sich jedoch nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland den Verfassungsschutzbehörden.

Wenn das *MfS* glaubt, bedeutende Informationen gewinnen zu können, weicht es sogar von der sonst sorgfältig beachteten Trennung zwischen politischer und nachrichtendienstlicher Arbeit gegen die Bundesrepublik Deutschland ab. Mitgliedschaften in oder Sympathien für linksextreme Gruppierungen im Bundesgebiet schließen geheimdienstliche Werbungsversuche durch das *MfS* nicht mehr aus.

Reinhard K., der durch seine Lebensgefährtin seit vielen Jahren Kontakt zur *DKP* hatte, reiste seit 1977 mehrmals im Jahr in die *DDR*, um politische Veranstaltungen zu besuchen. Ende 1979 stellte seine in der *DDR* lebende Stiefschwester die Verbindung mit einem Mitarbeiter des *MfS* her. Die gleichgelagerten politischen Interessen und die mittlerweile entstandene persönliche Sympathie für den *MfS*-Angehörigen brachten K. schließlich dazu, einer Mitarbeit für das *MfS* zuzustimmen. Nach seiner Zusage wichen die politischen Diskussionen sehr schnell konkreten geheimdienstlichen Aufträgen. Nach einer Ausbildung beim *MfS* sollte er fachlich qualifizierte Personen aus der EDV-Branche ausfindig machen, anwerben und dem *MfS* zuführen. Dieses führte ihn mit Hilfe des sogenannten *A-3 Funks*, das sind chiffrierte Radio-sendungen von der *MfS*-Zentrale zum Agenten. Er erhielt für den Informationstransport mit Geheimverstecken versehene Gebrauchsgegenstände und wurde im Herstellen von Geheim-

schriften unterwiesen. Seine Enttarnung erfolgte aufgrund eines Hinweises.

Entgegen der üblichen Verfahrensweise, Anwerbungen möglichst im eigenen Machtbereich vorzunehmen, sind die Geheimdienste der *Warschauer-Pakt-Staaten* manches Mal auch bereit, das weitaus größere Risiko von Werbungsversuchen im *westlichen* Ausland einzugehen. Dies ist dann der Fall, wenn Informationen sehr dringend und schnell benötigt werden oder die Reise eines potentiellen Agenten in den *Ostblock* unmöglich ist. Die Mitarbeiter der *östlichen* Geheimdienste sind in solchen Fällen meist mit Diplomatenpässen ausgestattet, um evtl. persönliche Schwierigkeiten, z. B. durch Verhaftung, zu verringern.

Gerhard W. sah sich während eines Urlaubsaufenthaltes im Frühjahr am Mittelmeer einem massiven Werbeversuch der *UdSSR*-Geheimdienste ausgesetzt. Wie er feststellen mußte, war man über seinen persönlichen Hintergrund, den Arbeitsplatz und die damit verbundenen Möglichkeiten, an geheimgehaltene Materialien heranzukommen, bestens informiert. Vor allem standen militärische Rüstungsgüter auf den «Einkaufslisten» der geheimdienstlichen «Technik-Haie» aus dem *Ostblock*. «Erfolgsprämien» von weit über 100000 DM waren der finanzielle Köder für W., der über Skrupel hinweghalf. Seine Zahlungsschwierigkeiten hatten die *UdSSR*-Werber ebenso genau «recherchiert» wie seine Eheprobleme. Die Übergabe wertvoller Unterlagen an die geheimdienstlichen Auftraggeber konnte von den Sicherheitsbehörden jedoch noch rechtzeitig verhindert werden.

Die Bürger der *kommunistisch* regierten Länder sind den Einwirkungsmöglichkeiten ihrer Geheimdienste naturgemäß in

starkem Maße ausgeliefert. Die vielfältigen Abhängigkeiten sind immer wieder Ansatzpunkte für die Werbung zur Mitarbeit.

Der DDR-Bürger Holger B. erhielt im Rahmen der Reiseerleichterungen erstmals die Genehmigung zu einem 14tägigen Besuch seiner Verwandten in der Bundesrepublik. Nach Rückkehr wurde er von einem MfS-Angehörigen eingehend zu allen Personen befragt, mit denen er zusammengekommen war. Vor seiner nächsten Westreise erhielt er den Auftrag, die Lebensumstände eines seiner Verwandten näher abzuklären; dieser war im öffentlichen Dienst an sicherheitsempfindlicher Stelle beschäftigt. Um die Westreisen nicht zu gefährden, stimmte B. zu und berichtete nach Rückkehr über seine Feststellungen. Als nächstes verlangte das MfS von ihm, er solle seinen Verwandten für eine geheimdienstliche Tätigkeit werben. Beim darauffolgenden Aufenthalt in der Bundesrepublik offenbarte Holger B. den Auftrag. Er kehrte nicht mehr in die DDR zurück.

Übersiedlungswillige aus dem kommunistischen Machtbereich, die ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland nehmen wollen, waren weiterhin für das MfS, aber auch für andere Geheimdienste der Ostblockstaaten, von größtem Interesse. Zurückbleibende Verwandte wurden und werden nicht selten als Druckmittel benutzt, um die Übersiedler auch am neuen Lebensmittelpunkt im Bundesgebiet für die geheimdienstlichen Wünsche gefügig zu halten.

Karl G., Maschinenschlosser in der DDR, beantragte 1982 die Genehmigung zur Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland für sich und seine Familie. Rückfragen beim Rat des Kreises nach dem Stand der Angelegenheit blieben zunächst ohne Erfolg.

Anlässlich einer erneuten Vorsprache im Jahre 1985 wurde G. in ein Nebenzimmer gebeten, wo ihn ein MfS-Angehöriger aufforderte, über flucht- und ausreisewillige Arbeitskollegen zu berichten. Als Gegenleistung wurde zugesagt, den Antrag auf Übersiedlung beschleunigt zu bearbeiten.

Um die Ausreise nicht zu gefährden, erstattete G. dem MfS die gewünschten Berichte. Anfang des Berichtsjahres teilte ihm sein Führungsoffizier mit, daß die Übersiedlung genehmigt sei. Das MfS erwarte jedoch seine weitere Mitarbeit auch im Bundesgebiet. Man werde sich mit ihm zunächst in der Tschechoslowakei treffen, um die Einzelheiten der künftigen Zusammenarbeit zu vereinbaren. Später könne er dann wieder seine Verwandten in der DDR besuchen. G. offenbarte sich nach seiner Ankunft im Bundesgebiet den Sicherheitsbehörden.

Aussiedler aus den Ostblockstaaten werden manchmal noch viele Jahre nach der Übersiedlung bei Reisen in die frühere Heimat von den Geheimdiensten mit dem Ziel angesprochen, sie für die Mitarbeit zu gewinnen.

Lothar F. verließ 1967 aus politischen Gründen die Tschechoslowakei. Er erhielt Asyl in der Bundesrepublik und 1977 die deutsche Staatsangehörigkeit. Nach mehreren Verwandtenbesuchen in der CSSR wurde er bei einem neuerlichen Aufenthalt von einem Angehörigen des tschechoslowakischen Geheimdienstes angesprochen. Dieser war bestens über das persönliche Umfeld des F. in der Bundesrepublik Deutschland informiert, insbesondere über seine Kontakte zu Exilttschechen. Unverblümt verlangte der Geheimdienstoffizier von ihm die Ausführung nachrichtendienstlicher Aufträge im Bundesgebiet. Obwohl F. dies strikt

ablehnte, blieb er bei weiteren Besuchsreisen unbehelligt.

Führungsmethodik

Die bei weitem meisten Verbindungen zu den Geheimdiensten der *Warschauer-Pakt-Staaten* werden in deren Machtbereich angeknüpft. Gescheiterte Werbungsversuche bleiben damit ohne Konsequenzen. Doch auch nach gelungenen Werbungen führen die *östlichen* Geheimdienste die Agenten in der Regel noch einen längeren Zeitraum ausschließlich im eigenen Machtbereich. Zusammenkünfte, sog. *Treffs*, werden dort abgewickelt. Sie finden in der Anfangsphase meist in Gaststätten der gehobenen Kategorie statt, später in *konspirativen Wohnungen*. Dadurch wird der nachrichtendienstliche Kontakt der Aufmerksamkeit der persönlichen Umgebung weitgehend entzogen und das Risiko von Hinweisen an die Spionageabwehrbehörden des *Westens* erheblich verringert. In dieser Phase erhält der Agent die ersten *Tarnadressen* und *geheimen Telefonnummern*. Sie sind dazu bestimmt, die spätere Verbindungsaufnahme mit dem *Führungsoffizier* vom Bundesgebiet aus zu ermöglichen. Die Adressen dienen sowohl der Vereinbarung von Treffen als auch der Übersendung des Verratsmaterials. Die *konspirative Telefonnummer* ermöglicht dem Agenten, bei Bedarf schnellstens mit seiner Führungsstelle Verbindung aufzunehmen.

Mit der wachsenden Qualität der Spionageaufträge werden dem Agenten weitere Kommunikationswege eröffnet. Solche Verbindungen sind beispielsweise der «normale» *Agentenfunk* (chiffrierte Zahlendurchsagen im Kurzwellenbereich des Rundfunks) und Kontakte durch *Kuriere* oder *Instrukteure*, die die Agenten im *Westen* aufsuchen, sie mit Aufträgen versehen und die beschafften Informationen

entgegennehmen. Nur erprobte Agenten werden von derartigen Reisenden versorgt, weil die Gefahr ihrer Enttarnung dann groß ist, wenn der geheime Mitarbeiter ungeschickt operiert oder sogar für die Spionageabwehr des *Westens* arbeitet.

Nachrichtendienstliche *Treffs* zwischen dem *Führungsoffizier* und seinem Agenten im *westlichen* oder *neutralen* Ausland bleiben auf Einzelfälle beschränkt. Die Geheimdienste der *Sowjetunion*, *Polens*, *Rumäniens* und der *Tschechoslowakei* nutzen neben den aufgezeigten Verbindungen weiterhin die optimalen Führungsmöglichkeiten aus den *Legalresidenturen* im Bundesgebiet.

Beurteilung

Nach wie vor bemühen sich die geheimen Nachrichtendienste des *Ostblocks* intensiv um die Beschaffung von Informationen, die die *westlichen* Nationen im Interesse ihrer Sicherheit nicht preisgeben können. Politische, militärische und in *Hessen* vorrangig industrielle Aufklärungsziele bildeten wiederum die Schwerpunkte der *östlichen* geheimdienstlichen Aktivitäten. Vor allem standen die Mikroelektronik, die Datenverarbeitung, die chemische und die Rüstungsindustrie im Mittelpunkt der Anstrengungen. Die derzeitigen politischen Bemühungen um Entspannung sowie die damit einhergehenden Reiseerleichterungen, insbesondere an der innerdeutschen Grenze in beiden Richtungen, haben nicht zu einem Rückgang der gegnerischen Spionagetätigkeit geführt. Gerade die erweiterten Reismöglichkeiten waren offenbar für das *MfS* ein günstiger Ansatzpunkt bei der Werbung neuer Agenten. Die in diesem Zusammenhang bekanntgewordenen Aktivitäten der *östlichen* Nachrichtendienste haben den höchsten Stand der letzten Jahre erreicht. Die wahren Absichten der

politischen Führung insbesondere der DDR auf diesem Gebiet sind ihren Ansprachen an die Mitarbeiter ihrer Geheimdienste zu entnehmen. Danach bleibt die Bundesrepublik Deutschland der «Feind», der durch «aggressiven, imperialistischen Konfrontationskurs» die «revolutionäre Wachsamkeit» der eigenen Dienste herausfordert. «Agenten» bleiben und verbleiben «als Kämpfer an der unsichtbaren Front».

Interessierte sollen durchaus in Staaten des Ostblocks reisen, sich vorher jedoch genau über die Gesetze und sonstige Vorschriften des Gaslandes informieren. Verstöße gegen Bestimmungen über das Meldewesen, den Straßenverkehr, die Ein- und Ausfuhr von Waren oder die Mitnahme von Geschenken, Zoll- und Devisenregelungen, Fotografierverbote und ähnliche werden immer wieder von den dortigen Geheimdiensten genutzt, um Anwerbungen durch Druck zu versuchen. Aber auch wenn alle im kommunistischen Machtbereich geltenden Vorschriften beachtet werden, sind Reisende nicht vor geheimdienstlichen Ansprachen sicher. In solchen Fällen sollten nach Rückkehr in die Bundesrepublik die Verfassungsschutzbehörden unterrichtet werden, um

ihnen geeignete Abwehrmaßnahmen zu ermöglichen.

Wirkungsvolle Spionageabwehr ist nur mit Hilfe der Bevölkerung möglich. Das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen bittet daher jede Bürgerin und jeden Bürger, die von der Tätigkeit ausländischer Geheimdienste gegen die Bundesrepublik Deutschland und ihre Verbündeten Kenntnis haben oder von solchen Nachrichtendiensten angesprochen oder zur Mitarbeit aufgefordert worden sind, ihr Wissen im Interesse unseres freiheitlichen Staatswesens, aber auch der eigenen Sicherheit, zu offenbaren. Das gilt selbst für denjenigen, der schon im fremden Interesse nachrichtendienstlich tätig geworden ist. Auch ihm können die Verfassungsschutzbehörden helfen, sich aus einer ausweglosen Lage zu befreien. Voraussetzung hierfür ist die freiwillige Aufgabe der nachrichtendienstlichen Tätigkeit und eine umfassende Offenbarung.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen bietet jederzeit seine Hilfe an. Vertraulichkeit wird zugesichert. Die Dienststelle ist unter dem Postfach 3905, Wiesbaden oder der Rufnummer (06121) 77821 zu erreichen.